

Geschäftsbericht 2013



Inhaltsverzeichnis

An unsere Geschäftspartner	5
Grußwort der Vorsitzenden des Verwaltungsrats	10
Bericht des Verwaltungsrats	12
Einblicke	14
Statements	26
Wirtschaftsförderung	30
Die Wirtschaftsförderung 2013 in Zahlen	30
Entwicklung der Wirtschaftsförderung 2013	32
Ausblick auf die Wirtschaftsförderung 2014	38
Beteiligungen	40
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH	40
IBB Business Team GmbH	42
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH	43
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH	44
Berlin Tourismus & Kongress GmbH	44
Immobilien- und Stadtentwicklung	46
Die Immobilienförderung 2013 in Zahlen	46
Tätigkeitsschwerpunkte im Bereich Immobilien	47
Der Berliner Markt für Wohnimmobilien	49
Ausblick auf das Geschäftsjahr 2014	52
Personalbericht	53
Personalkonzepte und -instrumente	53
Personalentwicklung	54
Ausbildung und Nachwuchsförderung	54
Personalwirtschaftliche Kennzahlen	55
Danksagung	55

Lagebericht	56
Grundlagen	56
Geschäftsmodell	56
Steuerungssysteme der Bank	58
Wirtschaftsbericht	59
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	59
Geschäftsverlauf 2013	63
Allgemeiner Geschäftsverlauf	63
Entwicklung in den Segmenten	66
Lage der Bank	67
Ertragslage	67
Vermögenslage	69
Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität	70
Nachtragsbericht	72
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	72
Prognose- und Chancenbericht	72
Risikobericht	77
Jahresabschluss	97
Bilanz zum 31. Dezember 2013	98
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013	100
Anhang für das Geschäftsjahr 2013	102
Allgemeine Angaben	102
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	102
Grundsätze der Währungsumrechnung	104
Erläuterungen zur Bilanz	105
Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	112
Sonstige Angaben	114
Organe der Investitionsbank Berlin	118
Mandate der Mitglieder des Vorstands der Investitionsbank Berlin	119
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	120
Corporate-Governance-Bericht	122
Versicherung des gesetzlichen Vertreters	127
Organigramm	128
Impressum	131

An unsere Geschäftspartner

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Jahresanfang 2004 wurde die Investitionsbank Berlin als Anstalt des öffentlichen Rechts neu gegründet, nachdem sie seit 1993 als organisatorisch und wirtschaftlich selbstständige Abteilung der Landesbank Berlin geführt worden war. Das jährt sich nun zum zehnten Mal. Wir nehmen dies zum Anlass, in diesem Bericht in einigen Beiträgen von Bereichsverantwortlichen der IBB auf die wesentlichen Entwicklungen in diesen zehn Jahren zurückzublicken. Es handelt sich um persönliche Beiträge aus Fachperspektive, die zusammengekommen und ergänzt um die Eindrücke von externen Akteuren des Berliner Wirtschaftsgeschehens für Sie ein Panorama über die letzten 10 Jahre Wirtschafts- und Immobilienförderung in Berlin bieten sollen.

Nun ist der Zeitraum 2004 bis 2013 natürlich ein zufälliger und aus wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive würde man kaum darauf kommen, gerade diesen zu fokussieren. Obwohl bei genauerer Betrachtung doch auch manches dafür spricht. So stellt das Jahr 2004 einen Wendepunkt in der Wirtschaftsentwicklung des wiedervereinigten Berlin dar. Zwischen 1991 und 2004 hatte Berlin rund 150.000 Arbeitsplätze verloren, weil die Zuwächse im Dienstleistungsbereich die Verluste in der Industrie nur teilweise kompensieren konnten.

Dann markierte das Jahr 2004 den Wendepunkt zu einem seither ungebrochenen Beschäftigungswachstum. Seitdem wurden in Berlin unter dem Strich fast 240.000 Arbeitsplätze aufgebaut und die Zahl der Erwerbstätigen liegt mit 1,79 Mio. heute um mehr als 90.000 über dem Wert von 1991. Auch die Entwicklung der Berliner Wirtschaftsleistung fand im Jahr 2004 ihren Tiefpunkt und liegt heute nach einer kontinuierlichen Steigerung in den letzten zehn Jahren real um rund 20 % über diesem Wert. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Entwicklung der Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen seit 2008 um 2,4 % zurückgegangen ist.

So sind zwar viele neue Arbeitsplätze geschaffen worden, allerdings oft auch in Wirtschaftsbereichen wie Handel und Gastgewerbe, die nur eine unterdurchschnittliche Produktivität aufweisen. Erfreulich wiederum ist, dass bei gleichbleibend hohen Unternehmensgründungen in Berlin die Zahl der Unternehmensschließungen zurückgegangen ist, was dafür spricht, dass die Unternehmen heute unter dem Strich besser aufgestellt sind.

Das ist Ihr Verdienst, die Sie in Berlin Unternehmen gründen oder modernisieren und erweitern, die Sie Arbeitsplätze schaffen und sich täglich dem Wettbewerb stellen, und wir freuen uns, wenn wir Sie dabei unterstützen können.

Die Zahlen sprechen für eine intensive Zusammenarbeit: Seit 2004 haben wir im Bereich der Wirtschaftsförderung gut 12.000 Finanzierungszusagen an Berliner Unternehmen erteilt, 1,7 Mrd. Euro in Form von Darlehen und Beteiligungen und 1,1 Mrd. Euro in Form von Zuschüssen. Dazu kommen Globaldarlehen zur Refinanzierung des Mittelstandsgeschäftes der Berliner Geschäftsbanken in Höhe von 600 Mio. Euro und Kapitalbeteiligungen unserer Beteiligungsgesellschaft im Volumen von 80 Mio. Euro, so dass sich die Finanzierungsleistungen für die Gründer- und Mittelstandsfinanzierung auf insgesamt 3,4 Mrd. Euro summieren. Wir wissen, und das entspricht auch unserem Selbstverständnis als Förderinstitut, dass wir damit nur einen Subsidiär-Beitrag an der Berliner Unternehmensfinanzierung leisten. Dieser kommt aber oft gerade den Forschungs-, Entwicklungs- und Gründungsvorhaben zugute, für die es nicht leicht ist, am Markt eine Finanzierung zu finden. In Situationen wie der Finanzmarktkrise 2008/2009 haben wir zum Ausgleich der Marktverknappung unser Programmangebot erweitert und auch damit einen Beitrag zur Reduzierung von Angebotsengpässen geleistet.

In unserem Förderbereich Immobilien- und Stadtentwicklung war es zunächst der Ausstieg des Landes Berlin aus der Anschlussförderung im Sozialen Wohnungsbau, der uns stark beanspruchte. Zahlreiche Gesellschaften gerieten in Schieflage und es erforderte unseren ganzen Einsatz, gemeinsam mit den jeweils Beteiligten dauerhafte Finanzierungslösungen zu finden. Heute steht wieder das Neugeschäft im Vordergrund und nach Jahren, in denen wir uns auf die energetische und barriere-reduzierende Bestandssanierung sowie auf Finanzierungslösungen für unsere Bestandskunden konzentriert hatten, steht nun in 2014 wieder ein Neubauprogramm des Landes an. 320 Mio. Euro an Landesmitteln stehen hierfür zur Verfügung, die es uns in einem Fünfjahreszeitraum ermöglichen sollen, insgesamt 25.000 Wohnungen zu finanzieren, von denen 5.000 Wohnungen für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen bestimmt sind und mit Quadratmetermieten zwischen 6,00 und 7,50 Euro auf den Markt kommen sollen.

Erheblich an Bedeutung gewonnen hat in den letzten Jahren die Finanzierung von öffentlichen Unternehmen bzw. Infrastrukturinvestitionen durch die IBB, die sowohl im Rahmen der Wirtschaftsförderung wie auch der Immobilien- und Stadtentwicklung erfolgt. Darunter fallen im Bereich der Wirtschaftsförderung unser Finanzierungsbeitrag am Flughafen BER

mit 310 Mio. Euro aus dem Jahr 2009 und in den letzten beiden Jahren der Rückkauf der privaten Anteile an den Berliner Wasserbetrieben von RWE und Veolia im Volumen von insgesamt 1,3 Mrd. Euro. In den Bereich der Immobilien- und Stadtentwicklung fällt die Finanzierung des Fondsrückkaufprogrammes der ehemaligen Berliner Immobilien Holding (BIH, jetzt: Berlinovo) mit 905 Mio. im Jahr 2010.

Es ist uns in den letzten zehn Jahren gelungen, mit der IBB ein nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen arbeitendes Förderinstitut in Berlin aufzubauen, das in der Lage ist, eigene Finanzierungsbeiträge für das Fördergeschäft zu erwirtschaften und flexibel auf die Anforderungen in der Wirtschafts- und Immobilienförderung zu reagieren. Darüber hinaus unterstützt die IBB das Land bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

Neben diesen Förderaufgaben hat die IBB in den letzten 10 Jahren aus ihren Erträgen zusätzliche Förderleistungen wie die Kofinanzierung von Förderprogrammen oder die Unterstützung von Institutionen der Berliner Wirtschaftsförderung finanziert, die als Berlin-Beitrag Vorabauschüttungen an das Land darstellen und sich auf insgesamt 450 Mio. Euro summieren. Von grundlegender Bedeutung für das 2004 neu etablierte Geschäftsmodell war die Umstellung der Zuschussförderung auf darlehensbasierte und revolvingierende Produkte, welche die dafür notwendige Ertragsbasis darstellen.

Gestartet mit einem Grundkapital von 300 Mio. Euro wurde es durch die Thesaurierung von Jahresüberschüssen erreicht, eine für die Förderaufgaben bestimmte Zweckrücklage aufzubauen und damit das Eigenkapital der Bank auf heute 689 Mio. Euro mehr als zu verdoppeln. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistete auch ein an den Notwendigkeiten einer Förderbank orientierter Treasurybereich, der als zuverlässiger Handelspartner an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten etabliert werden konnte. Dadurch ist es der IBB in den letzten 10 Jahren stets gelungen, die Refinanzierungsanforderungen des Fördergeschäfts und die Liquidität der Bank sicherzustellen. Für zukünftig höhere Anforderungen an die Kapitalausstattung von Kreditinstituten zeigt sich die IBB gut gerüstet und hat in den letzten Jahren sukzessive ihre Eigenkapitalquote auf 18,7 % und ihre Kernkapitalquote auf 17,4 % erhöht.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen hier einen komprimierten Rückblick auf die letzten 10 Jahre geboten und hoffen, Ihnen deutlich gemacht zu haben, dass Sie mit der IBB einen soliden und verlässlichen Finanzierungspartner an Ihrer Seite haben, der, wenn wir den Blick nun nach vorn richten, Sie auch künftig bei Unternehmensinvestitionen oder Wohnungsbauprojekten in Berlin begleiten kann. Wir gehen davon aus,

dass Berlin trotz nach wie vor bestehender außenwirtschaftlicher Risiken seinen wirtschaftlichen Aufholprozess auch in 2014 fortsetzt und mit 2 % wieder ein erhöhtes Wachstum über Bundesdurchschnitt erzielt.

Dazu bedarf es Ihrer unternehmerischen Initiative und wir wollen Sie dabei tatkräftig unterstützen. Dafür steht die IBB, dafür steht „Leistung für Berlin“.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Frank Schneider
Mitglied des Vorstands



Dr. Matthias von Bismarck-Osten
Generalbevollmächtigter



Jürgen Lampe
Generalbevollmächtigter

Grußwort der Vorsitzenden des Verwaltungsrats



Cornelia Yzer
Senatorin für Wirtschaft,
Technologie und
Forschung des
Landes Berlin

Die Berliner Wirtschaft wächst. Im Jahr 2013 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin stärker als in allen anderen Bundesländern. Auch das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts lag in Berlin 2013 deutlich oberhalb des Bundesdurchschnitts. Und Berlin ist „Gründerhauptstadt“. Die technologiestarke Berliner Wissenschafts- und Forschungslandschaft, gut ausgebildete Fachkräfte sowie verfügbare Industrie- und Gewerbeflächen innerhalb der Stadt bieten beste Rahmenbedingungen – nicht nur für die Gründung neuer Unternehmen, sondern auch für die Expansion bestehender Industrieunternehmen.

Wirtschaftswachstum ist das Ergebnis mutiger unternehmerischer Entscheidungen und der Bereitschaft, ins Risiko zu gehen. Die Förderprogramme der Investitionsbank Berlin (IBB) flankieren dies. Mit Zuschüssen, Darlehen, aber auch mit Eigenkapitalprodukten und Beratungsförderung steht die Investitionsbank Berliner Unternehmerinnen und Unternehmen aktiv zur Seite.

Die Geschäftsentwicklung der IBB ist weiterhin positiv, ebenso das Feedback ihrer Kundinnen und Kunden. Insbesondere Fachkompetenzen und Kundenorientierung werden besser bewertet als in der Vergangenheit.

Die IBB wird auch im neuen Geschäftsjahr die Reduzierung der Bearbeitungszeiten und den Abbau von Verwaltungsaufwand weiter voranbringen, denn eine Optimierung des Kundenservice muss für eine Investitionsbank tagtägliche Herausforderung sein.

Die Investitionsbank Berlin wird als Förderbank des Landes Berlin die positive Entwicklung der Berliner Wirtschaft auch im laufenden Geschäftsjahr weiter unterstützen.

Allen, die die Aufholjagd Berlins zu einem national und international konkurrenzfähigen Standort für Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel und Dienstleistung aktiv unterstützen, wünsche ich viel Erfolg.

A stylized, handwritten signature in black ink that reads "Cornelia" followed by a large, expressive flourish.

Cornelia Yzer
Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin



Von links nach rechts: Michael Bomke, Dr. Margaretha Sudhof, Michael Müller (stellv. Vorsitzender), Cornelia Yzer (Vorsitzende), Swen Hoffmann, Michaela Maria Eder von Grafenstein, Dr. Dietrich Rümker, Nadja Bernstein

Bericht des Verwaltungsrats für das Berichtsjahr 2013

Die IBB ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Berlin.

Der Verwaltungsrat der IBB hat die ihm per Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben wahrgenommen.

Das Gremium trat im Berichtsjahr zu insgesamt vier ordentlichen Sitzungen zusammen. Der Kreditausschuss des Verwaltungsrates tagte zudem in einer außerordentlichen Sitzung.

Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat sowie dessen Ausschüsse laufend über die Entwicklung der Bank sowie wichtige Geschäftsvorfälle. Die regelmäßige Berichterstattung umfasste Berichte zu der aktuellen wirtschaftlichen Lage und Geschäftsentwicklung, der strategischen Ausrichtung der Bank, der Weiterentwicklung der Risikotragfähigkeit sowie der Entwicklung des Produktportfolios. Der Kreditausschuss des Verwaltungsrats wurde vierteljährlich und der Verwaltungsrat einmal jährlich über die wesentlichen Inhalte der Risikoberichte gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kreditinstituten unterrichtet.

Zudem haben sich der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse insbesondere mit der Mittelfristplanung, den aktuellen Entwicklungen bei den Beteiligungen der Bank, wie der Fusion der Berlin Partner GmbH mit der TSB Innovationsagentur Berlin GmbH, und der Begleitung von größeren Finanzierungstransaktionen, wie der vollständigen Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe, sowie ausgewählten Aspekten des Förder- und Kredit- als auch des Asset-Portfolios befasst.

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, nahm die gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2013 vor. Im Ergebnis der Prüfung wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat nahm das Ergebnis der Abschlussprüfung nach Erläuterung durch den Abschlussprüfer zur Kenntnis. Einwände gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der IBB wurden durch das Gremium nicht erhoben. Der Verwaltungsrat stellte den Jahresabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2013 fest und billigte den Konzernabschluss.

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2013 beträgt nach Abzug des Berlin-Beitrags der IBB 36,9 Mio. EUR.

Der Verwaltungsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IBB für ihre engagierte Arbeit im Geschäftsjahr 2013.

Berlin, 28. April 2014

Die Vorsitzende des Verwaltungsrats

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Cornelia', followed by a stylized horizontal line with a vertical stroke intersecting it.

Cornelia Yzer
Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin

» Berlin holt auf «

Dr. Matthias von Bismarck-Osten

Zum Zeitpunkt der Gründung der Investitionsbank Berlin im Jahr 2004 hat die Berliner Industrie den schmerzhaften Strukturwandel in Folge der Wende weitgehend abgeschlossen. Dieser ging im Ost- und Westteil der Stadt mit einem massiven Abbau von Industriearbeitsplätzen einher, leitete aber auch einen Aufbau von hochwertigerer Industrieproduktion ein, im Rahmen dessen viele gut bezahlte Jobs entstanden sind und weiter entstehen. Zwar wirkten die Folgen der Dotcom-Krise noch nach, aber die wirtschaftliche Nachwendeernüchterung wich allmählich und die sich abzeichnende Entwicklung bot Anlass für vorsichtigen Optimismus.

In der Tat hat sich in den zehn Jahren seit Gründung der IBB einiges getan und im Rückblick spricht vieles dafür, das Jahr 2004 als Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins hin zum Positiven zu betrachten. Der Rückgang der **Wirtschaftsleistung** verlangsamte sich und erstmals seit Jahren verzeichnete die Zahl der Erwerbstätigen wieder ein Wachstum. Insgesamt ist das Bruttoinlandsprodukt Berlins dann im Zeitraum 2004 bis 2013 preisbereinigt um 20,6 % gewachsen, was im Schnitt einem jährlichen Wachstum von 2,1 % entspricht. Schon in den Jahren bis 2008 ist Berlin im Vergleich mit den anderen Bundesländern überdurchschnittlich stark gewachsen und auch die Wirtschaftskrise 2009 hatte für Berlin nur relativ geringe Folgen. Bereits im Jahr 2010 befand sich die Berliner Wirtschaftsleistung, anders als im Bund, wieder deutlich über dem Vorkrisenniveau. Die Zahl der Erwerbstätigen ist seit 2004 von rund 1.553.000 um 235.000 (+15,1 %) auf 1.788.000 gestiegen. Gleichzeitig konnte die Zahl der Arbeitslosen von 306.500 um knapp ein Drittel auf 210.000 im Jahr 2013 reduziert werden. Die Arbeitslosenquote sank in diesem Zeitraum um 5,9 Prozentpunkte auf 11,7 %.

Mit ihrem Fokus auf die **Finanzierung und Unterstützung** von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) trägt die Investitionsbank aktiv zur Schaffung von Investitionen und Arbeitsplätzen und damit maßgeblich zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Berlin bei. Mehr als 99,8 % aller Unternehmen in

Berlin fallen in den Bereich der KMU, die für den Großteil des Wachstums und der neu entstandenen Arbeitsplätze verantwortlich sind. Mit mehr als 46.000 Gewerbeanmeldungen im Jahr 2012 – darunter knapp 8.300 Betriebsgründungen – und einem nach wie vor positiven Gründungssaldo bleibt Berlin die unangefochtene Gründerhauptstadt Deutschlands. In den Jahren zwischen 2004 und 2013 ist die Anzahl der KMU um jährlich 5,6 % auf 159.000 gewachsen. Ein beträchtlicher Teil der Zuwächse erfolgte im Hightech-Bereich und in der Kreativszene, was neben der Attraktivität der Stadt den Aufstieg Berlins zu einer der führenden **Start-up-Metropolen** Europas ermöglichte. Dafür hat die Investitionsbank Berlin seit 2004 ein breitgefächertes Finanzierungsangebot von Zuschüssen über Darlehen und mezzaninen Instrumenten bis hin zu Risikokapital über die IBB Beteiligungsgesellschaft aufgebaut. Über Coaching-Angebote und den Businessplan-Wettbewerb gibt die Investitionsbank Berlin gemeinsam mit ihren Partnern vielen jungen Unternehmen das richtige Rüstzeug mit auf den Weg. Neben Gründungen begleitet die Investitionsbank insbesondere die Wachstumsphasen der Berliner Unternehmen, um deren Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit – auch international – zu erhöhen.

Besonders im Fokus der 2004 gegründeten Investitionsbank Berlin stehen innovative und technologieorientierte Wirtschaftsbereiche (Cluster), die sich durch gemeinsame Wertschöpfungsketten und eine räumliche Nähe von Unternehmen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen auszeichnen:

- ↳ Gesundheitswirtschaft,
- ↳ IKT, Medien und Kreativwirtschaft,
- ↳ Energietechnik,
- ↳ Verkehr, Mobilität und Logistik und
- ↳ Optik (einschließlich Mikrosystemtechnik).

Unter dem Strich hat sich die Fokussierung der Berliner Förderlandschaft auf die Cluster voll ausgezahlt. So ist die Zahl der

Beschäftigten in den Clustern zuletzt mit jährlich durchschnittlich 3,1 % gewachsen, die Beschäftigten der Berliner Wirtschaft insgesamt dagegen nur um 2,4 % (zum Vergleich Deutschland: 1,3 %). In die **Wachstumsbranchen** fließen jährlich rund zwei Drittel des Finanzierungsvolumens der IBB. Einen großen Anteil daran hat die Technologieförderung der Investitionsbank Berlin, allen voran das Programm zur Förderung von Forschung, Innovationen und Technologien (*Pro FIT*).

Ein Jahrzehnt Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum bedeutet aber auch eine verstärkte Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt und steigende Angebotsmieten. Nachdem sich die Investitionsbank Berlin in den letzten Jahren um die Optimierung der Finanzierungsstruktur im Rahmen alter Wohnungsbauförderprogramme geförderter Objekte und die energetische Sanierung (beispielsweise im Märkischen Viertel) gekümmert hat, wird sie sich ab 2014 wieder der **Neubauförderung** mit einem neuen Wohnungsbaufonds widmen. Damit sollen jährlich 1.000 zusätzliche Wohnungen mit sozial verträglichen Mieten gefördert werden.

Zwar muss Berlin seinen wirtschaftlichen Aufholprozess noch über Jahre fortsetzen, um an die anderen deutschen Metropolregionen heranzukommen, aber im letzten Jahrzehnt wurde schon viel erreicht. Die Investitionsbank Berlin wird alle Anstrengungen darauf ausrichten, dass die dynamische wirtschaftliche Entwicklung auch in den nächsten Jahren robust und stabil bleibt.





Förderung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen



Jürgen Lampe

Spricht man heute in der IBB von Zuschüssen, so oft im Zusammenhang mit dem Adjektiv „verloren“. Man bezeichnet sie als „verlorene Zuschüsse“. Dies nicht etwa, weil sie ihren Förderzweck nicht erreichten. Aus Sicht des Fördernehmers sind Zuschüsse sicherlich die effektivste Form der Förderung. Man

erhält sie für einen bestimmten Zweck und muss sie nicht wieder zurückzahlen. Sie belasten nicht die Liquidität, stärken das Eigenkapital und stellen keine unmittelbaren Anforderungen an die Kreditwürdigkeit. In der West-Berliner Wohnungsbauförderung waren Zuschüsse weit verbreitet. Aber schon bei

den großen Wohnungsbauprogrammen in den neunziger Jahren wurde verstärkt darauf geachtet, möglichst hohe Darlehensbestandteile zu integrieren, aus denen für den Fördergeber wieder Rückflüsse für neue Förderkreditprogramme resultieren.

Aus Sicht des Fördergebers sind Zuschüsse sicherlich die teuerste Form der Förderung. Zwar erfordern sie anfangs nur einen relativ geringen Bearbeitungsaufwand, weil sie mittels einer Vorhabenprüfung vergeben werden können. Sie sind jedoch langfristig zu verwalten und hinsichtlich der Mittelverwendung zu überprüfen und – einmal vergeben – stehen sie eben nicht mehr zur Verfügung.

Das muss man sich leisten können und in Zeiten voller Töpfe ist dies auch möglich. Nach dem Wegfall der Berlinförderung in Mitte der neunziger Jahre konnte das Land Berlin diese Art der Förderung aber nur noch sehr eingeschränkt fortsetzen. Die finanzielle Grundlage für Zuschussförderungen sind in der Regel öffentliche Mittel der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland, die dann zu gleichen Teilen aus Landesmitteln zu ergänzen sind. Wenn Berlin also keine Gelder verlieren wollte, die aus den Kassen von EU und Bund für Fördermaßnahmen in der Stadt vorgesehen waren, so mussten im Landeshaushalt erhebliche Mittel für die Ergänzungsfinanzierung eingeplant werden, und das fiel zunehmend schwerer, nachdem die öffentliche Verschuldung in Berlin, das den Wegfall der **Berlinförderung** zu verkraften hatte, in den neunziger Jahren dramatisch angestiegen war.

In diesem Kontext stand die Verselbstständigung der IBB im Jahr 2004. Der Subventionsbedarf in der Wirtschaftsförderung war erheblich, weil der wirtschaftliche Strukturwandel noch nicht abgeschlossen war, aber der Spielraum des Landeshaushalts gering. Im Gesetz über die Errichtung der Investitionsbank Berlin aus dem Jahr 2004 war deshalb von Anfang an vorgesehen, dass sich die IBB dort, wo öffentliche Mittel nicht zur Verfügung stehen, die erforderlichen Mittel durch Aufnahme von Darlehen und sonstigen Refinanzierungsmitteln selbst beschafft. Dazu wurde die IBB berechtigt, Pfandbriefe und Schuldverschreibungen auszugeben. Die IBB wurde zur rechtlich selbstständigen **Förder- und Strukturbank** ausgebaut mit allen Funktionalitäten für die Refinanzierung (Treasury) und ein bankübliches Kreditgeschäft und Risikocontrolling.

Vor dem Hintergrund der damaligen Förderpraxis waren die Kreditportfolios der IBB zum Zeitpunkt der Verselbstständigung in der Wirtschaftsförderung noch klein und betrugen

insgesamt lediglich 38 Mio. Euro. Mit der neuen Förderkreditstrategie und der Übernahme weiterer Finanzierungsaufgaben im kommunalen Bereich wuchsen diese aber schnell auf heute 2,7 Mrd. Euro an.

In der Immobilienförderung, dem ursprünglichen Kerngeschäft der IBB, wird immer noch ein Kreditvolumen von 11 Mrd. Euro verwaltet mit einem jährlichen Neugeschäft vom mehr als 700 Mio. Euro. Dafür war nicht nur ein entsprechendes Bearbeitungs-Know-how aufzubauen und Mitarbeiter für die Übernahme neuer Aufgaben zu qualifizieren, sondern es mussten auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der MaK/MaRisk bei der Weiterentwicklung des Kreditportfolios beachtet werden, was zusätzliche quantitative wie qualitative Herausforderungen bedeutete.

Von Anfang an arbeitete die IBB nach **betriebs- und bankwirtschaftlichen Grundsätzen** und war über die Jahre – insbesondere seit der Finanzmarktkrise – wie andere Banken auch zunehmenden regulatorischen Anforderungen ausgesetzt. Dies betrifft nicht nur die Eigenkapitalerfordernisse, sondern auch die besondere Behandlung der Groß- und Millionenkredite sowie die besonderen organisatorischen Anforderungen bezüglich der Trennung von Markt und Marktfolge. Zwar ist das Geschäftsmodell der IBB nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet, zielt aber doch darauf ab, eigene Erträge und damit Mittel für eigene **Förderangebote** zu erwirtschaften. Gleichzeitig muss die IBB den Anforderungen an eine Förderbank gerecht werden und, ohne die kreditmateriellen Anforderungen zu vernachlässigen, die Kreditversorgung von Kundengruppen ermöglichen, die auf dem privaten Kreditmarkt auf Finanzierungsprobleme treffen. Dies bedeutet zwar nicht die Quadratur des Kreises, macht aber doch deutlich, in welchem Spannungsverhältnis diese unterschiedlichen Zielsetzungen und die damit verbundene Kompetenzen der IBB stehen.

Als Erfolgsvoraussetzungen für die IBB sehe ich den Refinanzierungsvorteil des öffentlichen Kreditinstituts, der günstige Kreditkonditionen zulässt, und die intensive Zusammenarbeit mit den Berliner Geschäftsbanken, denen wir es bei Risikoteilung ermöglichen, Projekte zu finanzieren, die ein Partner allein nicht darstellen könnte. Eine Erfolgsvoraussetzung sind sicherlich auch die oft **langjährigen Kundenbeziehungen** – insbesondere in der Wohnungswirtschaft – und die Vertrautheit mit den Kunden, deren Finanzierungsbedürfnissen oft mit einer Kombination aus Förderprogrammen und Bankfinanzierungen begegnet werden kann.



Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung



Stephan Hoffmann

Eine der ersten großen Aufgaben nach der Verselbstständigung der IBB im Jahr 2004 bestand in der **Neuausrichtung** der Wirtschaftsförderung, die im Kontext des neuen Standortmanagementkonzeptes des Landes transparenter und unabhängiger von öffentlichen Mitteln werden sollte.

Noch im Jahr 2004 wurden die Hebel deshalb umgelegt. Zunächst wurden gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft mehrere Einzelprogramme in dem neuen Technologieförderprogramm *Pro FIT* zusammengeführt, das sich im Zuge der Modernisierung des Berliner Unternehmensbestandes als Erfolgsmodell etablierte und im Durchschnitt der letzten zehn Jahre 38 Mio. Euro zur Finanzierung innovativer Technologievorhaben von Berliner Unternehmen beisteuerte – im Rekordjahr 2013 sogar 62 Mio. Euro.

Andere Förderprogramme wie das IBB Wachstumsprogramm oder der KMU-Fonds wurden gänzlich neu aufgelegt und der **Paradigmenwechsel** von der Zuschussförderung zur darlehensbasierten Förderung wurde eingeleitet, der mit der Einführung der Programme der „Berlin-Familie“ (Berlin Start, Berlin Kredit und Berlin Kapital) in den Folgejahren seine konsequente Umsetzung erfuhr. Die Geschwindigkeit der Umstellung wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass der Anteil der Zuschüsse an den Finanzierungszusagen im Rahmen der Förderprogramme zwischen 2004 und 2007 von 87 % auf 31 % fiel. Dennoch blieb die Investitionsförderung über das GRW-Programm mit Zuschüssen im Volumen von 739 Mio. Euro in den letzten 10 Jahren eine feste Konstante der Berliner Wirtschaftsförderung, was auch dadurch belegt wird, dass im Jahr 2013 mit 119 Mio. Euro ein weit überdurchschnittliches Finanzierungsergebnis erzielt wurde.

Insgesamt wurde das Volumen der Finanzierungszusagen deutlich ausgeweitet. Es hat in 2004 noch bei 91,4 Mio. Euro gelegen und war bereits 2007 auf über 300 Mio. Euro geklettert, wo es sich – abgesehen vom Krisenjahr 2009 – seither auch konstant bewegt. Dazu kommen seit 2005 auch regel-

mäßig Globaldarlehen an die Berliner Geschäftsbanken für die Weitergabe zinsgünstiger Darlehen an Berliner KMU, die sich seither auf 600 Mio. Euro summieren.

Überhaupt hat unsere **Kooperation mit den Berliner Geschäftsbanken** seither eine erfreuliche Intensivierung erfahren: Sie unterstützen uns beim Vertrieb unserer Produkte aus der Berlin-Familie, die direkt über ihre Filialen, also in der Regel die Hausbanken unserer Kunden, beantragt werden können. Im Rahmen unserer Wachstums- und Konsortialkredite, die wir gemeinsam vergeben, hat allein die IBB seit 2005 Finanzierungszusagen im Volumen von 764 Mio. Euro erteilt und damit einen Beitrag zu Gesamtfinanzierungen geleistet, die ein Mehrfaches über dieser Summe liegen. Hier wird die Subsidiarität der IBB-Förderung deutlich: In Zeiten eines angespannten Kreditmarktes, wie unmittelbar nach der Krise 2008/2009, sind die Finanzierungsanteile der IBB größer, während sie derzeit etwas zurückgehen.

Mit dem Programm „Berlin Infra“ haben wir seit 2010 auch ein Angebot für die Finanzierung für Gesellschaften im Mehrheitsbesitz des Landes Berlin. Hier arbeiten wir ebenfalls mit den Geschäftsbanken zusammen. Darüber hinaus kann auch die Finanzierung kommunaler Aufgaben – wie die Finanzierung des Rückkaufs der Berliner Wasserbetriebe – im Rahmen von „Berlin Infra“ erfolgen.

Strategisch gesehen sind neben der Umstellung auf die Darlehensförderung und der Kooperation mit den Geschäftsbanken in den letzten 10 Jahren vor allem noch zwei Punkte zu erwähnen: die **Konzentration der Finanzierungszusagen** auf Unternehmen aus dem Bereich der **Cluster** der gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg und die Integration von EFRE-Mitteln der Europäischen Union im Rahmen revolvingender Fonds. Mit der Einführung der Kompetenzfeldstrategie als Vorläuferin der heutigen Clusterorientierung hat das Land einen erfolgreichen Schlüssel zur Beschleunigung des notwendigen wirtschaftlichen Strukturwandels gefunden, der seit ei-

nigen Jahren zunehmend Erfolge zeigt, was an der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und am überdurchschnittlichen BIP-Wachstum abzulesen ist. Die IBB unterstützt diese Strategie des Landes durch die Fokussierung der Fördermittel auf Unternehmen in diesen Clustern, auf die im Durchschnitt der letzten Jahre ungefähr zwei Drittel der Finanzierungszusagen entfallen. *Unternehmen in den Clustern wachsen schneller* als die Gesamtheit der Berliner Unternehmen und die Cluster zeigen einen kontinuierlich steigenden Anteil an der wirtschaftlichen Gesamtleistung Berlins. Sie kommen derzeit auf einen Anteil von ca. 40 % an den Umsätzen der Berliner Wirtschaft.

Der Einsatz von EFRE-Mitteln im Rahmen zuschussbasierter und *fondsgebundener Förderprogramme* wie dem KMU-Fonds, dem Berlin Kapital Fonds oder den VC Fonds der IBB Beteiligungsgesellschaft, leistete einen erheblichen Beitrag zur größeren Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Wirtschaftsförderung der IBB. Zwar geht damit ein höherer bürokratischer Aufwand für die Kunden und die IBB einher, was oft beklagt wird, aber

ohne diese Verfahrensinnovation hätten wir nur einen Bruchteil der beantragten Vorhaben finanzieren können, die die Unternehmen wettbewerbsfähiger machen und den Wirtschaftsstandort stärken.

Schließlich will ich beim Rückblick auf die letzten 10 Jahre noch erwähnen, dass wir auch die Bearbeitung der Wirtschaftsförderprogramme in der IBB deutlich gestrafft und eine separate Gesellschaft für alle *Coaching- und Beratungsangebote der IBB* geschaffen haben. Seit Mitte 2011 werden die Programme nicht mehr in zwei Bereichen mit insgesamt neun Abteilungen, sondern in einem Bereich mit fünf klar fokussierten Abteilungen bearbeitet. Mit der *IBB Business Team GmbH* als integralem Bestandteil der Geschäftsbereiche haben wir eine sehr leistungsfähige Einheit für kleinteilige Fördermaßnahmen und alle Beratungs- und Coachingangebote der IBB geschaffen, wo diese noch effizienter und regulierungsärmer als in einer Bank für das Land angeboten werden können.





Venture Capital für aufstrebende Berliner Start-ups



Roger Bendisch und Marco Zeller

Das Jahr 2004 bedeutet für uns bei der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH keinen so tiefgreifenden Neuanfang wie für unsere Muttergesellschaft, die IBB, mit ihrer rechtlichen Verselbstständigung, weil wir schon seit unserer Gründung im Jahr 1997 in der Rechtsform einer GmbH agierten. Einen **Neustart** bedeutete das Jahr 2004 in gewisser Weise aber auch für uns, und zwar nach der Dotcom-Krise. Wir haben diese als junge VC-Gesellschaft zwar vergleichsweise gut überstanden, sie hat aber auch bei uns tiefe Bremsspuren hinterlassen, in deren Folge unsere Transaktionen im Jahr 2004 auf den Tiefstwert von 1,3 Mio. Euro gefallen sind und über einen längeren Zeitraum keine attraktiven Exits realisiert werden konnten. Danach ging es wieder bergauf. Mit dem **VC Fonds Berlin** (20 Mio. Euro) etablierten wir noch in 2004 unseren ersten EFRE-kofinanzierten VC Fonds – ein Erfolgsmodell bis heute und die Grundlage für eine kontinuierliche Investitionsstrategie nach den schwierigen Jahren.

Bereits im Jahr 2005 hatte sich die Summe unserer Neu- und Folgeinvestments wieder verdreifacht, blieben aber immer noch deutlich hinter dem Niveau der Vorkrisenjahre zurück. Dieses Niveau erreichten wir erst wieder 2008, als wir mit dem VC Fonds Technologie Berlin (52 Mio. Euro) und dem ersten deutschen **VC Fonds für die Kreativwirtschaft** (30 Mio. Euro) zwei neue Fonds am Markt platzierten. Nach einer erneuten Zäsur im Jahr 2009 im Zuge der Finanzmarktkrise erzielen wir seit 2010 wieder konstant Transaktionswerte von mehr als 10 Mio. Euro im Jahr und gehören seitdem zu **den aktivsten deutschen Venture-Capital-Gebern**.

Auf der Exitseite markierte das Jahr 2004 den Endpunkt einer anhaltenden Dürrephase. Erst ab 2005 gelangen wieder ertrag-

reiche Exits. Diese Veräußerungen von Beteiligungsunternehmen an Industrieunternehmen (Trade Sales) und in Ausnahmen die Realisierung von Börsengängen (IPOs) sind die Voraussetzung für die Umsetzung unseres eigenen Geschäftsmodells. Alle Risiken und Aufwendungen beim Eingehen und Betreuen von Beteiligungen können langfristig nur eingegangen werden, wenn auch entsprechend erfolgreiche Exits hieraus erwachsen.

Seit 1997 sind wir mehr als 160 Beteiligungen eingegangen und waren an mehreren hundert Folgeinvestments beteiligt. Im Rahmen dieser Finanzierungsrunden wurden Gesamtinvestments in Höhe von mehr als 920 Mio. Euro getätigt, wovon wir als Lead-, Co-Lead- oder Co-Investor 128 Mio. Euro selbst aufgebracht haben. Unser **Beteiligungsportfolio** beläuft sich derzeit auf 75 Unternehmen, wovon 30 auf die Kreativwirtschaft, 18 auf die Informations- und Kommunikationstechnik, 15 auf die Life Sciences und 12 auf den Bereich Factory Automation entfallen.

Wir haben das Ziel, unsere Beteiligungsunternehmen mittelfristig über einen definierten Zeitraum zu begleiten und unsere Beteiligungen dann möglichst mit Gewinn zu veräußern, so dass wir über diese Exits wieder Rückflüsse für unsere Fonds generieren. So sind uns über die Jahre zahlreiche attraktive Exits gelungen. Dazu gehören die Veräußerungen von Unternehmen wie Gate5, nugg.ad, inubit, Aupeo u.v.m. Auf der Erwerberseite finden sich potente Konzerne wie Nokia, Konica Minolta, Deutsche Post, Bosch und Panasonic. In den allermeisten Fällen spielt auch nach unserer Veräußerung Berlin eine zentrale Rolle für diese Unternehmen und die Anzahl der dort Beschäftigten hat in vielen Fällen sogar stark zugenommen.



Berlin hat sich in den letzten Jahren zur **VC-Hauptstadt** in Deutschland entwickelt und rückt zunehmend in den Fokus internationaler Investoren. Die Hauptstadt kommt gerade einmal auf einen Anteil von 4 % am bundesdeutschen Sozialprodukt, aber von rund 20 % an der Anzahl der deutschen VC-Investments. Von den rund 241 Mio. Euro Wagniskapital, die nach Angaben des Branchenverbandes BITCOM im Jahr 2012 in deutsche IT-Startups geflossen sind, entfielen mit 133 Mio. Euro mehr als 50 % auf Berlin. So viel Dynamik und Interesse an Unternehmensbeteiligungen in Berlin – wir bemerken das im Zuge unserer Finanzierungsrunden – registrierten wir nicht einmal zu Zeiten des Neuen Marktes. Die Rolle der IBB Betei-

lungsgesellschaft hat sich dabei im Laufe der Jahre immer mehr verfestigt. Wir sind der Beteiligungspartner vor Ort und wir begleiten unsere Beteiligungsunternehmen mit Rat und Tat, was gerade für auswärtige Investoren eine zusätzliche Sicherheit darstellt. Unser Engagement reicht von der Gründung über die Begleitung des Unternehmensaufbaus bis zur erfolgreichen Wachstumsphase. Dabei setzen wir von Anbeginn auf die Einwerbung kompetenter privater Finanzierungspartner. Je reifer und stärker die Unternehmen werden, desto mehr übernehmen diese eine aktive Rolle, was uns hilft, uns stärker auf die jungen Unternehmen zu konzentrieren – eine Arbeitsteilung, die allen Beteiligten Vorteile bringt.



Vom Ende der Anschlussförderung zur Wiederaufnahme der Neubauförderung



Patricia Genth und Andreas Tied

Die Chronik der Immobilienförderung 2004 bis 2013 startete für uns mit der Senatsentscheidung zum Ausstieg aus der Anschlussförderung aus dem Jahr 2003, die sowohl für die betroffenen Eigentümer als auch für die IBB eine große Herausforderung darstellte. Zahlreiche Fonds standen dabei vor dem Aus. Betroffen vom Wegfall waren rund 700 Objekte mit 28.000 Wohnungen.

Mit der abschließenden Bearbeitung der Vorgänge konnte erst 2006 begonnen werden, nachdem die Rechtmäßigkeit des Ausstiegs letztinstanzlich bestätigt war. Mit der Erarbeitung von [Sanierungskonzepten](#) und einer Vielzahl begleitender Maßnahmen, wie der Gewährung von Mietausgleich (1.917 Fälle) und Umzugshilfen (853 Fälle), ist es dabei gelungen, zahlreiche Insolvenzen abzuwenden und die Auswirkungen auf die betroffenen Mieter abzumildern. Für 175 Objekte musste bisher dennoch ein Insolvenzverfahren eingeleitet und für über 192 Objekte ein Zwangsversteigerungsverfahren eröffnet werden, so dass knapp ein Drittel der Objekte – zumeist im Eigentum von Kapitalgesellschaften – Gegenstand dieser Verfahren waren.

Eine breit angelegte Neubauförderung war in den Folgejahren nicht erforderlich, weil die intensive Förderung und die hohen Bauleistungen in den neunziger Jahren auf viele Jahre zu einem entspannten Wohnungsmarkt geführt hatten. Wohnraum war ausreichend vorhanden und so preisgünstig, dass die [Wohnungsversorgung](#) als positives Berliner Standortargument galt und gilt. Die Förderaktivitäten der IBB konzentrierten sich deshalb darauf, den Wohnungsbestand für die ökologischen und demografischen Herausforderungen durch das Angebot von [Programmen zur energetischen und altersgerechten Sanierung](#) zu rüsten. Die Vorhaben reichten dabei von der Sanierung von Eigenheimen bis zur Mitwirkung bei der Finanzierung der energetischen Sanierung des Märkischen Viertels und weiteren Großprojekten.

Der Gebäudesektor ist von zentraler Bedeutung für das Erreichen der Berliner Klimaziele, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 % unter den Ausgangswert von 1990 zu drücken. Hierzu müssen aber nicht nur die großen Bestände im Eigentum großer Gesellschaften mit einem professionellen Gebäudemangement saniert werden, sondern auch die zahlreichen Mietshäuser in privater Hand. Zur Beratung insbesondere dieser Privateigentümer hinsichtlich der technischen und wirtschaftlichen Aspekte bei der energetischen Sanierung haben wir in 2013 deshalb die Energieberatung [ENEO](#) gegründet.

Bereits seit 2004 verzeichnet Berlin ein Bevölkerungswachstum, das sich im Zuge der wirtschaftlichen Erholung seit 2007 noch beschleunigt hat. Das hat in den letzten zwei Jahren auch zu einer Anspannung auf dem Wohnungsmarkt geführt, die inzwischen alle Preissegmente betrifft. Besonders kritisch stellt sich die Situation im unteren Preissegment innerhalb des S-Bahnringes dar. Demzufolge hat die Politik entschieden, wieder in die Wohnungsbauförderung einzusteigen. Im Dialog zwischen der Senatsverwaltung, den Wohnungswirtschaftlichen Verbänden und der IBB wurde ein Förderkonzept entwickelt, das ab 2014 umgesetzt wird und das die Neubautätigkeit ankurbeln soll. Das Programm soll günstige Mieten gewährleisten und zugleich die Wirtschaftlichkeit der Objekte während und nach der Förderperiode berücksichtigen. Durch dieses Programm sollen jährlich 5.000 Wohnungen errichtet und über den Einsatz von zinslosen Darlehen und einkommensorientierten Zuschüssen Wohnungsbau auch in innerstädtischen Lagen zu Mieten von 6,00 bis 7,50 EUR/m² Wfl. mtl. ermöglicht werden. Insgesamt 25.000 Miet- und Genossenschaftswohnungen sollen auf diese Weise bis 2020 entstehen.



Gegenseitige Wertschätzung war uns schon immer wichtig



Ursula Adolph

Das Jahr unserer Verselbstständigung brachte für die Personalarbeit der IBB große Herausforderungen mit sich. War es doch so, dass bis dahin wichtige zentrale Bankfunktionen, wie das Kreditgeschäft, das Treasury, große Teile von Organisation und Verwaltung und nicht zuletzt die Personalarbeit, in der Landesbank durchgeführt wurden. Das alles musste jetzt in der IBB selbst wieder aufgebaut werden, und das vor dem Hintergrund einer **Restrukturierungsvereinbarung**, die zum 1. 7. 2004 in Kraft trat und die wesentliche Grundlage für einen Abbau der Beschäftigtenzahl von 826 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Zeitpunkt der Verselbstständigung auf heute 627 Beschäftigte bildete. Das setzte dem Know-how-Zuwachs über Neueinstellungen natürlich enge Grenzen.

Es mussten also umfangreiche Personalentwicklungsmaßnahmen umgesetzt werden, in deren Zentrum zunächst gezielt Kredit- und Vertriebskompetenz in der IBB aufgebaut wurde. Die Basis dafür waren flexible und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich nicht scheuten, neue Aufgaben zu übernehmen, die ihnen aber auch neue Entwicklungsmöglichkeiten brachten. Dabei darf nicht übersehen werden, dass zeitgleich auch die Personalabteilung der IBB und zahlreiche personalwirtschaftliche Instrumente neu aufgebaut bzw. neu ausgerichtet werden mussten. Es ist so gelungen – was von vielen bezweifelt wurde –, den Großteil der neu geschaffenen Stellen aus dem eigenen Haus und aus der eigenen Nachwuchsarbeit zu besetzen. Die Nähe zu unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei einem Haus unserer Größe noch möglich ist, ließ dabei eine individuelle Personalbetreuung zu. Die Weiterbildung erfolgte zum großen Teil durch Inhouse-Seminare und nach dezidierten Vorgaben der IBB, die den Weiterbildungsbedarf exakt qualifiziert und quantifiziert hatte.

Es war und ist uns immer bewusst, dass diese Umbruch-Jahre für zahlreiche Beschäftigte und Führungskräfte erhebliche Belastungen mit sich brachten. Wir waren deshalb bestrebt, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an anderer Stelle möglichst zu entlasten. So verfügen wir über ein **sehr flexibles Arbeitszeitsystem** mit familienfreundlichen Kernzeiten und bieten eine Vielzahl unterschiedlicher Teilzeitmodelle an, die es ermöglichen, Beruf und Privatleben nach individuellen Gegebenheiten sinnvoll zu vereinen. Das ist auch eine Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung einer strukturierten Frauenförderung, die es zum Ziel hat, den Anteil weiblicher Spezialisten und Führungskräfte zu erhöhen und die Unterrepräsentanz von Frauen in höheren Vergütungsgruppen zu verringern. Frauenförderung ist bei uns Chefsache, indem für jede Führungskraft im Rahmen ihrer Zielvereinbarung auch ein Ziel zur **Frauenförderung** vereinbart wird. Damit steht Frauenförderung in der IBB nicht nur auf dem Papier, sondern wird aktiv gelebt.

Auch die Gesundheitsförderung, die in der IBB mit einem Projekt im Jahr 2008 und damit zu einem sehr frühen Zeitpunkt startete, genießt nach wie vor einen hohen Stellenwert. Mit Maßnahmen wie Gesundheitstagen, Seminaren und Workshops sowie der Durchführung von Fokusgruppen wurde das **IBB-Gesundheitsmanagement** umgesetzt.

Dies alles zeigt die Wertschätzung, die wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entgegenbringen und den Wert, den wir langjährigen verlässlichen Arbeitsverhältnissen beimessen. Dabei ist uns beiderseitiges Engagement wichtig! Eine auf gegenseitigem Vertrauen gründende Zusammenarbeit war dabei die Grundlage dafür, dass wir ohne größere Verunsicherungen

über die Restrukturierungsphase gekommen sind und dass die Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der IBB, die in den Umbruchs-Jahren natürlich auf die Probe gestellt worden war, unsere erfolgreiche Arbeit bestätigt.

In unseren seit 2008 regelmäßig durchgeführten Mitarbeiterbefragungen erhält die IBB konstant gute Bewertungen der Kriterien *Sicherheit und Glaubwürdigkeit* durch die Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeiter. Als positiv bei der IBB wird über die Jahre auch das interessante vielseitige Arbeitsgebiet benannt, das eigenständiges Arbeiten ermöglicht, sowie die Zusammenarbeit im Team und darüber hinaus. Es sind dies die Faktoren, die auch öffentlich wahrgenommen werden und dazu beitragen, dass die IBB als guter Arbeitgeber gesehen wird und in 2013 mit der Auszeichnung „Berlins beste Arbeitgeber-Marke“ geehrt wurde.





Eine erfolgreiche Zusammenarbeit



Werner Gegenbauer

„Die Berliner Wirtschaft hat viele schwierige Jahre hinter sich gelassen und fährt nun – dank der bundesweit höchsten Wachstumsraten – auf der Überholspur. Doch nachhaltiges Wachstum braucht Kapital. Da Berlin davon bekanntlich nicht allzu viel hat, ist es umso wichtiger, dass die IBB als moderne Förderbank mit revolvingierenden Fonds arbeitet und so die Berliner Wirtschaft auch in Zukunft maßgeblich in ihrem Wachstumsstreben unterstützen kann. Und dabei achtet sie stets darauf, dass nicht mit der Gießkanne, sondern zielgerichtet gefördert wird. Richtig und weiter so!“

Werner Gegenbauer, Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Matthias Klussmann

„Die Mitglieder unseres Verbandes haben die IBB in den letzten Jahren als fairen, flexiblen Verhandlungspartner bei der Lösung der vielfältigen Probleme des geförderten Wohnungsbaus der Vergangenheit im Konsens schätzen gelernt. Für die Zukunft sieht unser Verband einen Tätigkeitsschwerpunkt der IBB bei der Unterstützung der Modernisierung der Objekte des geförderten Wohnungsbaus sowie der energetischen Sanierung und des altersgerechten Umbaus zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Wohnungsbestände.“

Matthias Klussmann, Vorsitzender des Vorstands

BFW Landesverband Berlin/Brandenburg e. V.





Maren Kern

„Solidität und Zuverlässigkeit sind die Markenzeichen der IBB. Wohnungsunternehmen und Eigentümer vertrauen deshalb auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit und das ausgeprägte Verständnis für wohnungswirtschaftliche Anforderungen. Für die Zukunft wünschen wir uns hierbei einerseits weiterhin Kontinuität sowie andererseits, dass die IBB bei der Bewältigung der enormen Neubaufaufgaben in der Stadt eine starke Rolle übernimmt.“

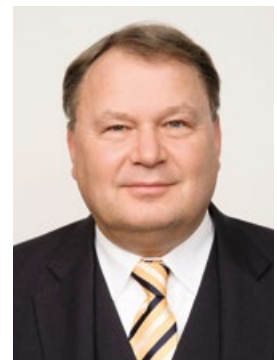
Maren Kern, Vorstand beim BBU Verband

Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V.

Dr. Holger Hatje

„Die Berliner Volksbank, mit klarem Auftrag zur Förderung der regionalen Wirtschaft, arbeitet Hand in Hand mit der Investitionsbank Berlin zusammen. Ganz besonders bei der Finanzierung von Existenzgründern, die unmittelbar vom umfangreichen Leistungsangebot profitieren, das auf veränderte Anforderungen mit neuen Förderprogrammen schnell und flexibel reagiert. Gemeinsam leisten wir einen unverzichtbaren Beitrag zur Zukunftssicherung der Berliner Wirtschaft.“

Dr. Holger Hatje, Vorsitzender des Vorstands Berliner Volksbank e. G.



Jörg Franzen

„Die IBB ist ein echter Standortvorteil für unsere Stadt: Sie hat sich in den letzten zehn Jahren zu einer verlässlichen Partnerin für Immobilienfinanzierungen mit einem besonderen Fokus auf Energie, Umwelt und günstige Wohnkosten entwickelt. Wir wünschen uns, dass die IBB den Wohnungsunternehmen in Berlin auch künftig als aktive Förderbank mit attraktiven Konditionen sowohl für Instandsetzungen und Modernisierungen als auch für Bestandsankäufe und Neubaufinanzierungen zur Verfügung steht.“

Jörg Franzen, Vorsitzender des Vorstands GESOBAU AG



Harald Eisenach

„Berlin entwickelt sich und die Förderbank des Landes spielt hier eine wichtige Rolle. Der Fokus hat sich auch in unserer Zusammenarbeit den geänderten Anforderungen angepasst. Ich denke da an meine erste gemeinsame Transaktion für eine große Berliner Medizintechnikfirma, in der die IBB ihre bisherige Kreditobergrenze erhöhte und bei der Konsortialfinanzierung einen wichtigen Beitrag zum Abschluss beitragen konnte. Heute ist sie integraler Bestandteil der Gründerförderung und Partner der Kreditinstitute auch bei größeren Konsortialfinanzierungen der Berliner Unternehmen.“

[Harald Eisenach, Vorsitzender der Geschäftsführung Region Ost, Deutsche Bank AG](#)

Andreas Stadler

„In den vergangenen 10 Jahren war die IBB stets ein zuverlässiger Partner für System 180 und hat die positive Entwicklung der Firma durch ausgezeichnete Beratungsleistungen und Förderungen im Rahmen der GRW/GA und des Programms „Neue Märkte erschließen“ unterstützt. Auch in Zukunft wünschen wir uns von der IBB, KMU wie System 180 durch ihre Angebote am Standort Berlin unterstützen und halten zu können.“

[Andreas Stadler, Geschäftsführer, System 180 GmbH](#)



Sascha Schubert

„spendino arbeitet seit fast 5 Jahren mit der IBB zusammen, angefangen hat alles mit einem zweiten Platz beim Businessplan-Wettbewerb 2009. Wir selbst haben die Programme Innovationsassistent und Pro FIT genutzt und konnten so, auch vor dem Hintergrund der Finanzkrise, spendino aufbauen und weiterentwickeln. Als Vorstand des Entrepreneurs Club Berlin e. V. habe ich die Programme vermutlich an 100 andere Gründer und Unternehmer weiterempfohlen. Aus meiner Sicht leisten die IBB und ihre Mitarbeiter einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Stadt als Start-up-Hauptstadt. Für die Zukunft wünsche ich mir natürlich mehr Geschwindigkeit, weil schneller immer besser ist.“

[Sascha Schubert, Geschäftsführer, spendino GmbH](#)



Jan Eder

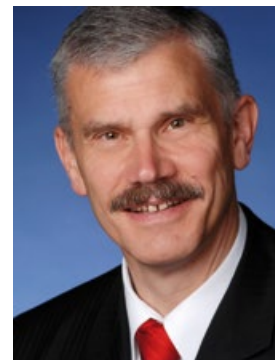
„Mit der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der zurückliegenden Jahre hat die Berliner Wirtschaft bewiesen, dass unsere Stadt nicht nur sexy, sondern auch innovativ und leistungsstark ist. Die IHK möchte Berlin zusammen mit der IBB zur attraktivsten Stadt für kreative Köpfe, innovative Unternehmen und Start-ups in Deutschland machen. Dafür bietet die IBB Unternehmen vom Mikrokredit bis zu Venture Capital die passgenaue Unterstützung, die sie brauchen, um ihre Ideen erfolgreich zu finanzieren. Wir freuen uns auf eine weiterhin zukunftsorientierte Zusammenarbeit.“

[Jan Eder, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Berlin](#)

Hans Jürgen Kulartz

„IBB und Berliner Sparkasse nehmen eine wichtige Aufgabe für Berlins Wirtschaft wahr. Dabei verstehen wir uns als Partner und arbeiten seit Jahren eng zusammen. Als Förderbank kann die IBB vor allem dort helfen, wo herkömmliche Märkte versagen und die Unternehmer Kapital und Hilfe benötigen. Sind die Unternehmen marktfähig, leisten sie einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Ich wünsche Berlin deshalb eine starke IBB.“

[Hans Jürgen Kulartz, Firmenkundenvorstand, Berliner Sparkasse](#)



Christian Amsinck

„Die Wirtschaft in Berlin kommt voran. Daran hat die IBB mit ihren modernen Finanzierungsangeboten und ihrem marktnahen Handeln wichtigen Anteil. Viele Anstrengungen verbinden IBB und UVB in der Unterstützung von Unternehmen, Infrastruktur und Stadtentwicklung. Dazu gehören zum Beispiel die Berliner Wirtschaftskonferenz, der Businessplan-Wettbewerb oder die Erschließung industrieller Zukunftsfelder. Zum 10-jährigen Jubiläum der IBB gratulieren wir und wünschen weiterhin viele erfolgreiche Finanzierungen von Mittelstand, Spin-offs, Start-ups und Innovationen, mit denen das Wachstum der Berliner Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze auch in Zukunft vorankommen.“

[Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. \(UVB\)](#)

Die Wirtschaftsförderung 2013 in Zahlen

Programme	Unternehmensgründung			Bestandsunternehmen		
	Volumen (in Mio. EUR)			Volumen (in Mio. EUR)		
	Darlehen und Beteiligungen, Bürgschaften			Darlehen und Beteiligungen, Bürgschaften		
Stand: 31.12.2013	Anzahl		Zuschüsse	Anzahl		Zuschüsse
Berlin Start	63	6,3	0,0	5	0,6	0,0
Berlin Kredit	3	2,4	0,0	50	25,2	0,0
Berlin Kapital	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
Berlin Infra	0	0,0	0,0	1	15,0	0,0
Gemeinschaftsaufgabe (GRW)	36	0,0	19,8	210	0,0	99,4
KMU-Fonds	3	7,8	0,0	3	0,7	0,0
KMU-Fonds Mikrokredite bis 25 TEUR	136	2,5	0,0	45	0,9	0,0
Wachstums- und Konsortialkredite	0	0,0	0,0	14	94,5	0,0
Pro FIT	84	20,6	5,8	100	15,4	19,6
Innovationsassistent	43	0,0	0,9	73	0,0	1,5
Zwischenfinanzierung Film	4	0,4	0,0	11	1,4	0,0
MOE-Netzwerke	0	0,0	0,0	4	0,0	0,7
Neue Märkte erschließen	11	0,0	0,1	120	0,0	1,9
Liquiditätshilfen	0	0,0	0,0	5	1,5	0,0
Zwischensumme Förderprogramme	383	40,0	26,5	641	155,2	123,1
Globaldarlehen	0	0,0	0,0	1	25,0	0,0
Sonderfinanzierung (aus Berlin Infra)	0	0,0	0,0	1	590,0	0,0
Summe	383	40,0	26,5	643	770,2	123,1
Nachrichtlich:						
IBB Beteiligungsgesellschaft	50	12,5	0,0	0	0,0	0,0
darunter Kompetenzfelder	201	30,5	25,5	427	92,5	74,9

Anzahl	Insgesamt Volumen (in Mio. EUR)		Summe	Programme
	Darlehen und Beteiligungen, Bürgschaften	Zuschüsse		
68	6,9	0,0	6,9	Berlin Start
53	27,6	0,0	27,6	Berlin Kredit
0	0,0	0,0	0,0	Berlin Kapital
1	15,0	0,0	15,0	Berlin Infra
246	0,0	119,2	119,2	Gemeinschaftsaufgabe (GRW)
6	8,4	0,0	8,4	KMU-Fonds
181	3,4	0,0	3,4	KMU-Fonds Mikrokredite bis 25 TEUR
14	94,5	0,0	94,5	Wachstums- und Konsortialkredite
184	36,0	25,4	61,4	Pro FIT
116	0,0	2,3	2,3	Innovationsassistent
15	1,9	0,0	1,9	Zwischenfinanzierung Film
4	0,0	0,7	0,7	MOE-Netzwerke
131	0,0	2,0	2,0	Neue Märkte erschließen
5	1,5	0,0	1,5	Liquiditätshilfen
1.024	195,3	149,6	344,9	Zwischensumme Förderprogramme
1	25,0	0,0	25,0	Globaldarlehen
1	590,0	0,0	590,0	Sonderfinanzierung (aus Berlin Infra)
1.026	810,3	149,6	959,9	Summe
Nachrichtlich:				
50	12,5	0,0	12,5	IBB Beteiligungsgesellschaft
628	123,0	100,4	223,4	darunter Kompetenzfelder

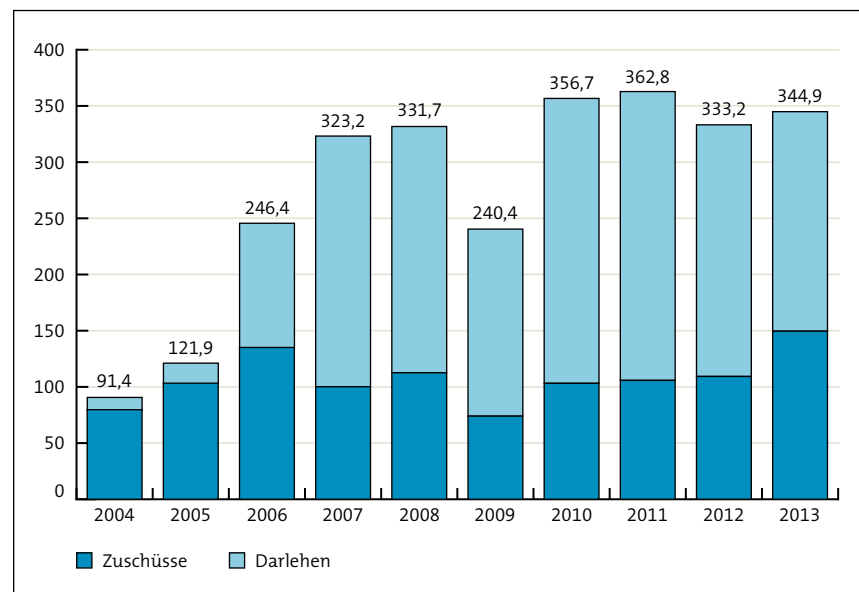
Wirtschaftsförderung

Entwicklung der Wirtschaftsförderung 2013

Finanzierungsvolumen weiterhin auf hohem Niveau

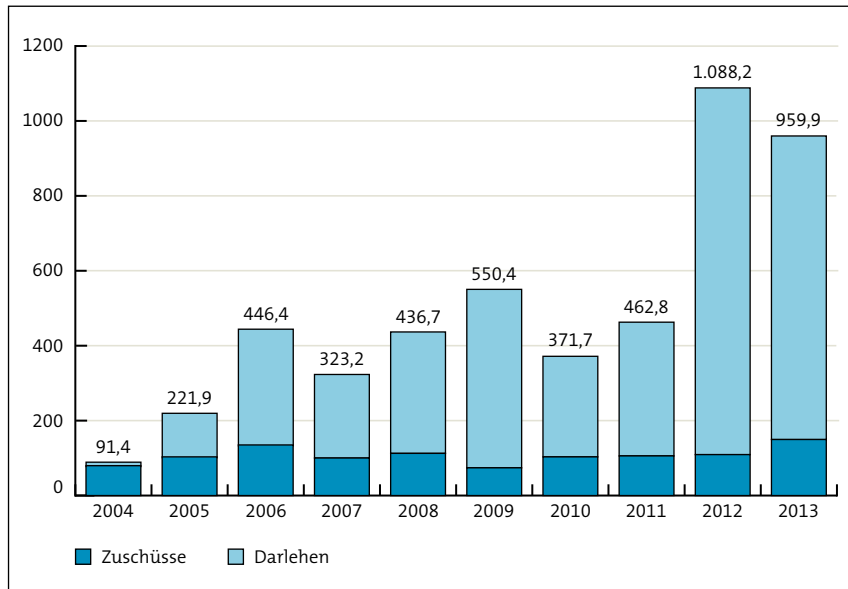
Mit Finanzierungszusagen in Höhe von 344,9 Mio. Euro im Rahmen der Förderprogramme konnte nach dem krisenbedingten Rückgang in 2009 im Berichtsjahr zum vierten Mal in Folge ein überdurchschnittliches Finanzierungsergebnis erzielt werden. Im Jahresverlauf zeigt sich ein schwächeres erstes Halbjahr und eine zum Jahresende hin ansteigende Finanzierungsnachfrage. Das Ergebnis liegt um rund 3,5 % über dem Vorjahreswert und um 25 % über dem 10-Jahresdurchschnitt in Höhe von 275 Mio. Euro.

Finanzierungszusagen in der Wirtschaftsförderung 2004 – 2013 in Mio. Euro (ohne Globaldarlehen und Sonderfinanzierungen)



Das Gesamtfinanzierungsergebnis in der Wirtschaftsförderung war wie im Vorjahr geprägt durch eine Sonderfinanzierung zum Rückkauf von Anteilen an den Berliner Wasserbetrieben durch das Land Berlin in Höhe von 590 Mio. Euro (Vorjahr: 700 Mio.). Diese Sonderfinanzierung, die wir im Rahmen von „Berlin Infra“ geleistet haben, eingerechnet, verzeichnet der Geschäftsbereich Wirtschaftsförderung ein Gesamtfinanzierungsergebnis in Höhe von 959,9 Mio. Euro.

Finanzierungszusagen in der Wirtschaftsförderung 2004–2013 in Mio. Euro (einschließlich Globaldarlehen und Sonderfinanzierungen)



Arbeitsplatzeffekte und volkswirtschaftliche Auswirkungen der IBB-Wirtschaftsförderung

Erstmals hat die IBB im Berichtsjahr auf Grundlage der Finanzierungszusagen in der Wirtschaftsförderung die erweiterten Arbeitsplatzeffekte und die Auswirkungen auf das Volkseinkommen sowie das Wirtschaftswachstum berechnet. Dabei wurde die Sonderfinanzierung zum Rückkauf der Anteile an den Berliner Wasserbetrieben herausgerechnet. Die Berechnung erfolgte auf Grundlage des Berlin-Modelles, mit dem die IBB seit Jahren auch die volkswirtschaftliche Bedeutung von Wirtschaftsbereichen wie der Digitalwirtschaft oder des Tourismus und die Folgeeffekte von Investitionen und Ereignissen aller Art berechnet.

Auf der Grundlage der Finanzierungszusagen des Berichtsjahres wurden durch die Investitionsbank Berlin und weitere Finanzierungspartner in den unterschiedlichsten Bereichen der Berliner Wirtschaft Investitionen in einer Größenordnung von annähernd 3 Mrd. Euro angeschoben. Diese – um Sondereffekte bereinigten – wirtschaftlich wirksamen Investitionen in die Berliner Wirtschaft schaffen und sichern allein im Jahr 2013 rund 21.800 Arbeitsplätze. Auch wenn nicht alle Arbeitsplätze auf Dauer bestehen bleiben, so sorgen sie zumindest in 2013 doch für eine spürbare Erhöhung der Bruttolohnsumme in Berlin um 760 Mio. Euro, das entspricht einem Anteil von rund 1,7 % an den Bruttolöhnen insgesamt. Neben der primären Wirkung der angeschobenen Investitionen in den von der Investitionsbank geförderten Unternehmen entstehen sekundäre Umsatz- und Beschäftigungseffekte in vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsbereichen. Die durch die Investitionsbank Berlin angeschobenen Investitionen führen somit zu einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von insgesamt rund 4 Mrd. Euro.

Die Entwicklung einzelner Programme

Auf Einzelprogrammebene betrachtet liegen die größten Zuwächse gegenüber dem Vorjahr mit 29,8 Mio. Euro bei der Gemeinschaftsaufgabe GRW, wo das Vorjahresergebnis um genau ein Drittel übertroffen werden konnte, und bei *Pro FIT* (+27,1 Mio.), das mit 61,4 Mio. Euro in 2014 ein Rekordergebnis erzielte. Rückgänge gab es vor allem bei den Wachstums- und Konsortialkrediten (-38,4 Mio. Euro). Auch bei den Globaldarlehen, die wir an Geschäftsbanken zur Weiterleitung an Berliner KMU vergeben, verzeichnen wir einen Rückgang von 55 auf 25 Mio. Euro.

Mehr Geld für Gründungsvorhaben

Die Förderung von Gründungsvorhaben bildet für die IBB einen besonderen Schwerpunkt, weil diesen eine große Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung einer modernen Wirtschaftsstruktur zukommt. Als Berliner Gründerbank hat die IBB im Berichtsjahr Finanzierungszusagen in Höhe von 66,5 Mio. Euro für die Finanzierung von 383 Gründungen und Jungunternehmen eingesetzt. Die Anzahl der Finanzierungszusagen ist damit um 13 %, ihre Höhe sogar um fast 80 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Den höchsten Beitrag zur Finanzierung von Gründungsvorhaben leistete im Berichtsjahr das *Pro FIT*-Programm mit insgesamt 26,4 Mio. Euro vor der Gemeinschaftsaufgabe (GRW) mit Zuschüssen in Höhe von 19,8 Mio. Euro. Aber auch bei „Berlin Start“, dem Spezialprogramm für Unternehmensgründungen, ist das Bewilligungsvolumen um rund zwei Drittel von 4,1 auf 6,3 Mio. Euro gestiegen. Weil viele Gründungsvorhaben anfangs noch einen relativ kleinen Finanzierungsbedarf haben, kommen unsere Mikrokredite mit Darlehen bis 25 TEUR mit 136 Finanzierungszusagen auf einen Anteil von mehr als 35 % an den Gesamtzusagen für Gründungsfinanzierung.

Clusteranteil an den Finanzierungszusagen gesunken

Mit 223,4 Mio. Euro entfielen in 2013 rund 9 % weniger Finanzierungszusagen auf Vorhaben in den Clustern der Berlin-Brandenburger Innovationsstrategie als im Vorjahr (246,0 Mio. Euro). Der Anteil für Clustervorhaben an den gesamten Finanzierungszusagen fiel damit von 73,8 auf 64,8 %, was ziemlich genau dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre entspricht. Die Anzahl der Finanzierungszusagen für Clustervorhaben ist hingegen von 496 auf 628 um gut ein Viertel gestiegen. Im Gegensatz zum Vorjahr wurden hier weniger größere Investitionsvorhaben und dafür deutlich mehr kleinere Finanzierungen im Rahmen der Innovationsförderung bewilligt.

Absoluter Finanzierungsrekord beim Pro FIT-Programm

Seit dem Herbst 2012 stehen Mittel aus dem *Pro FIT*-Programm auch für die Frühphasenfinanzierung zur Verfügung.

Mit dieser Erweiterung soll eine Finanzierungslücke in der ersten Aufbauphase eines Unternehmens geschlossen und den jungen Unternehmen Planungssicherheit gegeben werden. Die Fördermittel können bis zu 600 TEUR betragen. Fördervoraussetzung ist ein konkretes Innovationsprojekt. Auch muss die finanzielle Beteiligung eines Mentors nachgewiesen werden.

Diese Programmerweiterung, die sehr gut am Markt aufgenommen worden ist, hat mit dazu beigetragen, dass bei *Pro FIT* im Berichtsjahr mit Finanzierungszusagen über 61,4 Mio. Euro ein absolutes Spitzenergebnis erreicht werden konnte. Davon entfielen 36,0 Mio. Euro auf Darlehen und 25,4 Mio. auf Zuschüsse. Dabei hat sich die Zahl der bewilligten Anträge auf 184 nahezu verdoppelt.

Sehr hohe Nachfrage nach Investitionszuschüssen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe GRW

Mit Zuschüssen in Höhe von 119,2 Mio. Euro lag das Finanzierungsergebnis im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (GRW) um 29,8 Mio. Euro oder 33,3 % über dem Vorjahreswert. Ein höheres Zuschussvolumen war zuletzt im Jahr 2001 erreicht worden. Das Programm ist für uns ein Indikator für die Investitionsneigung der Unternehmen, die im Jahresverlauf deutlich zugenommen hat, was vor allem im zweiten Halbjahr zu hohen Bewilligungsergebnissen führte. Dies vor allem auch deshalb, weil mit einem Auslaufen des Programms zum Abschluss der laufenden EFRE-Periode am Jahresende 2013 zu rechnen war, das aber zunächst bis zum 30.6.2014 verlängert wurde. Nach wie vor verzeichnen wir eine hohe Nachfrage nach GRW-Investitionszuschüssen.

Bündelung von Beratung und Coaching bei der IBB Business Team GmbH

Seit dem Jahresanfang 2012 werden die Beratungs- und Coachingangebote der IBB bei der IBB Business Team GmbH gebündelt. Es handelt sich dabei um ein Tochterunternehmen der Investitionsbank Berlin, das auch entsprechende Servicemaßnahmen aus dem Geschäftsbereich Immobilien- und Stadtentwicklung durchführt. Einen Bericht über die dem Bereich Wirtschaftsförderung zuzuordnenden Angebote finden Sie nachstehend:

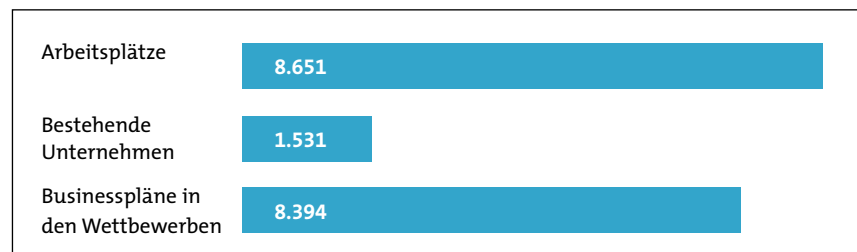
Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg

Der Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg (BPW) wurde im Jahr 2013 zum achtzehnten Mal durchgeführt und ist der bundesweit größte regionale Existenzgründerwettbewerb. Ziel des BPW ist die Initiierung von nachhaltigen Unternehmensgründungen in Berlin und Brandenburg. Dabei soll das kostenlose und praxisorientierte Unterstützungsprogramm den Teilnehmern helfen, aus der Geschäftsidee in drei Wettbewerbsstufen ein tragfähiges Geschäftskonzept zu entwickeln. 1.445 Personen registrierten sich im Berichtsjahr insgesamt beim BPW, um die kostenlosen Angebote zu nutzen. Die 145 Veranstaltungen im Wettbewerb verzeichneten 5.217 Besucher.

Im BPW 2013 wurden von 1.019 Gründerinnen und Gründern 566 verschiedene Businesspläne eingereicht, wobei 225 Pläne den sog. Servicebereich (Dienstleistungen, Handel, Handwerk), 54 Pläne den Technologiebereich und 128 Pläne den Webbereich (online-basierte Anwendungen) betrafen. Weitere 159 Pläne entfielen auf den Bereich „BPW Study“, der Studenten frühzeitig auf potenzielle Gründungsvorhaben vorbereitet.

Aus den Wettbewerben der Jahre 1996 bis 2012 sind 1.531 Unternehmen mit 8.651 Arbeitsplätzen gegründet worden, die heute noch bestehen:

Ergebnisse der Wettbewerbe 1996–2012



Transfer BONUS

Im Programm Transfer BONUS profitierten 86 kleine und mittlere Berliner Unternehmen (KMU) von der Bewilligung von Zuschüssen in Höhe von 712 TEUR, mit denen Kooperationsprojekte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in der angewandten Forschung und Entwicklung gefördert wurden.

Coaching BONUS (ehemals TCC & KCC)

Zum 31.12.2012 wurden die Projekte TCC und KCC eingestellt. Das Förderangebot wurde in 2013 in das Förderprogramm Coaching BONUS überführt und um eine Variante für KMU ohne ausgeprägten Technologie- oder Kreativbezug, die eine Internationalisierung anstreben, erweitert. Über das durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) subventionierte Programm Coaching BONUS konnten insgesamt 335 Technologie- und Kreativunternehmen sowie andere Unternehmen, die eine Internationalisierung anstreben, mit betriebswirtschaftlichen Beratungsleistungen durch externe, hochqualifizierte Coachs gefördert werden. Insgesamt wurden die Unternehmerinnen und Unternehmer mit 1.465 Beratertagen unterstützt. Außerdem wurden 23 Seminare und Workshops mit 222 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Zielgruppe durchgeführt.

Ausblick auf die Wirtschaftsförderung 2014

Die Erwartungen in die weltweite Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2014 sind sehr positiv. So geht die Weltbank in ihrer Prognose davon aus, dass die Weltwirtschaft in 2014 mit 3,2 % deutlich stärker wachsen wird als in 2013 mit 2,4 %. Dieses Wachstum werde nicht nur von den Schwellenländern, sondern zunehmend auch von den Industrieländern getragen. Besonders an die Entwicklung in den USA werden große Hoffnungen geknüpft, während die Weltbank für die Euro-Zone lediglich ein Wachstum von gut einem Prozent vorhersagt.

Besser sind die Prognosen für Deutschland. Pendelten die Wachstumserwartungen der verschiedenen Institute für 2013 zwischen 0,4 und 0,75 %, so sind die Gutachter für 2014 mit Einschätzungen zwischen 1,2 und 2,0 % deutlich optimistischer. Deutschland wird – bei allen Unwägbarkeiten, die im Euroraum trotz deutlicher Verbesserungen fortbestehen – zugetraut, die Rolle einer „Konjunkturlokomotive“ in Europa zu übernehmen.

Für Berlin sind wir weiterhin optimistisch und erwarten ein Wachstum, das mit 2 % wiederum oberhalb der Bundesentwicklung liegen könnte. Dabei gehen wir davon aus, dass die günstige Beschäftigungsentwicklung weiter anhält und die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze weiter steigt, was – bei ebenfalls steigenden Einkommen – den privaten Verbrauch belebt, der überdies von niedrigen Zinsen und einer moderaten Inflationsrate profitiert. Die positiven Rahmendaten bestimmen auch die Stimmung in der Berliner Wirtschaft und forcieren die Investitionsneigung der Unternehmen. So ist der Geschäftsklimaindex der IHK und der Handwerkskammer Berlin im Herbst 2013 deutlich angestiegen und insbesondere im Dienstleistungsbereich und in der Industrie werden höhere Investitionen geplant. Wir gehen vor diesem Hintergrund von einem günstigen Umfeld für die Wirtschaftsförderung der IBB aus und erwarten eine anhaltend hohe Nachfrage im Bereich der GRW und der Innovationsförderung von *Pro FIT*. Erfreulich ist auch, dass sich die Geschäftsbanken wieder stärker dem Firmenkundengeschäft widmen. Hier sehen wir Möglichkeiten, die Zusammenarbeit weiter zu intensivieren.

Am Beginn einer neuen EFRE-Periode 2014–2020

Bisher werden in der Wirtschaftsförderung zwei Drittel unserer Produkte mit Geldern aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert. Jedoch wird sich innerhalb der nächsten sieben Jahre der ab 2014 neu gestarteten Förderperiode das EFRE-Budget für Berlin um etwa 30 % verringern. Die IBB hat das Bestreben, mindestens einen gleichbleibenden Förderbeitrag in Berlin zu gewährleisten. So zeichnet sich bei der bisherigen Planung des neuen Berliner Operationellen Programms (OP) ab, dass trotz der insgesamt geringer werdenden EFRE-Mittel unser Förderspektrum auf gleich hohem Niveau fortgesetzt werden kann.

Durch Rückflüsse aus den von der IBB frühzeitig eingeführten, revolvierenden Förderinstrumenten wie dem KMU-Fonds und den VC Fonds für die Kreativwirtschaft und den Technologiebereich werden zudem Finanzmittel erwartet, die für neue Finanzierungen eingesetzt werden können. Ein Senatsbeschluss zum Berliner Operationellen Programm 2014–2020 wird voraussichtlich innerhalb des ersten Halbjahres 2014 erfolgen.

Die IBB als Begleiter des Landes im Rahmen der Rekommunalisierung

Bereits in den Jahren 2012 und 2013 unterstützte die IBB das Land Berlin als Finanzierungspartner bei der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe. In dieser Funktion könnten wir auch 2014 nach entsprechender Produktmodifikation bei den Konzessionsvergaben für Energie mitwirken, um gemeinsam mit dem Land zu einer optimalen Finanzierungslösung im Interesse der Verbraucher zu gelangen.

Beteiligungen

In ihrer Rolle als Förder- und Strukturbank des Landes Berlin engagiert sich die IBB seit Jahren für Institutionen mit jeweils eigenen Zuständigkeiten im Umfeld der Berliner Wirtschaftsförderung. Dazu zählen hundertprozentige Tochtergesellschaften wie die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH oder die IBB Business Team GmbH ebenso wie Gesellschaften, an denen Kapitalanteile zusammen mit Partnern gehalten werden (Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin Tourismus & Kongress GmbH). Es handelt sich dabei nicht um rein finanzielle Beteiligungen, sondern es werden jeweils auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit für die Berliner Wirtschaftsförderung und den Standort Berlin genutzt.

IBB Beteiligungsgesellschaft mbH: Venture Capital 2013 auf Rekordniveau

Für junge Berliner Unternehmen mit hohem Wachstumspotenzial bietet die IBB Beteiligungsgesellschaft seit 1997 Venture-Capital-Finanzierungen an. Die durch die IBB Beteiligungsgesellschaft gemanagten VC Fonds Technologie Berlin und VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin haben in 2013 Finanzierungen mit einem Volumen von über 12 Mio. EUR abgeschlossen. Die VC Fonds beteiligen sich grundsätzlich gemeinsam mit privaten Investoren. So erhielten in 2013 insgesamt 36 Unternehmen über 91 Mio. EUR Risikokapital.

Mit insgesamt 50 Finanzierungsrunden wurde das Rekordniveau des Vorjahres (47) noch einmal übertroffen. Neben 11 neuen Beteiligungen (Vorjahr 13) erfolgten 39 Folgefinanzierungen (Vorjahr 34). Die IBB Beteiligungsgesellschaft gehörte damit auch im Jahr 2013 zu den aktivsten deutschen Venture-Capital-Investoren. Das Beteiligungsportfolio ist von 69 auf 75 Unternehmen gewachsen (+9 %).

Durch die Finanzierung von Wachstumsunternehmen unterstützt die IBB Beteiligungsgesellschaft die wirtschaftliche Entwicklung Berlins in besonders nachhaltiger und effizienter Weise: Bei erfolgreicher Entwicklung entstehen hochqualifizierte Arbeitsplätze und die IBB Beteiligungsgesellschaft profitiert durch ihre Beteiligung am Wertzuwachs der finanzierten Unternehmen. Aus Beteiligungsverkäufen zurückfließende Mittel können so wieder zur Finanzierung neuer junger Unternehmen genutzt werden. Die Kofinanzierung der VC Fonds durch Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ist hierfür ein wertvoller Beitrag. Auch für die kommenden Jahre ist eine aktive Investitionstätigkeit zur Finanzierung potenzialreicher Unternehmen sichergestellt.

Seit Gründung der IBB Beteiligungsgesellschaft im Jahr 1997 konnte den Portfoliounternehmen gemeinsam mit privaten und öffentlichen Ko-Investoren insgesamt 940 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

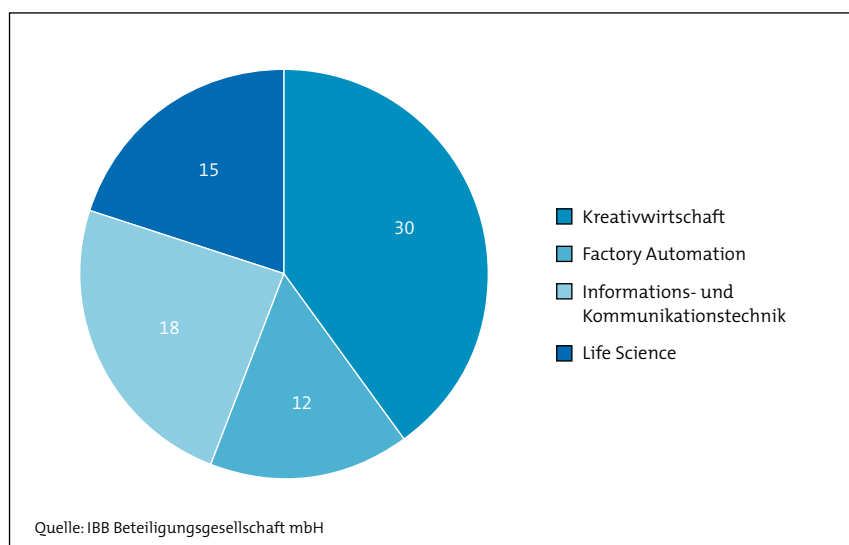
In 2013 konnten Beteiligungen des VC Fonds Berlin, VC Fonds Technologie Berlin und VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin erfolgreich veräußert werden. Hervorzuheben sind insbesondere die Veräußerungen der Aupeo GmbH an Panasonic Automotive und der mbr targeting GmbH an die Ströer Digital Group.

Profil

Investitionen 2013	12,6 Mio. Euro
Finanzierungsrunden 2013 (Anzahl)	50
Beteiligungskapital 2013 (mit Finanzierungspartnern)	91,3 Mio. Euro
Portfoliounternehmen am 31.12.2013 (Anzahl)	75
Gesamtumsatz der Portfoliounternehmen 2013	207 Mio. Euro
Gesamtes Beteiligungskapital seit 1997 (mit Finanzierungspartnern)	940 Mio. Euro
Gesamtanzahl der Arbeitsplätze in den Portfoliounternehmen	2.013

Besonders erfreulich sind der überproportionale Anstieg von Umsatz- und Beschäftigtenzahlen bei den Portfoliounternehmen. Bei den Unternehmen sind erstmals mehr als 2.000 Personen beschäftigt. Wie im Vorjahr stammt der größte Anteil der 75 Portfoliounternehmen aus der Kreativwirtschaft. Bei 34 der Beteiligungen aus der Kreativwirtschaft bzw. Informations- und Kommunikationstechnik handelt es sich um Unternehmen aus der digitalen Wirtschaft.

Beteiligungsportfolio, Anzahl nach Wirtschaftsbereichen



IBB Business Team GmbH: Beratung und Coaching für Gründer und Unternehmen in Berlin

Die IBB Business Team GmbH ist eine hundertprozentige Tochter der Investitionsbank, bei der alle Coaching- und Serviceangebote der IBB gebündelt sind. Es sind dies im Einzelnen:

Der Coaching BONUS

in dem seit dem Jahresanfang 2013 die Coaching-Angebote der früheren Projekte Technologie Coaching Center (TCC) und Kreativ Coaching Center (KCC) zusammengeführt sind. Der Coaching BONUS bietet Zuschüsse zu betriebswirtschaftlichem Coaching durch qualifizierte Coaches sowie die Unterstützung bei Internationalisierungsvorhaben.



Der Transfer BONUS

der kleinen und mittleren Berliner Unternehmen mit Technologiebezug Zuschüsse für Vorhaben der angewandten Forschung und Entwicklung im Bereich Wissens- und Technologietransfer bietet.

Der Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg (BPW)

als größter regionaler Gründerwettbewerb, der gemeinsam mit der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) und den UVB und weiteren Partnern durchgeführt wird. Er bietet den Teilnehmern Unterstützung bei der Entwicklung eines tragfähigen Geschäftsplanes.

Die Deutschen Gründer- und Unternehmertage (deGUT)

als seit Jahren fest etablierte Gründermesse, die in 2014 am 17./18. Oktober erneut im Hangar 2 des ehemaligen Flughafens Tempelhof stattfindet.

ENEO

eine in 2013 neu eingeführte Energieberatung, die sich an Eigentümer von Wohnimmobilien wendet und diese bei der Erstellung von Energiegutachten finanziell unterstützt und bis hin zur Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen berät.

***Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH:
Wirtschafts- und Technologieförderung für Berlin***

Wirtschafts- und Technologieförderung für Unternehmen, Investoren und Wissenschaftseinrichtungen in Berlin – das bietet die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH. Zahlreiche Fachexperten bilden mit maßgeschneiderten Services und einer exzellenten Vernetzung zur Wissenschaft ein optimales Angebot, um Innovations-, Ansiedlungs-, Expansions- und Standortsicherungsprojekte zum Erfolg zu führen.

Als einzigartige Public-private-Partnership stehen hinter Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie sowohl der Senat des Landes Berlin als auch über 200 Unternehmen, die sich für ihre Stadt engagieren. Zudem verantwortet Berlin Partner das weltweite Marketing für die deutsche Hauptstadt, beispielsweise mit der erfolgreichen „be Berlin“-Kampagne.

Mit der Unterstützung von Berlin Partner haben sich im Jahr 2013 insgesamt 124 Unternehmen in Berlin neu angesiedelt oder ihren Berliner Standort entsprechend erweitert. Sie wollen dabei insgesamt etwa 5.500 neue Arbeitsplätze schaffen und über 350 Mio. Euro in der Hauptstadt investieren. Immer dann, wenn hier finanzieller Förderbedarf gegeben war, war auch die IBB in die Vorhaben einbezogen. Etwa zwei Drittel der neu geschaffenen Arbeitsplätze entstanden bzw. entstehen dabei in den Zukunftsclustern Gesundheitswirtschaft, IKT, Medien und Kreativwirtschaft, Verkehr, Mobilität und Logistik, Energietechnik und Optik. Ein Drittel der Arbeitsplätze wurde in der Industrie geschaffen. Damit wurde der Industriestandort Berlin weiter gestärkt.

Zudem intensivierte Berlin Partner die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft in der Hauptstadt durch etwa 50 initiierte Technologietransfer- und Verbundprojekte im Jahr 2013. In diesen Projekten wurden fast 80 Millionen Euro Drittmittel eingeworben, von denen mehr als 80 % aus Bundesmitteln, EU-Mitteln und Eigenmitteln der Unternehmen stammen.

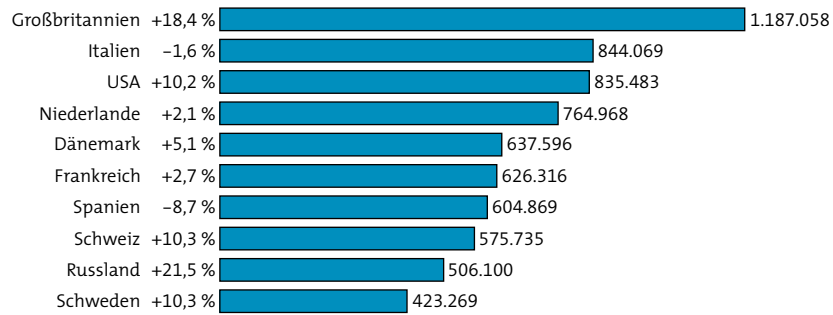
Die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH ist im September 2013 aus der Zusammenlegung der Berlin Partner GmbH und der TSB Innovationsagentur Berlin GmbH hervorgegangen. Die IBB ist an der Gesellschaft mit 31,5 % beteiligt und stellt im Rahmen des Berlin-Beitrags rund 50 % ihres Gesamtbudgets zur Verfügung.

Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH: Internationales Profil für den Film- und Medienstandort

Die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH organisiert die Filmförderung und das Marketing für den Film- und Medienstandort Berlin-Brandenburg. Der Geschäftsbereich Filmförderung vergab rund 25,1 Mio. Euro an 252 Projekte. Im Geschäftsbereich Standortmarketing fördert das Medienboard Standortprojekte, digitale Inhalte, Games und Web-Content. Im Jahr 2013 wurden hier insgesamt 4,7 Mio. Euro an 91 Projekte vergeben. Die erfolgreiche Arbeit des Medienboard trägt dazu bei, dass sich die Hauptstadtregion in den vergangenen Jahren zur deutschen Filmhauptstadt, zur Kreativmetropole und zum Zentrum der digitalen Gründerszene entwickelt hat, die dem internationalen Vergleich mit Medien- und Kreativhochburgen wie London, Paris und New York standhält.

Berlin Tourismus & Kongress GmbH (visitBerlin): Berlin weltweit auf Platz 3 der Kongressmetropolen

„Wir kennen Berlin.“ Gemäß diesem Motto wirbt die Berlin Tourismus & Kongress GmbH, die unter der Marke visitBerlin agiert, seit 1993 weltweit für die Reisedestination Berlin. Das Berlin Convention Office von visitBerlin vermarktet die deutsche Hauptstadt als Kongressmetropole. Berlin belegt als europäische Tourismusmetropole mit 26,9 Millionen Übernachtungen im Jahr 2013 Platz 3 nach London und Paris. Damit gehört der Tourismus weiterhin zu den wichtigsten Wachstumsbranchen in Berlin. Auch im Ranking der internationalen Kongressdestinationen ist Berlin gefragt, die Hauptstadt rückte im Jahr 2013 von Platz 4 auf Platz 3. Als Reiseveranstalter bietet „visitBerlin“ Hotelübernachtungen an und ist Herausgeber des offiziellen Touristentickets, der Berlin WelcomeCard. visitBerlin betreibt fünf Berlin Tourist Infos. Das Berlin Service Center informiert über das komplette touristische Leistungsspektrum Berlins. Auf visitBerlin.de stehen Informationen zur Hauptstadt in 13 Sprachen zur Verfügung.

Top 10-Auslandsmärkte für Berlin*Europa als stärkste Basis: Übernachtungen 2013*

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Berlin, Februar 2014)

Immobilien- und Stadtentwicklung

Die Immobilienförderung 2013 in Zahlen

Berichtsjahr	Neubewilligungen in Mio. EUR	
	2012	2013
Sanierung, Modernisierung und Neubau		
IBB Energetische Gebäudesanierung	92,5	54,7
IBB Altersgerecht Wohnen	3,3	0,9
IBB Wohnraum Modernisieren	5,6	47,2
KfW Wohnraum Modernisieren (Programm ausgelaufen)	8,7	0,0
KfW Energieeffizient Sanieren	1,7	1,8
KfW Altersgerecht Umbauen	0,1	0,1
KfW Energieeffizient Bauen	0,5	23,8
KfW Wohneigentumsprogramm	0,2	0,6
Genossenschaftlicher Neubauwettbewerb	0,0	2,5
Zwischensumme 1	112,6	131,7
Interbankengeschäft		
Konsortialgeschäft	142,9	133,9
Globaldarlehen	100,0	75,0
Zwischensumme 2	242,9	208,9
Sonstige		
Berlin Infra	171,6	95,6
Förderergänzungsdarlehen	105,7	124,6
Zuschussprogramme	7,0	8,5
Sanierungsdarlehen	93,7	35,5
Zwischensumme 3	378,0	264,2
Summe Neugeschäft (einschließlich Zuschüssen)	733,4	604,8
Umfinanzierungen	182,4	159,2
Summe	915,8	764,0

Tätigkeitsschwerpunkte im Bereich Immobilien

IBB als Förderpartner im Immobilienbereich immer gefragter

Im Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung beträgt das Finanzierungsvolumen im Berichtsjahr 764,0 Mio. Euro und liegt damit um rund 17 % unter dem Vorjahreswert. Dabei haben die Finanzierungszusagen im Bereich der Förderprogramme für die Modernisierung/Sanierung und den Neubau sogar um fast 17 % zugelegt. Der Rückgang betrifft in erster Linie das Programm „Berlin Infra“ (-76 Mio. Euro), die Globaldarlehen an die Geschäftsbanken (-25 Mio. Euro) und das Konsortialgeschäft (-9,0 Mio. Euro) und damit das großteiligere Kreditgeschäft.

Die Anzahl der Finanzierungszusagen liegt jedoch annähernd auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Insgesamt wurden im Berichtsjahr im Bereich der Immobilienförderung 304 (Vorjahr: 316) Förderverträge mit 175 Kunden (Vorjahr: 199) geschlossen. Allein 167 Verträge konnten im Bereich Modernisierung und Sanierung von Bestandsimmobilien abgeschlossen werden. Weitere 68 Verträge kamen für die Finanzierung von Wohneigentümergeinschaften und 28 Verträge im Bereich Neubau zustande.

Programm „IBB Wohnraum Modernisieren“ stark nachgefragt

Anfang des Jahres 2012 wurde das neue Programm „IBB Wohnraum Modernisieren“ eingeführt, um den Wegfall eines ähnlichen KfW-Produktes für den Berliner Immobilienmarkt zu kompensieren. Nach einem vergleichsweise ruhigen Start im letzten Jahr mit Finanzierungszusagen über 5,6 Mio. Euro wurde das Programm im Berichtsjahr mit 47,2 Mio. Euro erheblich intensiver nachgefragt. Die Interessenten haben immer mehr die Vorzüge dieses Programmes erkannt, das zunehmend auch für barrierearme Sanierungen eingesetzt worden ist.

Wohnungsneubau ist das Gebot der Stunde

Die zunehmende Anspannung des Berliner Wohnungsmarktes in den letzten Jahren zeigt sich unter anderem in steigenden Kauf- und Mietpreisen sowie sinkenden Leerständen. Der Berliner Markt wird für Investoren zunehmend interessant. Noch bevor das Land Berlin im Jahr 2014 mit einem Neubauprogramm auf den hohen Wohnungsbedarf reagiert, verzeichnen wir bereits im Berichtsjahr eine steigende Nachfrage im

Neubaubereich. So sind die Finanzierungszusagen in dem Programm „KfW Energieeffizient Bauen“ und beim „KfW Wohneigentumsprogramm“ jeweils deutlich angestiegen.

Förderergänzungsdarlehen vermehrt nachgefragt

Unsere Förderergänzungsdarlehen dienen der Schließung von Finanzierungslücken bei gleichzeitiger Inanspruchnahme eines Immobilien-Förderprogrammes. Mit Finanzierungszusagen über 124,6 Mio. Euro konnte das Vorjahresergebnis hier um rund 18 % übertroffen werden.

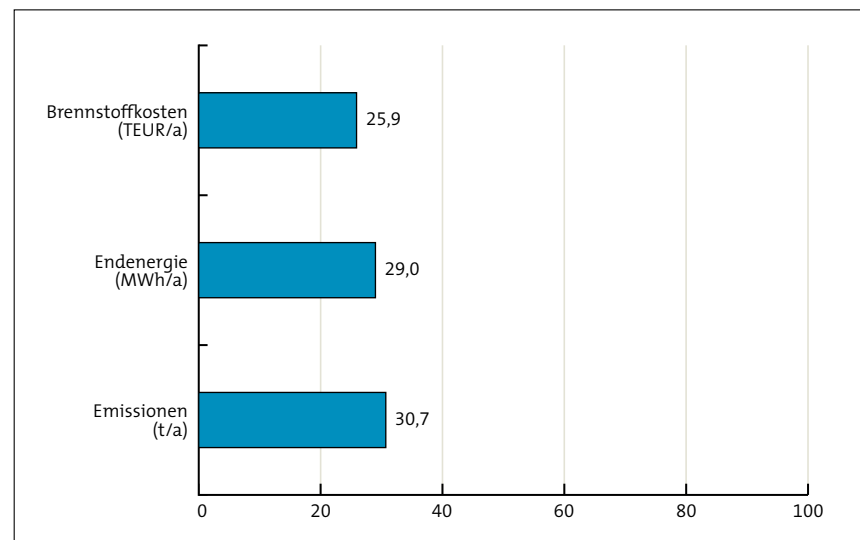
ENEO erfolgreich gestartet

Mitte 2013 wurde die Energieberatung ENEO unter dem Dach der IBB Business Team GmbH eröffnet. Das zunächst bis Ende 2015 befristete Pilotprojekt soll durch bau- und finanztechnische Beratung und die Unterstützung bei der Erstellung von Energiegutachten dazu beitragen, Hemmnisse bei der Umsetzung von energetischen Maßnahmen abzubauen, und damit die Klimaschutzziele des Landes unterstützen.

Bereits in den ersten sechs Monaten wurden 33 Förderanträge bei ENEO gestellt und Mittel in Höhe von 21 TEUR für die Erstellung von Energiegutachten bewilligt, wobei die Nachfrage zum Ende des Jahres stark anstieg. Die Nachfrageentwicklung zeigt, dass es einen Bedarf für diese Form der Energieberatung gibt und Privateigentümer, sei es von Ein- oder Mehrfamilienhäusern, bei der Umsetzung energetischer Projekte auf Unter-

Einsparungen durch energetische Sanierung

jeweils in Prozent auf Grundlage der vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen

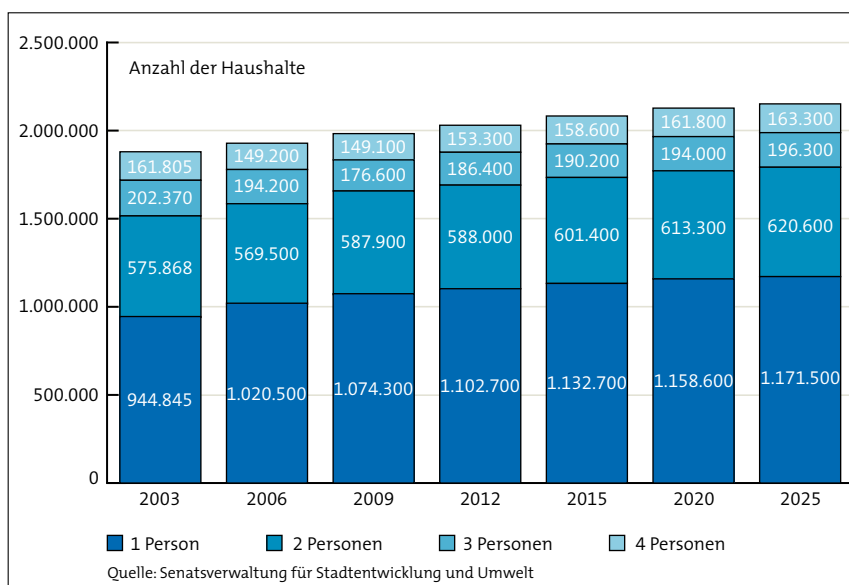


stützung angewiesen sind. Auf Grundlage des bisherigen Nachfrageverlaufs gehen wir davon aus, in 2014 ca. 100 Anträge bewilligen zu können. Eine Analyse der in 2013 erstellten Energiegutachten zeigt, dass sich durch energetische Sanierungsmaßnahmen im Schnitt rund 30 % des Endenergieverbrauchs und der CO₂-Emissionen einsparen lassen, was zu einer Verringerung der Brennstoffkosten um 26 % führt. Dabei gibt es zwischen den einzelnen Gutachten allerdings eine erhebliche Bandbreite hinsichtlich der erzielten Ersparnis je nach dem Umfang der vorgeschlagenen Maßnahmen, die immer in einer wirtschaftlich sinnvollen Relation zu den kalkulierten Kosten empfohlen werden.

Der Berliner Markt für Wohnimmobilien

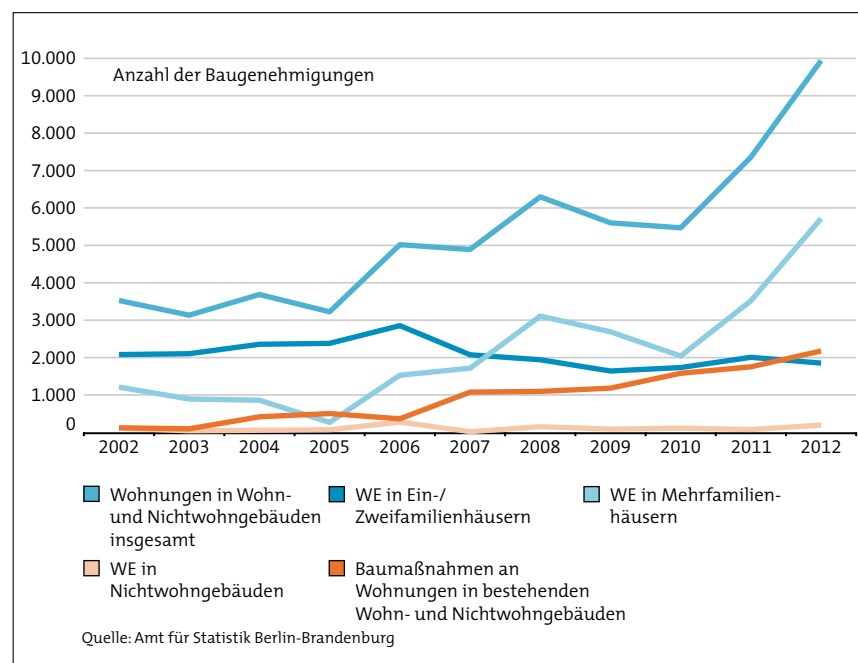
Schon seit einigen Jahren zeigt der Berliner Wohnungsmarkt aufgrund des beschleunigten Einwohner- und Haushaltswachstums eine zunehmende Nachfrage. Die Wohnungsnachfrage in Berlin ist auch im vergangenen Jahr weiter gestiegen. Die Hauptstadt gewann im Jahr 2012 rund 44.000 Einwohner hinzu. Dazu trugen ein leichter Geburtenüberschuss von rund 2.500 Personen und Wanderungsgewinne von mehr als 41.000 Personen bei, wovon 29.000 aus dem Ausland kamen. Die Zahl der Privathaushalte ist im Zeitraum 2011 bis 2012 allein um rd. 35.000 gestiegen, wodurch eine erhebliche zusätzliche Wohnungsnachfrage ausgelöst wurde. Auch in den nächsten Jahren wird hier mit einem weiteren deutlichen Wachstum gerechnet.

Entwicklung der Haushaltsstruktur in Berlin bis 2012 und Prognose bis 2025



Das Jahr 2012 markiert eine Trendwende im Berliner Wohnungsbau. Nachdem bereits 2011 die Zahl der Baugenehmigungen deutlich zugelegt hatte, wurden nun in 2012 auch erheblich mehr Wohnungen fertiggestellt als in den Vorjahren. Mit rund 4.200 neuen Wohnungen und ca. 1.200 fertiggestellten Wohnungen in bestehenden Gebäuden wurde der höchste Stand der letzten zehn Jahren erreicht. Die Aussicht, dass der Wohnungsneubau weiter anzieht, ist gut. Dies zeigen die Baugenehmigungen, die 2012 erteilt wurden. Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 35 % auf rund 10.000. Um den prognostizierten Bedarf zu decken, müssen allerdings auch rund 10.000 Wohnungen pro Jahr fertiggestellt werden.

Baugenehmigungen 2003–2012



Der Markt für Ein- und Zweifamilienhäuser

Nachdem die Angebotspreise für Ein- und Zweifamilienhäuser (inkl. Grundstück) lange Zeit stabil geblieben sind, sind seit 2012 stärkere Preissteigerungen zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg der Median der Angebotspreise um rund 7 % oder um rund 17.900 Euro auf 281.600 Euro. Damit weist der Anstieg eine beachtliche Dynamik auf.

Der Markt für Eigentumswohnungen

Stärker ist die Dynamik jedoch im Marktsegment der Eigentumswohnungen. Derzeit liegt der Median der Angebotspreise bei 2.500 Euro/m² und damit rund 14 % über dem Vorjahreswert. Die Angebote im Internet konzentrieren sich derzeit noch auf Neubauobjekte und das obere Segment, was das Preisniveau entsprechend beeinflusst. Mittlerweile ist jedoch eine Trendwende erkennbar. Es werden zunehmend auch Wohnungen im mittleren Preissegment angeboten. Preissteigernd wirkt auch

das Engagement von Kapitalanlegern, die Berliner Immobilien als sichere Geldanlage sehen. Weiter steigende Mieten werden deren Interesse zusätzlich befördern, zumal das Preisniveau immer noch deutlich unter dem Level vergleichbarer Ballungsräume im In- und Ausland liegt.

Der Mietwohnungsmarkt

Bei den im Internet angebotenen Mietwohnungen sind innerhalb eines Jahres Preissteigerungen von durchschnittlich 9 % (Median) zu verzeichnen. Der Median der Angebotspreise lag bei 8,05 Euro/m². Moderater ist die Entwicklung bei den bewohnten Wohnungen (Bestandsmieten). Der Berliner Mietspiegel 2013 weist einen Anstieg der Mieten im Vergleich zum Vorgängermietspiegel 2011 um rund 6,3 % auf. Das sind rund 3,1 % im Jahr. Die durchschnittliche Miete im Gesamtbestand wird im aktuellen Mietspiegel mit 5,54 Euro/m² ausgewiesen.

Innerhalb des Stadtgebiets bestehen Unterschiede hinsichtlich der Stärke und Dynamik der Wohnungsnachfrage und Mietpreisentwicklung. Der Nachfragedruck geht mittlerweile über die zentralen und traditionell guten Wohnlagen hinaus. Steigerungen der Angebotsmieten sind nun auch in Bereichen wie im nördlichen Prenzlauer Berg, Weißensee und Nordneukölln zu beobachten. Mietwohnungen im unteren Preissegment werden noch vorwiegend in den Außenbereichen der Stadt, insbesondere in den Großwohnsiedlungen von Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Neukölln, angeboten. In Berlin gibt es darüber hinaus noch umfangreiche Altbaugebiete mit einem größeren Bestand an Wohnungen im unteren Preissegment, beispielsweise in Wedding, Moabit oder Neukölln.

Im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten wie Hamburg oder München liegt die aktuelle durchschnittliche Angebotsmiete von 8,05 Euro/m² (netto/kalt) deutlich niedriger, ebenso wie die verfügbaren Haushaltseinkommen.

Die Politik reagiert auf den Anstieg der Wohnungsnachfrage mit einer Vielzahl von Maßnahmen, die auch öffentlich intensiv erörtert werden. Zu den wichtigsten gehört das „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“, das vom Senat mit den kommunalen Wohnungsunternehmen geschlossen wurde. Die Vereinbarung bezieht sich auf den kommunalen Wohnungsbestand, der bis 2016 um rund 30.000 Wohnungen erweitert werden soll. Darüber hinaus wurde vereinbart, den Wohnungsbestand bedarfsgerecht anzupassen, den Mietanstieg zu begrenzen und große Teile des Bestands bei Neuvermietungen bevorzugt an einkommensschwächere Haushalte zu vermieten.

2013 wurden Steuerungsinstrumente eingeführt, um potenziellen Verwerfungen des Wohnungsmarktes zu begegnen. Dies sind unter anderem die Kappungsgrenzen-Verordnung bei Bestandsmietenerhöhungen, die Ausdehnung der Kündigungsschutzklausel-Verordnung auf ganz Berlin sowie die Verabschiedung eines Zweckentfremdungsverbots-

gesetzes. Die Verordnung zum Zweckentfremdungsverbot ist für das Frühjahr 2014 zu erwarten.

Die Entwicklung der Wohnbauflächen ist sicherlich das wirksamste Instrument, um den Anstieg der Mieten und Kaufpreise nachhaltig zu begrenzen. Neben großen Wohnungsbauvorhaben, wie die Randbebauung des Tempelhofer Feldes oder die Entwicklung des Areals an der Heidestraße nördlich des Hauptbahnhofes, sollen zahlreiche kleinere Flächenpotenziale wie Baulücken aktiviert werden und damit zur Entspannung des Wohnungsmarktes beitragen. Darüber hinaus soll der Wohnungsneubau durch eine neue soziale Wohnungsbauförderung in 2014 gestützt werden.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2014

Der Beginn einer neuen Wohnungsbauförderung

Mit der geplanten neuen sozialen Wohnraumförderung soll die Bautätigkeit in den nächsten Jahren mit einem Wohnungsneubaufonds in Höhe von 320 Mio. EUR unterstützt werden. Ziel ist es, jährlich 1.000 mietregulierte Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung in Kombination mit rund 4.000 frei finanzierten Wohneinheiten zu fördern.

Vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarktes und des prognostizierten weiteren Bevölkerungs- und Haushaltswachstums hat das Land Berlin sich zu diesem Schritt entschlossen, der auch besonderen Bedarfsgruppen wie der steigenden Zahl von Singlehaushalten zugutekommen soll.

Die IBB steht hier mit ihrer langjährigen Erfahrung bereit, die Ziele des Landes Berlin umzusetzen und den Wohnungsneubau auch weiterhin in Kombination mit anderen Produkten zu unterstützen.

Personalbericht

Aus unserer im Jahr 2013 durchgeführten Mitarbeiterbefragung geht hervor, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die IBB als sicheren und sozialen Arbeitgeber schätzen. 33 % der Befragten benannten das als ihre erste spontane Assoziation zur IBB. Als positiv in der IBB werden vor allem die Zusammenarbeit im Team und der Umgang untereinander sowie das interessante Arbeitsgebiet und die abwechslungsreichen Arbeitsinhalte empfunden.

Uns ist die Bedeutung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Unternehmenserfolg bewusst und wir nehmen die damit verbundene Verantwortung ernst. Die Gestaltung des Arbeitsumfeldes ist uns dabei genauso wichtig wie eine angemessene Vergütung und Altersversorgung. Flexible Arbeitszeitmodelle in Form von Teilzeit und Langzeitarbeitskonten dienen zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Das positiv empfundene Arbeitsumfeld sowie unsere Personalentwicklungsmaßnahmen tragen zur hohen Arbeitgeberattraktivität der IBB bei, was sich in einer geringen Fluktuation mit einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von rund 18 Jahren widerspiegelt. Bei der Nachwuchsgewinnung zeigt sich, dass die IBB als attraktiver Arbeitgeber gesehen wird.

Personalkonzepte und -instrumente

Speziell entwickelte Personalkonzepte und -instrumente stellen sicher, dass die IBB den wechselnden Herausforderungen gewachsen ist. Sie sollen von allen Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verstanden, akzeptiert und gelebt werden. Der Erfolg von Personalkonzepten hängt vor allem von der Passgenauigkeit zum Unternehmen sowie einer reibungslosen Verzahnung der einzelnen Instrumente ab.

Auch die Entwicklung von Stellenprofilen und eines Kompetenzmodells ist speziell auf die Anforderungen der IBB zugeschnitten. Sie enthalten die wesentlichen Aufgaben sowie fachliche, methodische und persönlichen Kompetenzen und dienen als Basis für die Personalauswahl, -beurteilung und -entwicklung, die auf Grundlage eines transparenten und vergleichbaren Beurteilungssystems erfolgen. Auf Basis dieses Kompetenzmodells wurde auch ein transparentes Auswahlverfahren für Führungskräfte konzipiert.

Die Bewahrung des Erfahrungswissens ausscheidender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellt nicht nur für die IBB eine Herausforderung dar. Wir haben deshalb ein Konzept für den Wissenstransfer entwickelt, das auch als Grundlage für eine reibungslose Übergabe des Arbeitsbereiches dient und den ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine angemessene Wertschätzung vermittelt.

Personalentwicklung

Die Nutzung eigens konzipierter Personalinstrumente ermöglicht uns die genaue Ermittlung und gezielte Umsetzung des Qualifikationsbedarfs, wobei wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt auf ihre künftigen Aufgaben vorbereiten.

Eine strukturierte Führungskräfteentwicklung, die eng mit der Leistungserbringung und Zielerreichung verzahnt ist, sorgt für die Verbesserung der Führungsleistung und -kultur. Zum Auf- und Ausbau von Kenntnissen und Fähigkeiten im Projektmanagement nutzt die IBB ein eigens entwickeltes mehrstufiges Trainingsprogramm, welches seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf positive Resonanz traf und zur Effizienz unserer Projektarbeit beiträgt.

Um die berufliche Chancengleichheit für Frauen und Männer im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen zu gewährleisten, hat die IBB in ihrem zweiten Frauenförderplan qualitative Maßnahmen zur zielgerichteten Förderung von Frauen formuliert. In 2013 wurde ein Mentoringprogramm gestartet. Ziel ist die Unterstützung der Mentees bei der persönlichen und beruflichen Entwicklung. Neben dem Austausch mit erfahrenen Mentoren sind aktives Networking und die Bearbeitung von gesellschaftlichen und sozialen Themen Bestandteil des Mentoringprogramms.

Der IBB ist es wichtig, die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Zeiten ständiger Veränderungen präventiv zu unterstützen. Zu diesem Zweck gründete sich in 2013 der Steuerungskreis Gesundheit. Der Steuerungskreis setzt sich aus Führungskräften, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Beschäftigtenvertretungen und Personal zusammen, um das bereits existierende breite Spektrum an gesundheitsfördernden Maßnahmen zu überprüfen und – falls notwendig – zu ergänzen oder zu modifizieren.

Ausbildung und Nachwuchsförderung

Die Nachwuchsförderung hat seit jeher einen hohen Stellenwert in der IBB. In der beruflichen Erstausbildung befanden sich im Berichtsjahr 7 angehende Bankkaufleute und 24 Dual-Studierende. Davon werden 15 in der Fachrichtung Bank, 6 in der Fachrichtung Immobilienwirtschaft sowie 3 in der Fachrichtung Informatik ausgebildet. Die Übernahme in ein Angestelltenverhältnis erfolgt leistungs- und bedarfsorientiert. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 8 Dual-Studierende nach erfolgreichem Abschluss als Angestellte übernommen.

Die berufsbegleitende Expertenqualifizierung fördert längerfristige Weiterbildungsmaßnahmen. Im Sinne einer Nachwuchsförderung und Mitarbeiterbindung werden bedarfsorientiert Bachelor- und Masterstudien-

gänge begleitet. Drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden bei der Ausbildung zum Masterstudium gefördert.

Personalwirtschaftliche Kennzahlen

Der Personalbestand der Investitionsbank Berlin hat sich mit 627 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber dem Vorjahr um 13 Beschäftigte reduziert.

Personalstruktur* am 31.12.2013

	Angestellte		Auszubildende		Insgesamt	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Mitarbeiterinnen	354	354	19	14	373	368
Mitarbeiter	250	242	17	17	267	259
Insgesamt	604	596	36	31	640	627

* ohne Vorstand

Altersstruktur 2013

Mitarbeiterinnen	Alter	Mitarbeiter
7	über 60 Jahre	8
105	51–60 Jahre	88
154	41–50 Jahre	93
58	31–40 Jahre	35
36	21–30 Jahre	27
8	unter 21 Jahre	8
44,7	Durchschnittsalter	45,3
368	Gesamtanzahl	259

Im Vergleich zum Ende des Vorjahres ist das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen um 0,7 Jahre und das der Mitarbeiter um 0,4 Jahre angestiegen.

Danksagung und Anerkennung

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben entscheidend zum Erfolg der IBB beigetragen. Durch Ihre aktive Beteiligung an dem stetigen Wandel der IBB sowie durch Ihr andauerndes Engagement konnte die IBB sich in den 10 Jahren ihres Bestehens erfolgreich entwickeln und einen positiven Imagewandel erreichen. Dafür bedanken wir uns ganz herzlich.

Wir danken auch unseren Beschäftigtenvertretungen für ihren Einsatz und die konstruktive Zusammenarbeit.

Lagebericht

Grundlagen

Förderbank des Landes Berlin

Die Investitionsbank Berlin (IBB) ist die Förderbank des Landes Berlin und eine rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts. Träger der IBB ist das Land Berlin. Die IBB unterstützt das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben auf Basis eines gesetzlich verankerten Förderauftrags. Daraus ergibt sich ihr nachfolgendes Selbstverständnis.

Im staatlichen Auftrag stellt sie unter Beachtung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union Finanzmittel bereit bzw. führt Fördermaßnahmen auf den Gebieten der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung, des Klimaschutzes und der Infrastrukturförderung sowie auf weiteren gesetzlich festgelegten Gebieten durch. Dabei agiert sie wettbewerbsneutral in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken und Risikokapitalgebern. Sie verfügt über ein breites Förderproduktportfolio und bietet außer revolvingierenden Instrumenten in Form von Darlehen, mezzaninem Kapital sowie Beteiligungen auch Zuschussprogramme sowie Beratungsleistungen an. Damit trägt sie zur Umsetzung der übergeordneten Ziele des Landes Berlin, wie der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Stärkung der Wirtschaftskraft, bei.

Die IBB refinanziert sich an den Geld- und Kapitalmärkten und setzt Mittel aus öffentlichen Haushalten des Landes, des Bundes und der EU ein. Sie verfügt über eine Anstaltslast sowie eine Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin und kann sich daher zu vergleichsweise günstigen Konditionen refinanzieren.

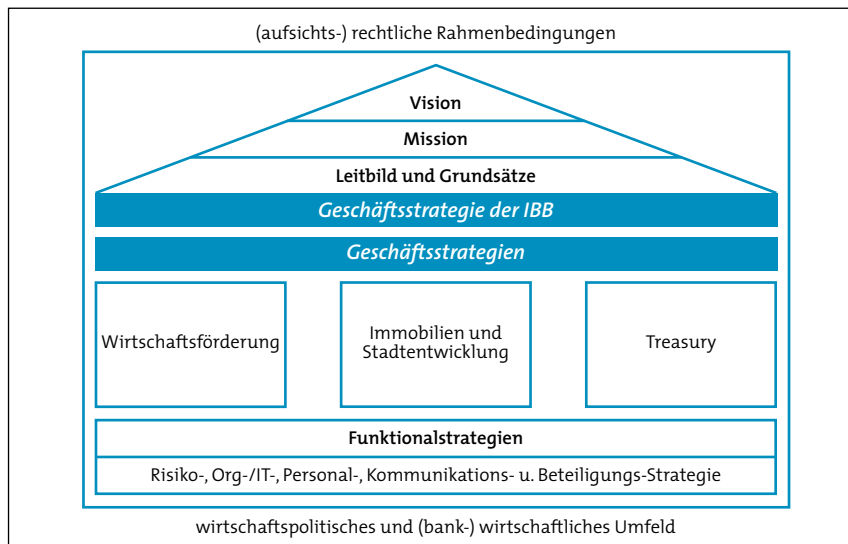
Die IBB unterliegt der in der Verständigung II formulierten Absprache der Bundesrepublik mit der EU-Kommission vom 27.03.2002 in Bezug auf die Verwendung der Vorteile aus der Anstaltslast und der Refinanzierungsgarantie für die Geschäftstätigkeit im Rahmen ihres Förderauftrages. Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Bank ist das Gesetz zur rechtlichen Verselbstständigung der Investitionsbank Berlin vom 25.05.2004.

Unternehmensmodell und Geschäftsstrategie

Die Geschäftsstrategie der IBB leitet sich aus dem gesetzlich verankerten Förderauftrag ab und stellt die Grundlage für das Handeln in der IBB dar. Die Geschäftsstrategie setzt sich zusammen aus einem allgemeinen Teil sowie den drei Geschäftsfeldstrategien Wirtschaftsförderung, Immobilien und Stadtentwicklung und Treasury sowie den Funktionalstrategien für Risikomanagement, Personalmanagement, Organisation und Informationstechnologie, Beteiligungen sowie Kommunikation.

Die Rahmenbedingungen betreffen insbesondere das (aufsichts-)rechtliche, wirtschaftspolitische sowie (bank-)wirtschaftliche Umfeld sowie deren weitere Entwicklung.

Geschäftsstrategie der IBB



In der Geschäftsstrategie wird die künftige Unternehmenspolitik der Geschäftsleitung gemäß den Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk) für die IBB dargelegt. Um den langfristigen Erfolg der Bank sicherzustellen, ist die Geschäftsstrategie unter Beachtung der existierenden Rahmenbedingungen sowie der verfügbaren Ressourcen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Dabei werden – unter Berücksichtigung der externen sowie internen Einflussfaktoren – Ziele für die Gesamtbank sowie ihre drei Geschäftsfelder festgelegt und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele definiert.

Im Geschäftsfeld Wirtschaftsförderung erfolgt die Beratung zu den Wirtschaftsförderprodukten sowie deren Vertrieb. Dabei erfolgt eine umfassende Finanzierungsberatung mit ganzheitlichem Lösungsansatz. Zielgruppen sind insbesondere Existenzgründer, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie innovative Unternehmen, die in den Berliner Zukunftsfeldern agieren.

Im Geschäftsfeld Immobilien und Stadtentwicklung erfolgt der Vertrieb der Immobilienförderprodukte im Rahmen der förderpolitischen Zielsetzung des Landes. Zielgruppen sind insbesondere städtische und private Wohnungsgesellschaften, Wohnungsgenossenschaften, Privatinvestoren, Eigenheimbesitzer, Wohnungseigentümergeinschaften sowie Geschäftsbanken.

Das Geschäftsfeld Treasury dient der Erfüllung der Förderaufgaben der IBB, indem es marktseitig für das Management der Liquiditäts- und Zins-

änderungsrisiken des Fördergeschäfts zuständig ist. Darüber hinaus hat das Treasury ein angemessenes Liquiditätsportfolio zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Bank sowie zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Kennziffern ergebnisorientiert zu managen.

Steuerungssysteme der Bank

Die Steuerung der IBB erfolgt auf Grundlage der handelsrechtlichen Rechnungslegung unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen. Darunter fallen insbesondere die Festlegung der Ausrichtung der Geschäfts- und Risikostrategie, die operative Planung, die Fragen der Eigenkapitalausstattung und Fristentransformation, die Entscheidung über einzusetzende Steuerungsinstrumente sowie die Kernsteuerungsfunktionen Rechnungswesen, das Ergebnis- und Risikocontrolling und das Meldewesen.

Als erfolgsorientierte Steuerungsgrößen bzw. Leistungsindikatoren der IBB dienen dabei insbesondere:

- das wirtschaftliche Ergebnis
- die Fördercost-Income-Ratio
- das Neugeschäftsvolumen

Das wirtschaftliche Ergebnis ermittelt sich aus dem Jahresergebnis zuzüglich des Berlin-Beitrages der IBB. Im Berlin-Beitrag werden die für die IBB wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt.

Die Fördercost-Income-Ratio ergibt sich als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Bruttoertrag, wobei der Bruttoertrag definiert ist als die Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis inkl. der Berücksichtigung von kalkulatorischen Erträgen aus unentgeltlich erbrachten Leistungen der IBB (Berlin-Beitrag). Die Geschäftssteuerung der Bank erfolgte im zurückliegenden Jahr im Rahmen der in der Geschäftsstrategie verankerten Strategien für die Geschäftsfelder Immobilien- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Treasury. Dabei wird die Konkretisierung auf Basis der aktuell gültigen Mittelfristplanung der Bank vorgenommen. Die Funktionalstrategien, insbesondere die Risikostrategie, werden aus der Geschäftsstrategie abgeleitet. Die Steuerung erfolgt primär auf Ebene der Geschäftsfelder. Die Risikosteuerung wird detailliert im Risikobericht beschrieben.

Die strategischen Vorgaben und Ziele werden jährlich bzw. anlassbezogen überprüft und ggf. angepasst.

Die Operationalisierung der Ziele erfolgt auf der Gesamtbankebene jährlich im Rahmen der operativen Planung mit einem Planungshorizont von

einem Jahr und in jedem zweiten Jahr auf strategischer Ebene mit einem Planungshorizont von fünf Jahren im Rahmen der Mittelfristplanung. Diese basiert auf den Rechnungslegungsvorschriften des HGB.

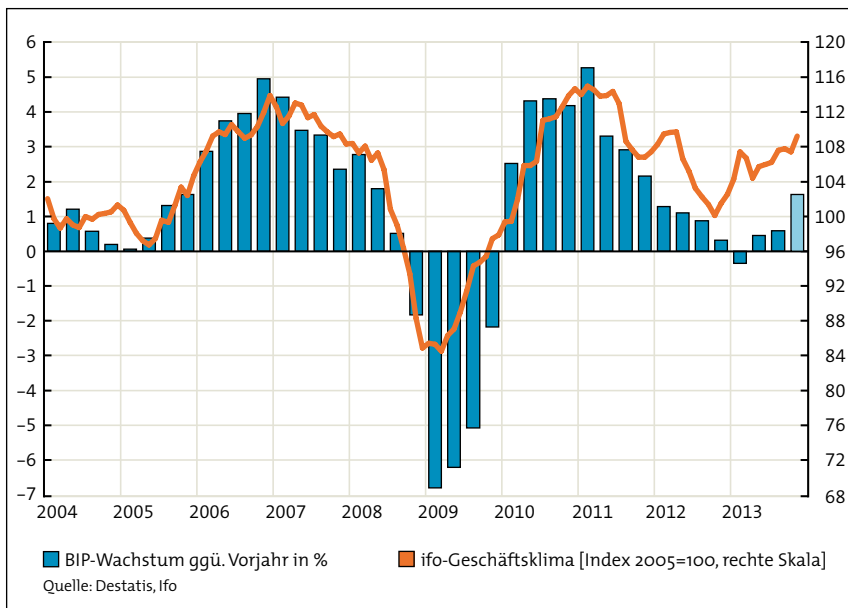
Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2013 verbesserte sich die Wirtschaftslage in Europa nur langsam. Dabei zeigte sich die Stabilisierung vor allem im Konsum und bei der Investitionstätigkeit. Gleichzeitig ließ der vom Außenhandel ausgehende Schub nach, da sich wichtige Schwellenländer weniger dynamisch entwickelten und auch das Wachstum der US-Wirtschaft im Zuge markanter fiskalischer Einschnitte zunächst etwas schwächer als erwartet ausgefallen war. Im Euroraum wurden für das zweite und dritte Quartal 2013 leichte Zuwächse der Wirtschaftsleistung gemeldet. Vorherige Einbußen konnten damit jedoch nicht aufgefangen werden. Gleichwohl hielt der Aufwärtstrend der Geschäftsklima-Indikatoren weiterhin an. Die Daten zur Produktionstätigkeit, zum Auftragsgeschehen und zur Ausfuhrentwicklung kündeten aber bis zuletzt von einer insgesamt noch labilen gesamtwirtschaftlichen Lage.

Deutschland

Bruttoinlandsprodukt und Geschäftsklima



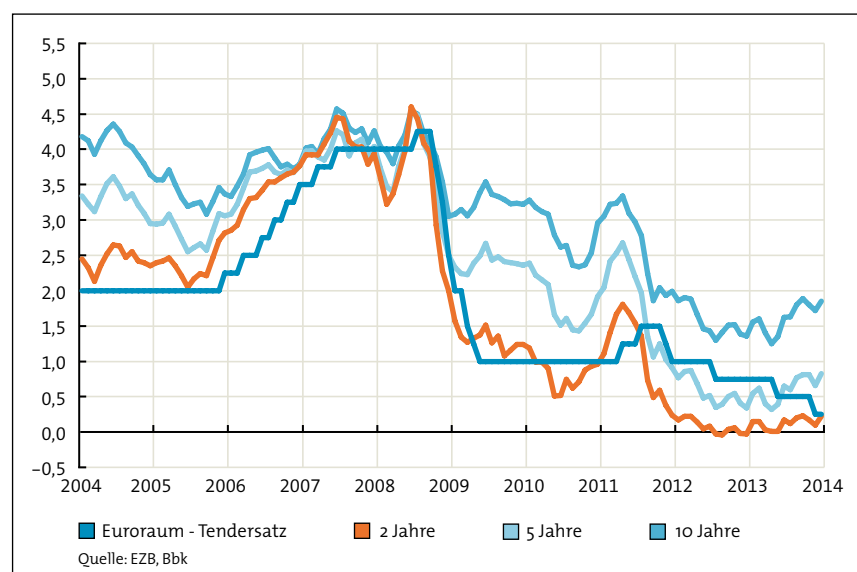
Dagegen hellte sich die Konjunkturlage in Deutschland im weiteren Jahresverlauf 2013 spürbar auf, nachdem die vorherige Schwächeperiode

auch durch Witterungseinflüsse dominiert worden war. Das robuste Wachstum im zweiten Quartal war folglich durch Auf- und Nachholeffekte überzeichnet. Im Jahresschnitt 2013 ergibt sich somit nur ein Wertschöpfungszuwachs unterhalb der Wachstumsrate des Produktionspotenzials. Trotz niedriger Zinsen und einer stabilen Beschäftigungssituation hat die Konsumneigung der Privathaushalte nur mäßig zugenommen. Während Investitionen in Ausrüstungsgüter weiterhin nur in bescheidenem Umfang getätigt wurden, konnte die Bauwirtschaft von der Revitalisierung des Wohnungsbaus profitieren.

Der Umbau des institutionellen Rahmens der Europäischen Währungsunion ging 2013 aufgrund von innenpolitischen Krisen in einzelnen Staaten und im Umfeld der Bundestagswahlen nur zögerlich voran. Während es im Vorjahr zunächst zu einer Ausdehnung und anschließend zu einer Einengung der Renditeabstände von Staatsanleihen gekommen war, wirkte im Berichtszeitraum die für den Fortbestand des Euro gegebene Einstandsgarantie der Europäischen Zentralbank nach. Dies führte insgesamt zu einem ruhigeren Marktgeschehen. Das Kapitalmarktumfeld blieb darüber hinaus vor allem durch die extrem expansive geldpolitische Ausrichtung der wichtigsten Notenbanken gekennzeichnet. Allerdings wuchsen im Verlauf des Jahres die Zweifel, ob Änderungen dieser expansiven Ausrichtung noch über längere Zeit ausgeschlossen werden können. Im Ergebnis lagen die Langfristrenditen im Herbst um rund 75 Basispunkte über den Tiefständen im Frühjahr. Eine wirkliche Abkehr vom Niedrigzinsumfeld war dies jedoch nicht.

Zinssätze Euroraum

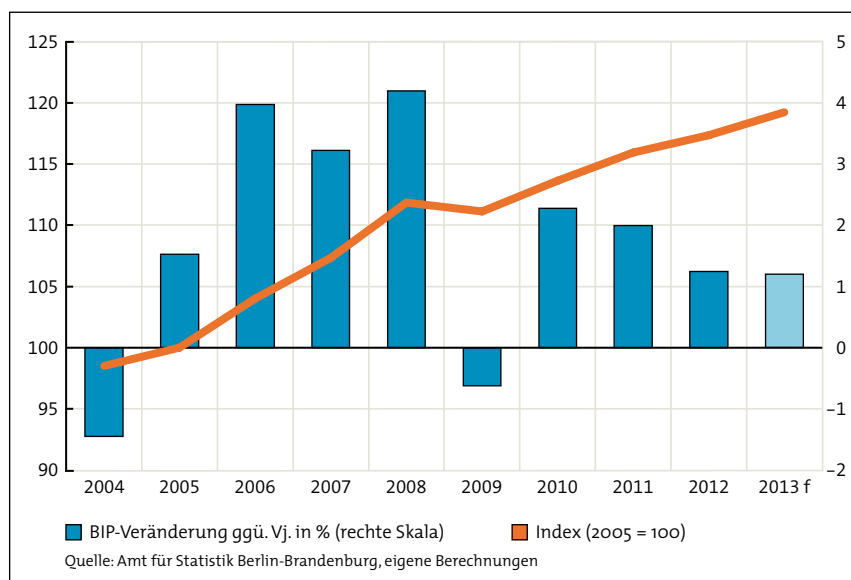
Monatsdurchschnitte in %



Mit zunehmender Dauer schlägt die tief liegende Zinsstrukturkurve auf die Ertragssituation der Finanzinstitute durch. Trotz der etwas kräftigeren Zunahme im Hypothekengeschäft blieb die Kreditausweitung mäßig, so dass Ertragsimpulse aus Steigerungen des Geschäftsvolumens ebenfalls schwer zu erzielen waren.

Die Berliner Wirtschaft entwickelte sich auch im Jahr 2013 stabiler als die Wirtschaft im Bundesdurchschnitt. Darauf deuten die Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) für das erste Halbjahr 2013 hin. Danach hat Berlin die Wirtschaftsleistung zwar nur um 0,5 % steigern können, lag im Bundesländervergleich aber immer noch auf dem ersten Platz, gemeinsam mit Hamburg, während im Bundesdurchschnitt ein Rückgang um 0,3 % verzeichnet wurde.

Bruttoinlandsprodukt in Berlin



Viele Berliner Unternehmen profitierten auch im Jahr 2013 von der stark wachsenden Erwerbstätigkeit in der Hauptstadt, den Lohnzuwächsen und den Tourismusrekorden. Nach wie vor bilden die Berlinbesucher eine starke Stütze der Berliner Konjunktur. Beim Berliner Einzelhandel sorgten die zahlreichen Berlinbesucher – im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt – für ein starkes Umsatzplus. Diese Sonderentwicklung geht aber auch auf den Internethandel zurück, dem in der Hauptstadt besonderes Gewicht zukommt.

Dagegen hat sich die Industrie im Jahr 2013 noch nicht gefangen. Sowohl Auftragseingänge als auch Umsätze entwickelten sich seit Anfang des Jahres rückläufig. Ermutigende Zeichen kommen allerdings aus dem für Berlin wichtigen Maschinenbau. Hier haben sich die Auftragsbücher kräftig gefüllt.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der Berliner Industrie an der wirtschaftlichen Gesamtleistung Berlins sehr gering ist. Die deutsche Hauptstadt ist von einer stark dienstleistungsorientierten Wirtschaft geprägt. Bezogen auf die gesamte Bruttowertschöpfung in Berlin nehmen allein die unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche (ohne Handel, Gastgewerbe und öffentliche Dienstleistungsbereiche) eine mehr als dreimal so gewichtige Stellung in der Hauptstadt ein als der gesamte industrielle Sektor. Im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen sind die Umsätze 2013 kräftig gestiegen und bestätigten damit erneut ihre Position als bedeutender Jobmotor.

Nach wie vor gehen auch vom Berliner Wohnungsbau Impulse für die heimische Wirtschaft aus. Das anhaltende Niedrigzinsniveau motivierte viele Unternehmen, ihre Aktivitäten im Bereich Wohnungsneubau weiter zu verstärken. Denn Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum bedeuten auf der anderen Seite Verknappungen auf dem Wohnungsmarkt. Das große Interesse an Berliner Wohnimmobilien wird auch in der Preisentwicklung sichtbar. Die Preise für Wohnimmobilien steigen in der deutschen Hauptstadt seit einigen Jahren deutlich an. Ausschlaggebend für den Umschwung am Wohnimmobilienmarkt war vor allem, dass in den vergangenen Jahren infolge des überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums und der nachhaltigen Arbeitsmarkterfolge neue Zuversicht in die Leistungsfähigkeit der Berliner Wirtschaft entstanden ist. Hinzu kommt das ausgesprochen niedrige Zinsniveau für Hypothekenkredite. Außerdem erscheinen Investitionen in Immobilien wegen der sehr niedrigen Renditen von Alternativanlagen und angesichts der durch hohe Unsicherheit gekennzeichneten Finanzmärkte in einem besonders günstigen Licht. Alles in allem hat auch dies die Nachfrage nach Wohnimmobilien begünstigt.

Auch 2013 war Berlin wieder Deutschlands Gründerhauptstadt. Mit mehr als 47.000 Gewerbeanmeldungen gab es in Berlin so viele Gründungen wie in keiner anderen deutschen Stadt. In den letzten Jahren hat sich in Berlin um die kreative Wirtschaft und dem Hightech-Bereich herum ein umfangreiches und ständig dichter werdendes Netzwerk entwickelt. Es besteht aus Unternehmensgründern, Mitarbeitern, Finanzinstituten, Investoren, Coaching Centern und Inkubatoren. Unternehmensgründer können in der Hauptstadt vor allem Mitarbeiter mit den gesuchten speziellen Qualifikationsanforderungen finden.

Bereits seit 2006 hat sich in der deutschen Hauptstadt die Beschäftigung schneller als bundesweit erhöht. In den vergangenen Jahren ging der starke Beschäftigungsaufbau in Berlin vor allem auf voll sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten zurück. Nach Wirtschaftsbereichen entfielen auch 2013 mehr als 90 % des gesamten Beschäftigungszuwachses auf die Dienstleistungsbereiche (z. B. Handel und Gastgewerbe, Information und Kommunikation, Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen, öffentliche und sonstige Dienstleistungen).

Die Warenexporte haben sich noch nicht vollständig von ihrem Einbruch zum Jahresende 2012 erholt. Die Schwäche der Berliner Ausfuhren setzte sich auch 2013 fort. Die Berliner Exportunternehmen konnten die teils heftigen Rückschläge bei den Exporten nach Asien, Amerika und in den Euroraum durch den starken Handel mit einigen europäischen Ländern außerhalb der Eurozone lediglich dämpfen. In den saison- und kalenderbereinigten Trendkomponenten war zuletzt jedoch zumindest eine Bodenbildung erkennbar.

Geschäftsverlauf 2013

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die IBB hat ein wirtschaftliches Ergebnis von 68,0 Mio. EUR und damit leicht unter dem Wert des Vorjahres (72,3 Mio. EUR) erzielt. Der Zinsüberschuss – nach wie vor wichtigster Ergebnisbestandteil – war entsprechend der letztjährigen Prognose leicht rückläufig.

Im Jahr 2013 hat sich die verbesserte Bonitätsstruktur positiv auf die Risikoversorge ausgewirkt – sie konnte, wie prognostiziert, deutlich gesenkt werden. Dieses gute Ergebnis hat die Bank genutzt, um Vorsorgereserven nach §340f HGB zu bilden. Durch eine teilweise Thesaurierung von Gewinnen vergangener Jahre wurde darüber hinaus die Eigenkapitalbasis gestärkt.

Die IBB stellte dem Land Berlin auch im abgelaufenen Jahr einen Berlin-Beitrag (31,1 Mio. EUR, Vorjahr 32,8 Mio. EUR) zur Unterstützung der Förderpolitik zur Verfügung.

Das Ziel, den Verwaltungsaufwand in 2013 auf konstantem Niveau zu halten, wurde trotz der geringer als erwartet ausgefallenen Preissteigerung knapp verfehlt. Die umfangreichen Aktivitäten zur Umsetzung regulatorischer Themen hatten hier größeren Einfluss, als noch zu Beginn des Jahres erwartet worden war.

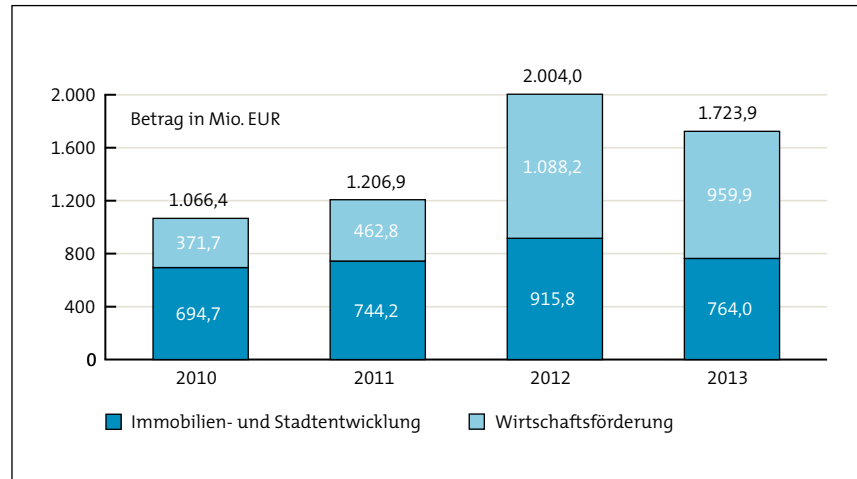
Die Bilanzsumme stellt sich mit einem 2,7-prozentigen Anstieg wie erwartet leicht über dem Vorjahr dar. Das Neugeschäft wuchs moderat – aber konstant. Die IBB kann somit auch für 2013 von einem erfolgreichen Jahr berichten.

Erneut erreichte das Fördervolumen in der Wirtschafts- und Immobilienförderung ein sehr hohes Niveau.

Im Geschäftsjahr 2013 leistete die IBB einen bedeutsamen Beitrag zur Kreditversorgung und damit zum Wachstum der Berliner Wirtschaft. Das Zusagevolumen in der Wirtschafts- und Immobilienförderung konnte mit rund 1,7 Mrd. EUR auf einem hohen Niveau gehalten werden. Maß-

geblichen Einfluss hatte dabei im Berichtsjahr wie im Vorjahr jedoch ein Sondergeschäft mit dem Land Berlin zur Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe.

Entwicklung des Neugeschäftsvolumen für Darlehen, Avale und Zuschüsse



Im Geschäftsjahr 2013 nutzten viele Gründungs- und Bestandsunternehmen die Kompetenz der IBB als Förderbank. Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung ist dabei unverändert die Unterstützung von mittelständischen Unternehmen durch monetäre Förderangebote und eine umfassende Finanzierungsberatung. Hierfür arbeitet die IBB eng mit den in Berlin ansässigen Geschäftsbanken zusammen. Im Berichtsjahr stellte die IBB allein im IBB-Wachstumsprogramm ein Kreditvolumen in Höhe von 94,5 Mio. EUR (Vorjahr 132,9 Mio. EUR) für größere Investitionen und Unternehmenserweiterungen, Um- und Anschluss- sowie Sockelfinanzierungen zur Verfügung.

Wirtschaftsförderung

Der Bereich Wirtschaftsförderung konnte mit einer Finanzierungszusage erneut die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe unterstützen. Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ finanzierte die IBB den Rückkauf der noch fehlenden Eigentumsanteile mit einem Darlehensvolumen in Höhe von 590,0 Mio. EUR.

Obwohl bundesweit die Anzahl der Gründungen rückläufig ist, konnte die IBB mit 66,4 Mio. EUR (Vorjahr 37,1 Mio. EUR) die Finanzierungszusagen im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöhen. Der steigende Anteil der Gründerfinanzierungen zeigt, dass die IBB selbst bei rückläufigem Trend auch als Gründerbank sehr gefragt ist.

Großen Anteil an dem Jahresergebnis hat u. a. das Programm zur Förderung von Forschung, Innovation und Technologien (*Pro FIT*). Infolge zu-

sätzlicher EFRE-Mittelumschichtungen konnte die hohe Programmnachfrage im Berichtsjahr durch Darlehen und Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 61,4 Mio. EUR (Vorjahr 34,3 Mio. EUR) bedient werden. Sehr positiv wirkte sich hierbei auch das im Herbst 2012 gestartete Modul „Frühphasenfinanzierung“ aus, das insbesondere von jungen Kreativ- sowie Informations- und Kommunikationstechnik-Unternehmen stark angenommen wurde.

Im Bereich der Förderung von gewerblichen Investitionen erzielte das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) im Berichtsjahr ein Rekordergebnis. Mit Zusagen von Zuschüssen in Höhe von 119,2 Mio. EUR konnte das Vorjahresergebnis (89,4 Mio. EUR) nicht zuletzt aufgrund der endenden Förderperiode 2007–2013 noch einmal deutlich gesteigert werden.

Die Wirtschaftsförderung konnte im Berichtsjahr Finanzierungszusagen für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Höhe von 959,9 Mio. EUR (Vorjahr 1.088,2 Mio. EUR) aussprechen und damit erfolgreich an das Vorjahresergebnis anknüpfen. Die Anzahl der Zusagen konnte dabei sogar um 14,3 % gesteigert werden. Der Darlehensbestand erreichte einen neuen Höchststand, welcher zum Jahresende 2013 bei rund 2,7 Mrd. EUR und damit 642,2 Mio. EUR über dem Vorjahr lag.

Immobilien- und Stadtentwicklung

Der Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung hat im Berichtsjahr ein Finanzierungsvolumen in Höhe von 764,0 Mio. EUR (Vorjahr 915,8 Mio. EUR) realisiert.

Einen wichtigen Anteil daran haben die Zusagen von Modernisierungs- und Sanierungsdarlehen zur Umsetzung von energetischen und Klimaschutzpolitischen sowie barrierereduzierenden Maßnahmen. Für die Förderung derartiger Investitionsvorhaben konnte die IBB Darlehen in Höhe von 104,8 Mio. EUR (Vorjahr 111,9 Mio. EUR) zur Verfügung stellen. Besonders stark nachgefragt war das Programm „IBB Wohnraum modernisieren“ (IST 46,6 Mio. EUR, Vorjahr 5,2 Mio. EUR), welches die IBB erst in 2012 im Zuge der Einstellung des KfW-Programms „Wohnraum Modernisieren“ als neues Produkt implementierte. Ebenfalls verstetigt hat sich die hohe Nachfrage nach zinsgünstigen KfW- und Eigenprogrammen durch Wohnungseigentümergeinschaften. Unter anderem auch aufgrund der zunehmenden Verlagerung von Investitionen in die Bestandsanierung hin zum Neubau war das Zusagevolumen für das Programm „IBB Energetische Gebäudesanierung“ (54,7 Mio. EUR) im Berichtsjahr niedriger als im Vorjahr (92,5 Mio. EUR).

Dass die Begleitung von Neubauvorhaben an Bedeutung gewinnt, bestätigte sich im Berichtsjahr durch das deutlich gestiegene Durchleitungsvolumen (IST 24,4 Mio. EUR, Vorjahr 0,6 Mio. EUR) in den Programmen „KfW Energieeffizient Bauen“ und „KfW Wohneigentumsprogramm“.

Im Rahmen des Förderprogramms „Berlin Infra“ konnte die IBB Infrastrukturinvestitionen von kommunalen Unternehmen in Höhe von 95,6 Mio. EUR (Vorjahr 171,6 Mio. EUR) fördern. Gemeinsam mit Geschäftsbanken wurde die Berliner Wohnungswirtschaft durch attraktive Konsortialfinanzierungen (IST 133,9 Mio. EUR, Vorjahr 142,9 Mio. EUR) unterstützt. Zudem wurde den Banken durch die Vergabe von Globaldarlehen in einer Gesamthöhe von 75,0 Mio. EUR (Vorjahr 100 Mio. EUR) eine zinsgünstige Refinanzierung zur mittelbaren Erreichung der förderpolitischen Ziele der IBB geboten. Darüber hinaus unterstützte die IBB bestehende Förderengagements mit individuellen und bedarfsgerechten Finanzierungskonzepten. Durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinafinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken wurde bei Inanspruchnahmen aktueller Förderprodukte ein Zusagevolumen in Gesamthöhe von 319,4 Mio. EUR (Vorjahr 381,8 Mio. EUR) bewilligt.

Aufgrund von deutlich erhöhten außerplanmäßigen Abgängen im Förderaltgeschäft, die durch die Auszahlungen von Neukrediten nicht vollständig kompensiert werden konnten, sank der Gesamtbestand von Immobiliendarlehen und Avalen zum Berichtsstichtag im Vergleich zum Jahresende geringfügig auf 11.032,0 Mio. EUR (Vorjahr 11.406,2 Mio. EUR).

Ergebnisentwicklung

Insgesamt konnte die Bank an die gute Geschäftsentwicklung des Vorjahres anknüpfen und die operativen Ergebniserwartungen erfüllen. Das Geschäftsergebnis einschließlich der einzelnen Segmente zeigt dabei folgende Entwicklung:

Ergebnisentwicklung in Mio. EUR	IBB gesamt		Immobilien- und Stadt- entwicklung		Wirtschafts- förderung		Treasury		Corporate Center	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zinsüberschuss	141,8	147,9	69,5	70,8	8,5	6,3	54,7	57,2	9,0	13,6
Provisionsüberschuss	8,3	10,7	7,8	9,4	0,9	1,4	-0,4	-0,1	0,0	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	8,1	12,9	-7,9	-3,7	15,2	15,4	0,0	0,0	0,9	1,2
Summe Erträge	158,1	171,4	69,4	76,5	24,6	23,0	54,3	57,0	9,9	14,8
Verwaltungsaufwand	-78,0	-76,6	-36,6	-35,8	-23,9	-23,5	-5,4	-5,4	-12,1	-11,8
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	80,1	94,9	32,8	40,8	0,6	-0,5	48,9	51,6	-2,2	3,0
Risikovorsorge	-11,6	-19,8	7,0	16,1	-3,5	-7,9	2,8	-20,4	-18,0	-7,6
Außerordentliches Ergebnis	-0,5	-2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,5	-2,8
Wirtschaftliches Ergebnis	68,0	72,3	39,8	56,9	-2,8	-8,4	51,7	31,2	-20,7	-7,4
Berlin-Beitrag der IBB	-31,1	-32,8	-0,9	-3,9	-27,7	-28,0	0,0	0,0	-2,5	-0,9
Jahresüberschuss	36,9	39,5	38,9	53,0	-30,5	-36,4	51,7	31,2	-23,2	-8,3

Das Segment **Immobilien- und Stadtentwicklung** konnte im Berichtsjahr mit einem wirtschaftlichen Ergebnis in Höhe von 39,8 Mio. EUR den Planwert deutlich übertreffen. Erwartungsgemäß lag der Wert u. a. bedingt durch Veränderungen in der Risikovorsorge (-9,1 Mio. EUR) und einem um 2,9 Mio. EUR geringeren Zins- und Provisionsüberschuss unter dem Vorjahresergebnis.

In der **Wirtschaftsförderung** liegt das wirtschaftliche Ergebnis im Berichtsjahr bei -2,8 Mio. EUR und damit deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres (-8,4 Mio. EUR). Die positive Entwicklung ist vor allem beim Zinsergebnis mit einem Plus von 2,2 Mio. EUR und in den deutlich geringeren Vorsorgeaufwendungen für das Kreditgeschäft (+6,8 Mio. EUR) gegenüber 2012 zu verzeichnen.

Im **Segment Treasury** erreichte das Zinsergebnis 54,7 Mio. EUR und lag damit erwartungsgemäß unter dem Vorjahreswert (Vorjahr 57,2 Mio. EUR). Auf das wirtschaftliche Ergebnis in Höhe von 51,7 Mio. EUR wirkten sich positive Bewertungseffekte in der Risikovorsorge aus (2013: +2,8 Mio. EUR, 2012: -20,4 Mio. EUR).

Im Segment **Corporate Center** erreicht das wirtschaftliche Ergebnis aufgrund der Dotierung von allgemeinen Vorsorgereserven -20,7 Mio. EUR und unterschreitet damit den Vorjahreswert um -13,3 Mio. EUR.

Lage der Bank

Ertragslage

In der nachfolgend dargestellten Ergebnisrechnung werden einzelne in der handelsrechtlichen GuV-Rechnung ausgewiesene Beträge nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgegliedert bzw. ergänzt. Dies betrifft zum einen die Aufwendungen der IBB, die dem Land als Berlin-Beitrag im Sinne einer Vorabausschüttung zur Verfügung gestellt werden. Dabei werden Teile des GuV-Postens „sonstige betriebliche Aufwendungen“ (14,2 Mio. EUR, Vorjahr 14,0 Mio. EUR) und der Risikovorsorge (2,1 Mio. EUR, Vorjahr 3,7 Mio. EUR) ebenso als Berlin-Beitrag berücksichtigt wie die unentgeltlich erbrachten Leistungen der IBB (14,7 Mio. EUR, Vorjahr 15,1 Mio. EUR), die ausschließlich kalkulatorisch einfließen. Diese nicht liquiditätswirksamen Leistungen werden in der Ergebnisrechnung als betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag abgebildet. Zum anderen wird der Verwaltungsaufwand der Bank verändert abgebildet. So werden Kosten für Mitarbeiter, die an Konzerntöchter entsendet wurden (0,5 Mio. EUR), nicht im Verwaltungsaufwand, sondern im Saldo des „sonstigen betrieblichen Ergebnisses“ ausgewiesen sowie die Aufwendungen für die im Rahmen der Umsetzung der Projektergebnisse zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells erforderlichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen im neutralen Ergebnis berücksichtigt (0,5 Mio. EUR).

Die IBB hat ein wirtschaftliches Ergebnis von 68,0 Mio. EUR erzielt (Vorjahr 72,3 Mio. EUR).

Ergebnisrechnung in Mio. EUR	2013	2012	Veränderung	
			absolut	in %
Zinsüberschuss	141,8	147,9	-6,1	-4,1
Provisionsüberschuss	8,3	10,7	-2,4	-22,7
Sonstiges betriebliches Ergebnis	8,1	12,9	-4,8	-36,9
Summe Erträge	158,1	171,4	-13,3	-7,7
Verwaltungsaufwand	-78,0	-76,6	-1,5	-1,9
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungen	80,1	94,9	-14,8	-15,6
Risikovorsorge/Bewertungen	-11,6	-19,8	8,1	41,2
Neutrales Ergebnis	-0,5	-2,8	2,3	<-100
Wirtschaftliches Ergebnis	68,0	72,3	-4,3	-6,0
Berlin-Beitrag	-31,1	-32,8	1,7	5,2
Jahresüberschuss	36,9	39,5	-2,6	-6,6

Die Hauptertragsquelle der Bank ist weiterhin der Zinsüberschuss, er reduzierte sich um 4,1 % auf 141,8 Mio. EUR. Besonders erfreulich war hierbei der gestiegene Ergebnisbeitrag im Geschäftsfeld Wirtschaftsförderung. Im Provisionsüberschuss (8,3 Mio. EUR, Vorjahr 10,7 Mio. EUR), der maßgeblich von Entgelten für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen der Immobilienförderung bestimmt ist, wirkten sich in 2013 die auslaufenden Förderungen erwartungsgemäß mindernd aus.

Das sonstige betriebliche Ergebnis reduzierte sich im abgelaufenen Jahr von 12,9 Mio. EUR auf 8,1 Mio. EUR.

Verwaltungsaufwand leicht über Vorjahr

Der Verwaltungsaufwand hat sich auf 78,0 Mio. EUR erhöht (Vorjahr 76,6 Mio. EUR) – ursächlich waren höhere regulatorische Kosten für die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Vorgaben und die SEPA-Umstellung.

In diesem Zusammenhang und aufgrund der geringeren Erträge hat sich die Fördercost-Income-Ratio auf 49,3 % (Vorjahr 44,6 %) erhöht.

Risikovorsorge/Bewertungen

Aufgrund einer verbesserten Bonitätsstruktur der IBB-Kreditnehmer und nicht eingetretener Kreditausfälle sowie einer im Vergleich zum Vorjahr erheblich geringeren Ergebnisbelastung im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschuldenkrise konnte der Aufwand für die Risikovorsorge deutlich reduziert werden. Das Bewertungsergebnis beträgt -11,6 Mio. EUR (Vorjahr -19,8 Mio. EUR). Dieses positive Ergebnis wurde zur weiteren

Stärkung der Risikotragfähigkeit der Bank im Rahmen der Dotierung von allgemeinen Vorsorgenreserven genutzt. Die Bewertungsmethoden wurden nach wie vor konservativ gewählt.

Neutrales Ergebnis

Im Rahmen des neutralen Ergebnisses wurden Aufwendungen für die Umsetzung der Projektergebnisse zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells erforderlichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen berücksichtigt. Für betriebswirtschaftliche Zwecke werden diese Posten abweichend zum handelsrechtlichen Ausweis der Gewinn- und Verlustrechnung nicht im Personalaufwand dargestellt.

Wirtschaftliches Ergebnis und Jahresüberschuss

Das wirtschaftliche Ergebnis in Höhe von 68,0 Mio. EUR liegt 4,3 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Nach Abzug der 31,1 Mio. EUR Berlin-Beitrag der IBB verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von 36,9 Mio. EUR (Vorjahr 39,5 Mio. EUR), der als Bilanzgewinn ausgewiesen wird.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr insbesondere wegen der Teilnahme an der Finanzierung der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe um 0,5 Mrd. EUR auf 20,5 Mrd. EUR erhöht. Das Geschäftsvolumen, in dem zusätzlich die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten sind, erhöhte sich um 0,4 Mrd. EUR auf 21,4 Mrd. EUR.

Die zum Jahresende bestehenden Swapgeschäfte und Derivate weisen zum Jahresende ein Nominalvolumen in Höhe von 15,9 Mrd. EUR (Vorjahr 14,2 Mrd. EUR) aus.

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mrd. EUR auf 1,4 Mrd. EUR reduziert. Der Zuwachs bei den Kundenforderungen gegenüber dem Vorjahr beträgt 0,2 Mrd. EUR.

Die Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen verringerten sich um 5,9 Mio. EUR auf 94,4 Mio. EUR aufgrund einer Kapitalreduzierung im VC Fonds-Geschäft.

Geschäftsvolumen in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
			absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.363,8	1.714,0	-350,2	-20,4
Forderungen an Kunden	14.400,9	14.217,1	183,8	1,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.225,2	3.556,2	669,0	18,8
Anteile an Spezialfonds	150,0	150,0	0,0	0,0
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	94,4	100,3	-5,9	-5,9
Sonstige	232,2	197,9	34,3	17,3
Bilanzsumme	20.466,5	19.935,5	531,0	2,7
Eventualverbindlichkeiten	122,5	109,3	13,2	12,1
Unwiderrufliche Kreditzusagen	859,0	975,6	-116,5	-11,9
Geschäftsvolumen	21.448,0	21.020,4	427,7	2,0

Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität

Die Struktur der Refinanzierungsseite ist im Wesentlichen unverändert gegenüber dem Vorjahr geblieben. Finanziert wird das Geschäftsvolumen zu 19 % (Vorjahr 22 %) über Mittelaufnahmen bei Kreditinstituten sowie über die Emissionen von verbrieften Verbindlichkeiten am Kapitalmarkt, die auf 35 % (Vorjahr 31 %) anstiegen. Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen hauptsächlich die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, blieben auch in diesem Geschäftsjahr mit 8,0 Mrd. EUR (Vorjahr 8,1 Mrd. EUR) nahezu konstant bei einem Refinanzierungsanteil in Höhe von 39 % (Vorjahr 41 %).

Das bilanzielle Eigenkapital der IBB reduzierte sich im vergangenen Geschäftsjahr auf 689,1 Mio. EUR. Maßgeblich für die Veränderung war die Ausschüttung eines Teilbetrages des ausgewiesenen Bilanzgewinnes 2012 in Höhe von 44,8 Mio. EUR an das Land Berlin. Ein weiterer Teilbetrag in Höhe von 39,0 Mio. EUR wurde zur Erhöhung des Kernkapitals in die Zweckrücklage thesauriert. Das gezeichnete Kapital betrug unverändert 300,0 Mio. EUR, alleiniger Eigentümer der IBB ist das Land Berlin.

Eigenkapitalspiegel der IBB in Mio. EUR	Grund- kapital	Zweck- rücklagen	Bilanz- gewinn	Summe
Stand 31.12.2012	300,0	313,1	83,9	697,0
Abführung an Land Berlin			-44,8	-44,8
Thesaurierung Zweckrücklage		39,0	-39,0	0,0
Jahresüberschuss 2013			36,9	36,9
Stand 31.12.2013	300,0	352,2	36,9	689,1

Der Jahresüberschuss 2013 in Höhe von 36,9 Mio. EUR wird im Eigenkapital als Bilanzgewinn (Vorjahr 83,9 Mio. EUR) ausgewiesen und soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Zum Bilanzstichtag weist die Bank ein haftendes Eigenkapital gemäß Kreditwesengesetz in Höhe von 852,2 Mio. EUR (Vorjahr 873,0 Mio. EUR) aus. Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelt.

in Mio. EUR/in %	2013	2012
Risikoposition gemäß SolvV	4.560,2	4.533,3
Eigenmittelquote	18,7 %	19,3 %
Kernkapitalquote	17,4 %	16,7 %

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 3,4 Mrd. EUR durchgeführt.

Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB waren Faktoren dafür, dass die IBB auch in 2013 jederzeit in der Lage war, sich zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio konnte jederzeit sichergestellt werden, dass keine Liquiditätsengpässe entstanden. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreserve. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Solvabilität und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Nachtragsbericht

Mit Wirkung vom 21. März 2014 wurde der Vorsitzende des Vorstandes im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen vom Verwaltungsrat der Bank aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung als Mitglied des Vorstands abberufen und von seinen Aufgaben entbunden. Ebenso wurde der Dienstvertrag gemäß § 626 BGB fristlos gekündigt. Eine arbeitsgerichtliche Auseinandersetzung ist nicht auszuschießen.

Die sich aus dem Sachverhalt ergebenden Verpflichtungen der Bank gegenüber dem Sozialversicherungsträger wurden als Verbindlichkeiten bzw. Rückstellungen in der Bilanz berücksichtigt.

Zudem scheidet der Marktfolgevorstand am 30.04.2014 mit Ablauf seines Vertrages aus der IBB planmäßig aus. Die Nachfolgerin wird am 01.07.2014 ihren Dienst antreten.

Für die Zwischenzeit soll im Einvernehmen mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) übergangsweise ein Geschäftsleiter bestellt werden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Auch im Jahr 2014 wird die Weltwirtschaft nur mäßige Zuwachsraten aufweisen. In den USA und Teilen des Euroraums darf allerdings eine stabile Entwicklung erwartet werden, denn die fiskalischen Einschnitte fallen hier nicht mehr so deutlich aus. Dagegen lässt die Dynamik in den Schwellenländern nach, weil hier der Preistrend bei Rohstoffen nicht mehr stützend wirkt und Kapitalzuflüsse spärlicher fließen, sobald sich konkrete Korrekturen der äußerst expansiven Geldpolitik in wichtigen Industriestaaten abzeichnen. Auch strukturelle Wachstumshürden kommen in diesem Länderkreis nun stärker zur Geltung.

Im Euroraum werden die Zuwachsraten insgesamt nur bescheiden ausfallen. Ein Rückfall in die Rezession dürfte jedoch ausbleiben, da zyklische Übertreibungen bereits in den Vorjahren korrigiert worden sind und die Liquiditätsbedingungen großzügig bemessen bleiben. Deutschland könnte 2014 im Jahresdurchschnitt eine Steigerung seiner Wirtschaftsleistung sogar oberhalb des Trendwachstums erzielen. Das Rückgrat dieser Entwicklung dürfte die Binnennachfrage bilden. Mit vergleichsweise komfortablen Auftragspolstern, einer immer noch stabilen Beschäftigungslage, hohen Finanzreserven in der Realwirtschaft und einer nach

wie vor guten preislichen Wettbewerbsfähigkeit hebt sich die Entwicklung auch weiterhin positiv vom übrigen Eurogebiet ab.

Die Europäische Zentralbank nimmt Rücksicht auf die Verschuldungssituation an der Euro-Peripherie und behält ihren stützenden Kurs mit Blick auf die damit verbundenen Risiken für den Bankensektor bei. Trotz üppiger Liquidität bleibt die Inflation niedriger als von der EZB favorisiert. In Deutschland liegt die Teuerung nicht mehr unter dem Euro-Durchschnitt; große Abweichungen in die Gegenrichtung sind aber ebenfalls wenig wahrscheinlich. Der gemeinsame Währungsraum bleibt krisenanfällig. In zugespitzten Marktphasen reagiert die europäische Politik jedoch pragmatisch, wobei Marktinterventionen und die Fortführung international abgestimmter Auffanglösungen weiterhin einen Zerfall des Euroraums abwenden werden. Eine Entschärfung der Staatsschuldenproblematik gelingt auf diese Weise aber nicht. Temporär erhöhte Risikoaufschläge für wettbewerbsschwächere Länder sind folglich nicht auszuschließen.

Die Errichtung der Europäischen Bankenunion, die sich mit Schaffung eines neuen Abwicklungsregimes, wandelnden Refinanzierungsbedingungen sowie zusätzlichen Anforderungen im Zuge einer europäischen Trennbankenregelung beschäftigt, sorgt für weitere Unwägbarkeiten. Somit bewegen sich die Finanzinstitute in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld.

Der Wirtschaftsstandort Berlin bleibt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch eine überwiegende Zahl von Unternehmen in kleineren Umsatzgrößenklassen geprägt. Im Trend ist von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Dies ist letztlich dem Branchenmix zuzuschreiben, der stark auf Dienstleistungen ausgerichtet ist. Insbesondere der Ausbau des Tourismus und die damit verbundene Stärkung des Einzelhandels sowie die überdurchschnittliche Entwicklung bei unternehmensnahen Dienstleistungen werden für weitere Impulse sorgen. Darüber hinaus sollte sich vor dem Hintergrund einer stabileren Entwicklung im Euroraum auch die Industrie wieder besser entwickeln.

Wenn es Berlin gelingt, die attraktive Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur durch Netzwerke und Gründungsinitiativen noch besser mit der Wirtschaft zu vernetzen, werden sich auch künftig Unternehmen aus wichtigen Zukunftsbranchen in der Hauptstadt ansiedeln bzw. neu gründen. Somit besteht die Chance, dass Berlin nicht nur bezüglich des Wachstums überdurchschnittliche Raten erwirtschaftet, sondern auch bei den Niveauwerten den Anschluss an vergleichbare Großstädte erreicht.

Der Arbeitsmarkt bleibt robust, auch für das Jahr 2014 werden insgesamt ein weiterer Zuwachs der Beschäftigung und ein Rückgang der Erwerbs-

losenzahl erwartet. Gemeinsam mit steigenden Einkommen werden diese Faktoren den privaten Verbrauch stützen und Impulse für den Wohnungsbau geben, zumal die Zinsen im kommenden Jahr niedrig bleiben dürften und das gesteigerte Interesse an Sachwerten robust bleibt. Die Berliner Unternehmen werden wieder mehr Geld in Maschinen, Geräte und andere Ausrüstungen investieren. Mit der sich abzeichnenden Erholung im Euroraum sollten auch die Ausfuhren der Berliner Unternehmen wieder anziehen.

Von den Preissteigerungen auf dem Berliner Wohnimmobilienmarkt gehen gegenwärtig keine erheblichen gesamtwirtschaftlichen Risiken aus. Die Preisbewegungen sind Ausdruck einer verzögerten Angebotsausweitung. Denn die Neubautätigkeit – vor allem im Wohnungsbau – verharrte in den vergangenen Jahren auf relativ niedrigem Niveau. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch aus der aktuellen Entwicklung noch keine zwangsläufig entstehende Blase auf dem Berliner Immobilienmarkt ableiten. Steigende Preise in Berlin stellen nach wie vor eine regionale Anpassung dar. Der Berliner Immobilienmarkt galt lange als unterbewertet und passt sich jetzt in einem raschen Tempo an fundamentale Faktoren an.

Sollte sich die Preisentwicklung auf dem Berliner Immobilienmarkt aber in einem sehr raschen Tempo fortsetzen, ist nicht auszuschließen, dass einige Preise über das aus fundamentaler Sicht gerechtfertigte Niveau hinausschießen, so dass es dann in Teilmärkten zu Preisblasen kommen könnte. Allerdings werden spekulative Preisblasen in der Regel von einer expansiven Kreditvergabe begleitet. Gerade in den USA, Spanien und Irland wurde der Preisboom von einem solchen expansiven Kreditgeschehen begleitet. In Deutschland ist eine derartige expansive Kreditvergabe wie in den USA jedoch nach wie vor nicht zu beobachten.

Insgesamt ist wieder ein Wirtschaftswachstum deutlich über Bundesniveau möglich. Gleichwohl hat Berlin noch einen weiten Weg vor sich, um auch hinsichtlich des Niveaus die Werte vergleichbarer Metropolen zu erreichen. Ein Risiko stellt das außenwirtschaftliche Umfeld dar. Die Auswirkungen der Schuldenkrise im Eurogebiet sind zwar eingedämmt und wichtige Reformen eingeleitet worden. Die hohe Verschuldung und die fortbestehenden Strukturprobleme werden jedoch die Krisenanfälligkeit der europäischen und der globalen Wirtschaft hoch halten.

Die aktuelle Planung stellt die IBB für 2014 vor Herausforderungen, denn trotz des Niedrigzinsniveaus und steigender regulatorischer Anforderungen hält die Bank an einer ambitionierten Vertriebsplanung fest.

Die IBB rechnet vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsumfeldes mit einem leicht rückläufigen Zinsüberschuss. Darüber hinaus werden auslaufende Zuschusszahlungen im Bestand der Immobilienförderung das Provisionsergebnis deutlich mindern. Sollte das Zinsniveau sinken, würde sich das kurzfristig positiv auf den Zinsüberschuss auswirken.

Die Verwaltungsaufwendungen werden im nächsten Jahr leicht über den diesjährigen liegen. Gründe dafür liegen unter anderem in der Durchführung von geplanten innerbetrieblichen Veränderungen sowie in der Umsetzung weiterer regulatorischer Anforderungen. Die Fördercost-Income-Ratio wird sich aufgrund der rückläufigen Erträge und der steigenden Verwaltungskosten ebenfalls leicht erhöhen.

Die Bilanzsumme wird sich aufgrund planmäßiger und – zinsniveaubedingt – außerplanmäßiger Bestandsreduzierungen im Förderkreditgeschäft sowie einem geringer erwarteten Geldmarktportfolio spürbar reduzieren.

Insgesamt werden sich keine grundlegenden strukturellen Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Bank ergeben. Die Bank wird weiterhin ihre Förderprogramme und Prozesse verbessern und optimieren. Die Schwerpunkte liegen dabei in der Wahrung der Förderkontinuität in den Bereichen der Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung des Standortes Berlin. Für die Neugeschäftstätigkeit wird eine konstante Nachfrage unterstellt. In den Geschäftsfeldern der Wirtschafts- und Immobilienförderung wird weiterhin an einer bedarfsorientierten Optimierung und Stärkung des Produktportfolios gearbeitet.

Anders als in den Vorjahren wird in der Wirtschaftsförderung aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und des zurzeit verstärkten Engagements der Geschäftsbanken in der Mittelstandsfinanzierung 2014 mit einem leichten Rückgang der Nachfrage nach Investitionsfinanzierungen gerechnet.

Die IBB wird das IBB-Wachstumsprogramm jedoch weiterhin in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen und Berliner Unternehmen in Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken maßgeschneiderte Finanzierungen für Unternehmenserweiterungen anbieten.

Aufgrund geringer Sicherheiten und niedriger Eigenkapitalquoten haben kleine und mittlere (KMU) sowie junge Unternehmen weiterhin deutlich ausgeprägte strukturelle Probleme bei der Beschaffung von Krediten. Die IBB bietet von durchgeleiteten Darlehen über Mezzanine-Finanzierungen bis hin zu Haftungsübernahmen und Bürgschaften ein breit gefächertes, aber standardisiertes Angebot, um Risikopartnerschaften mit den Geschäftsbanken weiter auszubauen und somit für KMU den Zugang zur Finanzierung ihrer Vorhaben zu verbessern.

Es ist damit zu rechnen, dass sich der Rückgang der Gründungsaktivitäten aufgrund der moderaten Konjunktur bei gleichzeitig guter Arbeitsmarktlage in Berlin fortsetzen wird. Aufgrund der hohen Nachfrage im Berichtsjahr wird dennoch eine konstante Nachfrage nach Mikrokrediten und Gründungsfinanzierungen im Rahmen des Förderprogramms „Berlin Start“ erwartet.

Weiterhin im Fokus der Technologieförderung steht vor allem mit dem Programm *Pro FIT* die Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in den Clustern Informations- und Kommunikationstechnik/Medien und Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Energietechnik und Optik in Form von Darlehen und Zuschüssen.

Der Schwerpunkt bei der Zuschussförderung liegt unverändert in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), wobei eine stärkere Fokussierung auf KMU geplant ist. Ziel ist es, Investitionsvorhaben zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen mit nicht rückzahlbaren Mitteln zu fördern.

Bei der Weiterentwicklung des Produktportfolios liegt der Fokus auf der mit dem Land abzustimmenden Implementierung der neuen EU-Förderperiode. Trotz sinkender EFRE-Mittel aus dem EU-Haushalt rechnet die IBB mit einer unveränderten Mittelzuweisung des Landes. Diese Mittel sollen verstärkt im Rahmen revolvierender Finanzinstrumente eingesetzt werden.

Sollte das Land Berlin weitere Rekommunalisierungen vorsehen, besteht für die IBB die Chance, sich erneut als zuverlässiger Finanzierungspartner zu präsentieren und die Neugeschäftserwartungen für das Geschäftsjahr 2014 zu übertreffen.

Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung steht der zeitnahe Start der Förderung des Neubaus von Mietwohnungen an. Neben den bestehenden Fördermöglichkeiten durch KfW-Neubauprogramme und IBB-Förderergänzungsdarlehen wird die IBB in 2014 beginnen, Förderdarlehen aus einem für das Land treuhänderisch verwalteten Wohnungsneubaufonds in Höhe von 320 Mio. EUR zu bewilligen. Ziel dieses Programmes zur sozialen Wohnraumförderung ist es, der hohen Nachfrage nach neuem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung nachzukommen.

Schon in 2013 war zu beobachten, dass erste größere Investoren ihren Fokus von der Bestandssanierung hin auf die Planung des Neubaus gelegt haben. Dieser Trend wird sich in 2014 fortsetzen. Insgesamt deutet sich an, dass die im Berliner Wohnungsbestand geförderten Modernisierungsmaßnahmen eher kleinteiliger werden, was auch darauf zurückzuführen ist, dass eine Vielzahl der größeren Quartiere in den letzten Jahren umfangreich modernisiert wurde.

Den etablierten Förderprodukten wie „IBB Wohnraum Modernisieren“, „IBB Altersgerechtes Wohnen“ und „IBB Energetische Gebäudesanierung“ kommt aber in 2014 weiterhin eine große Bedeutung zu, wenn Investoren ihre Bestände an zeitgemäße Standards und Marktbearbeite anpassen wollen. Im Zuge der erfolgreichen Einführung des Förderprogramms ENEO bei unserer Tochter IBB Business Team GmbH erwartet die IBB zu-

sätzliche Impulse für das Fördergeschäft durch die Erschließung neuer Kundengruppen im kleineren und mittleren Segment und wird damit einen weiteren Beitrag für das Erreichen der klimapolitischen Zielsetzungen des Landes beisteuern.

Die im letzten Jahr angezogene, ausgesprochen gute Nachfrage nach WEG-Finanzierungen soll in 2014 über zusätzliche Vertriebsaktivitäten weiter ausgebaut und verstetigt werden. Die Granularität im Darlehensgeschäft, insbesondere mit den Eigenheimkunden, wird dadurch tendenziell zunehmen.

Die IBB wird weiterhin intensiv mit den Geschäftsbanken zusammenarbeiten und durch die Vergabe von Konsortial- und Globaldarlehen weitere Eigentümer von Wohnimmobilien mittelbar fördern. Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ wird die IBB auch in 2014 größere Vorhaben von kommunalen Unternehmen begleiten.

Insgesamt wird im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung für das Geschäftsjahr 2014 ein Bewilligungsvolumen leicht unter dem Vorjahresniveau erwartet.

Die IBB arbeitet die erheblich gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen im Rahmen eines bankweiten Projekts ab. Die Bank wird die neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen fristgerecht erfüllen.

Zusammenfassend erwartet die Geschäftsleitung somit in 2014 ein zufriedenstellendes Jahr. Die Bank geht davon aus, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis in einem weiterhin schwierigen Umfeld gegenüber dem Berichtsjahr leicht reduzieren wird. Im Vergleich zum Vorjahr erwartet sie eine weiterhin stabile Vermögens- und Finanzlage. Sollten sich die Zinsen im Laufe des Jahres 2014 nochmals reduzieren, wird über höher als erwartet eintretende Erträge sowohl die Fördercost-Income-Ratio als auch das wirtschaftliche Ergebnis kurzfristig positiv beeinflusst.

Risikobericht

Organisation des Risikomanagements

Die IBB unterliegt sämtlichen bankaufsichtsrechtlichen Normen des Risikomanagements.

Der Vorstand legt auf der Grundlage der Geschäftsstrategie die Risikostrategie fest. Inhalte der Risikostrategie sind insbesondere Teilstrategien zu allen wesentlichen Risikoarten sowie die Ableitung von Limiten und die Allokation des ökonomischen Kapitals. Durch einheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Bestimmung der Wesentlichkeit der Risikoarten erfolgte in einer Risikoinventur unter Berücksichtigung des Gesamtbankrisikoprofils der Bank. Während die Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung vor allem auf die Risiken eingehen, die aus dem Geschäftsbetrieb erwachsen, beinhaltet die Geschäftsstrategie auch die damit verbundenen Chancen. Über die Chancen wird im Rahmen der regelmäßigen Managementinformation berichtet.

Die Steuerung der Risiken und Prozesse erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie unter Berücksichtigung bankinterner Anforderungen und in Angemessenheit der Art, des Umfangs und der Komplexität der Geschäftsaktivitäten der IBB.

Eine Funktionstrennung von risikoeingehenden und risikoüberwachenden Bereichen ist vollständig von der Vorstandsebene bis zu den operativen Abteilungen umgesetzt. Der Vorstand hat wichtige Funktionen an ein von den risikoeingehenden Einheiten unabhängiges Risikocontrolling delegiert, das als Abteilung dem Bereich Controlling zugeordnet ist. Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten der Abteilung Risikocontrolling sind

- die Identifizierung, Messung, Limitierung und Überwachung sowie die Berichterstattung der für die IBB relevanten Risiken,
- die Ableitung von Handlungsvorschlägen zur Steuerung der relevanten Arten von Risiken,
- die Realisierung eines permanenten Prozesses zur Kontrolle und Weiterentwicklung der angewandten Modelle, Methoden und Prozesse zur Risikoquantifizierung, -überwachung und -steuerung sowie
- die Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen.

Die Risikosteuerung wird innerhalb der genehmigten Limite und Kompetenzstufen vom Vorstand und von den operativen Einheiten wahrgenommen.

Die Darstellung der Gesamtbankrisikosituation gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsorgan der IBB erfolgt quartalsweise in Form eines umfassenden Risikoberichtes, der einen Überblick über sämtliche Risiken der Bank gibt. Dabei werden insbesondere Aussagen zur aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnung und zur Auslastung der jeweiligen Risikolimite getroffen.

Die Revision ist als organisatorisch unabhängige Organisationseinheit direkt dem Vorstand unterstellt und überwacht die Einhaltung der Kriterien und Abläufe zur Risikoüberwachung und -steuerung durch interne Prüfungen. Sämtliche Prozesse und Verantwortlichkeiten der Risikoüberwachung und -steuerung sind in einem Handbuch Risiko schriftlich dokumentiert und im Intranet der Bank veröffentlicht.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft, in Abstimmung zur Geschäftsstrategie sowie zur operativen und Mittelfristplanung der Bank aktualisiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

Risikoarten

Die wesentlichen Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist, sind banktypische Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit. Im Risikocontrolling unterscheidet die IBB zwischen den Risikoarten:

- ↳ Adressenausfallrisiko
 - ↳ Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten-, Anteilseigner- und Länderrisiko
- ↳ Spreadrisiko
- ↳ Beteiligungsrisiko
- ↳ Marktpreisrisiko (Zinsänderungsrisiko)
- ↳ Operationelles Risiko
- ↳ Liquiditätsrisiko
- ↳ Sonstiges Risiko

Die eingegangenen Risiken werden auf der Ebene der Gesamtbank erfasst, unabhängig davon, in welcher Organisationseinheit die Risiken verursacht wurden, und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank durch ein abgestimmtes System von Risikolimiten und organisatorischen Maßnahmen begrenzt. Vom Risikomanagement nicht erfasst sind lediglich Management- und Reputationsrisiken.

Inanspruchnahme von Erleichterungsregelungen

Die IBB nimmt die folgenden, nach KWG und den MaRisk möglichen wesentlichen Erleichterungsregeln in Anspruch:

Das Länderrisiko wird weiterhin nicht separat limitiert, da es für das Förderkreditportfolio unwesentlich ist. Für das Geld- und Kapitalmarktportfolio der Bank wird das Spektrum an Engagements, welche ein Länderrisiko induzieren, im Rahmen der Globalvorlage festgelegt, regelmäßig überprüft und durch den Vorstand der IBB beschlossen. Zur Identifikation von Risikokonzentrationen aus Länderrisiken erfolgt im Risikocontrolling der Bank mindestens einmal jährlich eine Analyse. Eine Berichterstattung an den Vorstand und eine Überprüfung der Angemessenheit der Inanspruchnahme der Erleichterungsregelung bezüglich der Länderrisiken erfolgen mindestens einmal jährlich.

Das Anteilseignerrisiko resultiert aus den strategischen Beteiligungen der IBB. Aufgrund des geringen Verlustrisikos (Anteil am Gesamtbankrisiko < 0,5 %) der strategischen Beteiligungen der IBB wird das Anteil-

seignerrisiko als nicht wesentliches Risiko klassifiziert. Ungeachtet dessen wird das Anteilseignerrisiko als Bestandteil des Adressenausfallrisikos monatlich ermittelt und bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung. Dazu werden monatlich die Verlustrisiken der wesentlichen Risikoarten grundsätzlich auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 % mit einem Risikohorizont von einem Jahr gemessen und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Risikomindernde Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten werden nicht berücksichtigt. Ziel ist die Sicherstellung eines langfristigen Going Concern der Bank.

Im Berichtsjahr wurden folgende wesentlichen Änderungen im Risikomanagementsystem vorgenommen:

Für das Förderkreditportfolio werden nunmehr auch kalkulatorische Verlustrisiken aus Rating-Migrationen betrachtet. Die Adress- und Spreadrisiken werden jetzt branchenüblich und komplexitätsreduzierend additiv gemessen und nicht mehr integriert. Das operationelle Risiko wird mittels des aus dem Aufsichtsrecht übernommenen Basisindikatorverfahrens gerechnet, da das Value-at-Risk-Modell zu erkennbar nicht sinnvollen Risikoausweisen geführt hat. Die Haltedauer für Zinsänderungsrisiken wurde von 10 auf 63 Tage erhöht.

Zum 31.12.2013 betrug die Auslastung des zur Verfügung gestellten Risikodeckungspotenzials 53 %. Damit sank vergleichsweise zum 31.12.2012 die Auslastung des Risikodeckungspotenzial-Limits um 26 Prozentpunkte. Die Entlastung der Risikokennzahlen ist auf verschiedene, teilweise gegenläufige Effekte zurückzuführen:

Zum einen resultiert die Entlastung aus der weiteren Reduzierung der Risikopositionen im Zusammenhang mit der De-Risking-Strategie, die im Berichtsjahr abgeschlossen wurde, sowie einem positiven Ratingtrend im Kreditportfolio. Positiv bemerkbar hat sich auch die teilweise Gewinnthesaurierung gemacht. Darüber hinaus gab es eine Reihe von Modellweiterentwicklungen, die die Genauigkeit des Modells verbessert haben und in Summe zu einer geringeren Risikoauslastung führten. Aus diesem Grunde sind jedoch die aktuellen Zahlen mit den Vorjahreszahlen nur bedingt vergleichbar. Die wertorientierte Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2013 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin in Mio. EUR

	31.12.2013		31.12.2012	
Risikodeckungspotenzial – Limit	1.043,0	100 %	851,9	100 %
Adressenausfallrisiko	323,9		331,8	
davon Kreditrisiko	160,7		164,2	
davon Emittenten-, Kontrahentenrisiko	119,2		93,7	
Spreadrisiko	92,5		111,9	
Beteiligungsrisiko	13,5		11,6	
Marktpreisrisiko	30,0		19,3	
Operationelles Risiko	28,2		62,8	
Liquiditätsrisiko	0,3		./.	
Sonstige Risiken (2012 inkl. Liquiditätsrisiko)	8,0		10,0	
Gesamtbankrisiko	496,4	53 %	609,0	79 %

Um das Risikoprofil der Bank auch in Stresssituationen beurteilen zu können, wird außer den Verfahren zur Bestimmung der Verlustrisiken unter normalen Marktbedingungen regelmäßig ein breites Spektrum an Stress- und Szenarioanalysen für alle wesentlichen Risiken und Risikoarten durchgeführt. Zusätzlich werden ggf. anlassbezogen Stresstests durchgeführt. Es werden außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse in geeigneten historischen, hypothetischen und inversen Szenarien abgebildet. Die Angemessenheit der Stress- und Szenarioanalysen sowie deren zugrunde liegende Annahmen werden mindestens jährlich überprüft und die Ergebnisse bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden. Alle das Risikoprofil der Bank betreffenden Entscheidungen oder Festlegungen orientieren sich an der Risikotragfähigkeit der IBB.

Adressenausfallrisiko

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die IBB das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern.

Der operative Handlungsrahmen des Kreditportfolio-Managements umfasst außer der unterjährigen Überwachung der Entwicklung der Kreditportfolioqualität auch das Monitoring der wesentlichen Einzelkreditnehmer bzw. der portfoliostrukturbezogenen Risikotreiber. Die Quantifizie-

rung und Überwachung des Verlustpotenzials aus Adressenausfallrisiken erfolgt über die Risikokennzahl Credit Value at Risk (CVaR) mit einem 99%-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

Die Bestimmung der Adressrisiken für das Geld- und Kapitalmarktportfolio und seit 2013 auch für das Förderkreditportfolio erfolgt mit einem Mark-to-Model-Ansatz, der auch das Risiko von Migrationen zwischen den Ratingklassen berücksichtigt.

Ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements für Adressenausfallrisiken in der IBB ist der Einsatz eines Limitsystems, welches ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen der Verlustrisiken verhindern soll. Die zentrale Limitüberwachung auf Portfolioebene erfolgt durch das Risikocontrolling.

Darüber hinaus werden Limite für Global- und Einzelgeschäfte vom Vorstand beschlossen. Die Einhaltung der Limite wird durch den Bereich Kreditbetreuung täglich überwacht.

Die IBB hat zu zentralen Fragestellungen des Kreditportfolios ein Kreditkomitee eingerichtet, das sich mit Risikofragen im Förderkreditgeschäft und im Geschäft mit institutionellen Kunden beschäftigt. Außerdem werden dort auch alle die Kreditbearbeitung betreffenden operationellen Risiken erörtert.

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbemessung wendet die IBB den Kreditrisiko-Standardansatz nach § 24 SolvV an.

In einem mindestens jährlichen Turnus werden wesentliche Modellparameter der Kreditrisikomodelle, wie Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten, Korrelationsparameter oder Risikofaktoren, auf ihre Validität überprüft und erforderlichenfalls angepasst.

Die IBB nutzt in nennenswertem Umfang Sicherheiten, insbesondere öffentliche Bürgschaften sowie Realsicherheiten, zur Minderung ihrer Adressrisiken.

Kreditrisiko

Im Fokus des Kreditgeschäftes der IBB steht, entsprechend ihrem Förderauftrag, die Region Berlin. Die Kreditrisiken der Bank resultieren im Wesentlichen aus den Geschäftsfeldern Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung. Aufgrund der Struktur des Kreditportfolios ist die Entwicklung der Risiken der IBB auch weiterhin eng mit der Entwicklung des Berliner Marktes für Wohnimmobilien verbunden.

Aus den öffentlich verbürgten Förderdarlehen und den Darlehen nicht im Risiko der IBB (z. B. Landesmittel) entstehen für die IBB keine Adressenausfallrisiken. Diese sind dennoch Gegenstand des Kreditrisikomanagement-Prozesses. Die Refinanzierung der Förderdarlehen im aktuellen IBB-Portfolio erfolgte durch die Aufnahme von Mitteln am Geld- und Kapitalmarkt, aber auch durch Mittel des Landes Berlin oder der Europäischen Union.

Kredite nicht im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Ratingklasse	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet
Ausfallwahrscheinlichkeit	< 0,2	0,3 bis 0,9	1,3 bis 6,7	10,0 bis 45,0	Ausfall	5,1

Kredite im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet	Gesamt	mCVaR ¹
Wirtschaftsförderung	734,4	1.487,5	425,2	14,5	3,6	7,0	2.672,1	24,6
Mietwohnungsbau	2.689,6	2.901,6	600,4	98,5	133,2	93,1	6.516,4	101,1
Eigentumsmaßnahmen	9,5	179,4	575,4	19,9	53,9	2,6	840,7	34,9
Inanspruchnahme Gesamt	3.433,7	4.570,1	1.601,1	132,9	200,1	102,8	10.040,7	160,7
in %	34,2	45,5	15,9	1,3	2,0	1,0	100,0	—
(marginaler) CVaR	17,1	55,6	63,9	17,2	0,0	6,9	160,7	—
in %	10,6	34,6	39,8	10,7	0,0	4,3	100,0	—

¹ marginaler Credit Value at Risk

Kredite nicht im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet	Gesamt
Wirtschaftsförderung	10,3	1,6	2,8	0,1	45,4	65,5	125,7
Mietwohnungsbau	639,9	1211,2	814,1	387,6	733,5	378,5	4164,7
Eigentumsmaßnahmen	59,5	52,4	17,2	2,0	26,7	0,7	158,4
Inanspruchnahme Gesamt	709,7	1265,2	834,1	389,7	805,6	444,6	4448,8
in %	16,0	28,4	18,7	8,8	18,1	10,0	100,0

Emittenten- und Kontrahentenrisiko

Emittenten- und Kontrahentenrisiken des IBB-Portfolios resultieren aus den Geld- und Kapitalmarkt-Engagements des Geschäftsfeldes Treasury. Die Engagements werden ausschließlich in klassischen Instrumenten, wie beispielsweise Termingeldern, Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, getätigt. Strukturierte Kreditprodukte sind nicht Bestandteil des Portfolios.

Inanspruchnahme Geld- und Kapitalmarktgeschäft nach Ratingklassen in Mio. EUR

Rating	1–3	4–7	8–12	13–15	Ausfall	ungeratet	Gesamt	Marg. CVaR
IA Gesamt	6.263,6	66,6	0,0	0,0	0,0	0,0	6.330,2	119,2

Anteilseignerrisiko

Anteilseignerrisiken bestehen für die IBB insbesondere in potenziellen Verlusten, die aus der Bereitstellung von Eigenkapital oder Krediten an Unternehmen entstehen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Die daraus entstehenden Risiken werden durch das Risikocontrolling ermittelt und überwacht. Die Steuerung der Anteilseignerrisiken erfolgt im Beteiligungsmanagement der IBB.

Aufgrund der Unwesentlichkeit des Anteilseignerrisikos für die Bank wurde für diese Risikoart kein Verlustrisikolimit festgelegt. Eine Berichterstattung zu dem Anteilseignerrisiko erfolgt nur bei wesentlichen Änderungen der Risikoposition.

Spreadrisiko

Die Bank definiert Spreadrisiken als Verlustrisiken aus systematischen und kreditnehmerspezifischen, marktinduzierten Veränderungen der Credit Spreads über alle Ratingklassen innerhalb des Solvenzbereiches hinweg. Spreadausweitungen können selbst bei unveränderter Ratingeinstufung von Adressen des Geld- und Kapitalmarktes erfolgen und erhebliche Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit der Bank haben.

Spreadrisiken entstehen für die Bank ausschließlich aus Positionen des Geld- und Kapitalmarktportfolios und sind innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung limitiert. Außerdem werden regelmäßig im Rahmen eines Asset-Liability-Committee Handlungserfordernisse abgestimmt. Die Risikolimitüberwachung erfolgt monatlich auf Portfolioebene.

Die Adressenausfall- und Spreadrisiken des Portfolios werden seit dem Berichtsjahr additiv berücksichtigt, d. h. ohne Berücksichtigung etwaiger Diversifikationseffekte.

Die Bank steuert und überwacht das Spreadrisiko mittels der Kennzahl Credit Spread Value at Risk (CSVaR) gerechnet mit einem 99%-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

Spreadrisiken (CSVaR) nach Ratingklassen und Branchen, in Mio. EUR

Rating	1			2-3	4-7	8-12	13-15	CSVaR 2013	CSVaR 2012
	AAAA/AAA	AA+/AA-	A+/A/A-						
Banken und Versicherungen des Inlands	7,7	2,2	2,9	3,4	0,0	0,0	0,0	16,1	17,4
Banken und Versicherungen des Auslands	1,1	11,8	22,9	0,0	1,2	0,0	0,0	37,0	44,5
Öffentliche Hand Inland	3,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,9	0,0
Öffentliche Hand Ausland	4,6	17,1	9,9	0,0	0,0	0,0	0,0	31,6	45,2
Corporates	0,0	0,0	3,8	0,0	0,0	0,0	0,0	3,8	4,8
Summe CSVaR								92,5	111,9

Die wesentlichen Risikofaktoren für die Entwicklung der Spreadrisiken im Geld- und Kapitalmarktportfolio stellen Credit-Spread-Veränderungen der Branchen Banken und Öffentliche Hand Ausland sowie die gegenüber dem Vorjahr weiter gesunkene Risikoposition dar, die insgesamt zu einer spürbaren Verringerung des CSVaR von 111,9 Mio. EUR auf 92,5 Mio. EUR geführt haben.

Das Spreadrisiko für die Branche Banken und Versicherungen des Auslands beträgt nur noch 37,0 Mio. EUR gegenüber 44,5 Mio. EUR im Vorjahr und ist damit deutlich rückläufig, ebenso wie für die Branche Öffentliche Hand Ausland.

Auch das Exposure in den südeuropäischen Krisenstaaten ist weiter rückläufig. Zum Berichtsstichtag bestehen im Wertpapierportfolio saldiert keine stillen Lasten.

Ausländische Wertpapiere mit dem Fokus PIIGS-Staaten in Mio. EUR (Stichtag 31.12.2013 und 31.12.2012)

Land	Nominal		Buchwert		Marktwert	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Spanien	55,0	75,0	56,2	72,3	58,5	72,3
davon Staat	55,0	55,0	56,2	54,5	58,5	54,5
Italien	150,0	308,0	151,7	307,9	159,5	311,1
davon Staat	150,0	150,0	151,7	152,2	159,5	155,5
Gesamt PIIGS	205,0	383,0	207,9	380,2	218,0	383,5
Sonstige Länder	3.928,5	3.111,1	3.962,5	3.129,0	4.068,1	3.287,2
Gesamt	4.133,5	3.494,1	4.170,5	3.509,2	4.286,1	3.670,7

Beteiligungsrisiko

Um die Risiken des Venture-Capital-Portfolios der IBB bestimmen und steuern zu können, verwendet die IBB ein erweitertes Kreditrisikomodell. Das Modell berücksichtigt die Risiken der VC-Gesellschaften, die wiederum Beteiligungen an Unternehmen eingehen. Das Ziel dieser Gesellschaften ist es, aus dem Beteiligungsportfolio eine positive Rendite durch die Wertmaximierung der Portfoliounternehmen zu erzielen. Das verwendete Modell bestimmt das erforderliche ökonomische Kapital einer Beteiligungsposition als Value at Risk eines Portfoliomodells und bestimmt im Durchschauprinzip das Kredit- und das Marktpreisrisiko in einem integrierten Modellansatz. Das Modell quantifiziert dabei das Risiko aufgrund von Verlustereignissen aus den Beteiligungspositionen auf einen Risikohorizont von einem Jahr. Als Verlustrisiko werden dabei sowohl das Ausfallrisiko als auch das Risiko, dass am Risikohorizont der Wert des Eigenkapitals niedriger ist als auch der risikolos aufgezinste Betrag des investierten Kapitals, berücksichtigt.

Entwicklung des Beteiligungsrisikos in Mio. EUR

	31.03.2013	30.06.2013	30.09.2013	31.12.2013
Beteiligungsrisiko Konzern ¹	12,0	12,4	12,9	13,5

¹ Die Quartalsangaben stellen Stichtagswerte per Quartalsultimo dar.

Gefährdete Engagements und Risikovorsorge

Die Bearbeitung von Intensiv- und Problemkrediten obliegt grundsätzlich auf die Sanierung bzw. Abwicklung von Krediten spezialisierten Mitarbeitern in dem gesonderten Bereich Kreditrisikobetreuung. Für die erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Die Bank unterscheidet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen in Anlehnung an IAS 39 und Rückstellungen im Kreditgeschäft. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden einzeln wertberichtigt. Die Höhe einer erforderlichen Risikovorsorge wird dabei unter Berücksichtigung der Werthaltigkeit der Besicherung bestimmt. Für ausfallgefährdete Forderungen der Segmente Eigentumsmaßnahmen und Mikrodarlehen (Mengengeschäft) erfolgt die Ermittlung des erforderlichen Risikovorsorgebedarfs mittels eines maschinellen, pauschalierten Verfahrens. Neben der Identifizierung der Verlustereignisse für einzelne Forderungen werden in dem Verfahren vorhandene Sicherheiten vertragsindividuell berücksichtigt. Zur weiteren Abschirmung latenter Risiken auf Forderungen bildet die IBB für alle nicht individuell oder pauschaliert einzelwertberichtigten Forderungen eine Portfoliowertberichtigung. Der gesamte Risikovorsorgebestand (ohne § 340f und §340g HGB) verringerte sich im Berichtsjahr durch Inanspruchnahme des Bestandes sowie Auflösung von Risikovorsorge von 92,8 Mio. EUR auf 75,7 Mio. EUR.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Mio. EUR

	31.12.2013	31.12.2012
Einzelwertberichtigungen	35,1	36,1
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	21,0	25,5
Portfoliowertberichtigungen	16,9	19,3
Rückstellungen im Kreditgeschäft	2,7	11,9
Risikovorsorge Gesamt	75,7	92,8

Für die allgemeinen Bankrisiken bestehen darüber hinaus Vorsorgereserven gemäß § 340f und § 340g HGB.

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird in der IBB der potenzielle Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an den Finanzmärkten für die Positionen im Bankbuch der IBB entstehen kann, definiert. Die Marktpreisrisiken entstehen für die Bank aus Zinsänderungsrisiken. Das Preisrisiko von Eigenkapitaltiteln ist für die IBB unwesentlich.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt durch das Treasury der IBB. Die Bank steuert und überwacht die Marktpreisrisiken über einen Value-at-Risk-Ansatz mittels Historischer Simulation. Der Value at Risk wird für die tägliche Steuerung mit einem Konfidenzniveau von 99 % bei einer Haltedauer von 63 Tagen ermittelt. Der Value-at-Risk-Ansatz der IBB berücksichtigt die relevanten Risikofaktoren wie Zinssätze oder Volatilitäten sowie die Diversifikationseffekte zwischen den verschiedenen Teilportfolios. Als Steuerungsinstrumente werden Zinsswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 betrugen die risikomindernden Effekte aus den Swap-Positionen 48,4 Mio. EUR. Ergänzt werden die Value-at-Risk-Berechnungen durch verschiedene Szenarien. Neben besonderen Kurvenbewegungen sind auch Sensitivitätsanalysen, der aufsichtsrechtliche Zinsschock und inverse Stresstests Bestandteile der Analysen zum Marktpreisrisiko.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt über ein System mit Limiten und Vorwarnstufen, die das Verlustpotenzial aus Marktpreisrisiken, unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit, begrenzen. Die Risikolimits werden mindestens einmal jährlich überprüft und vom Vorstand genehmigt.

Zur Überprüfung der Angemessenheit der Prognosegüte des Modells führt die IBB quartalsweise ein Backtesting nach dem Baseler Ampel-Konzept durch. In 2013 wurden lediglich zwei Ausreißer festgestellt. Damit hat das Risikomodell, auch in einem volatilen Marktumfeld, seine hohe Prognosegüte bestätigt.

Die Bestimmung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Die Einhaltung des aufsichtsrechtlichen Grenzwertes von 20 % wird in der IBB täglich geprüft. Der Risikobetrag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war für das Geschäftsjahr 2013 jederzeit kleiner als 20 % der Eigenmittel.

Im Rahmen der Risikoberichterstattung wird der Vorstand über die Risikoentwicklung, die Limitauslastung sowie die Entwicklung des Barwertes des Zinsbuches informiert. In der monatlichen Berichterstattung werden darüber hinaus die Ergebnisse aus Stress- und Szenariorechnungen analysiert. Überschreitungen von Limiten kamen im Berichtsjahr 2013 nicht vor.

Marktpreisrisiken nach Portfolien in Mio. EUR

Value at Risk, 99% Konfidenzniveau, 10 Tage Haltedauer, ab 30.09.2013 63 Tage Haltedauer					
Portfolio	31.12.2012	31.03.2013	30.06.2013	30.09.2013	31.12.2013
Limitauslastung Bankbuch	38,6 %	37,6 %	39,9 %	45,4 %	42,9 %
Bankbuch	19,3	18,8	19,9	31,8	30,0
Kreditportfolio	19,4	18,6	19,6	32,0	30,0
Asset- und Geldmarkt-Portfolio	1,6	1,6	1,8	4,7	5,4

Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) bzw. Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht nachzukommen und durch eine stetige Präsenz an den Geld- und Kapitalmärkten eine angemessene Refinanzierungsbasis sicherzustellen. Verantwortlich für die Liquiditätssteuerung ist der Bereich Treasury.

Durch die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin sowie das Land Berlin als alleiniger Eigentümer war die IBB auch im Jahr 2013 jederzeit in der Lage, sich mit ausreichend Liquidität zu einem angemessenen Preis in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wird sichergestellt, dass keine Liquiditätsengpässe entstehen können. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Min-

destreserve. Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenwerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

Operationelles Risiko

Die IBB definiert operationelle Risiken analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Das Ziel der Bank besteht darin, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verlustpotenziale durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Aus diesem Grund wurde ein transparenter Prozess von der Identifizierung, der Offenlegung bis zur Umsetzung der Maßnahmen zur Risikoreduzierung umgesetzt. In diesen Prozess sind alle Organisationseinheiten eingebunden.

Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind:

- die jährlich durchgeführte Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung in Form eines Self-Assessments und
- die interne intranetbasierte Schadensfallsammlung des Operational Risk Centers (ORC).

Das operationelle Risiko wird seit 2013 in der IBB mittels des aus dem Aufsichtsrecht übernommenen Basisindikatorverfahrens gerechnet, da das Value-at-Risk-Modell zu erkennbar nicht sinnvollen Risikoausweisen geführt hat. Die Auslastung des Risikos betrug zum 31.12.2013 28,2 Mio. EUR. Für Stressszenarien wird der Operational Value at Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einem Risikohorizont von einem Jahr gerechnet. Die Datengrundlage des Modells bilden neben internen Schadensfalldaten auch Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR).

Im Rahmen eines Self-Assessments bewerten die Organisationseinheiten der Bank in einem Bottom-up-Ansatz Risikopotenziale in der Struktur der Baseler Ereigniskategorien quantitativ mit dem Ziel einer monetären Bewertung. Darüber hinaus werden qualitative Risikoindikatoren, die als Frühwarnindikatoren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikofelder hinweisen, erfasst und überwacht.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadensfällen, die aus dem Eintritt bestimmter operationeller Risiken resultieren, hat die IBB Versicherungen abgeschlossen.

Risikokonzentrationen

Bei der Ausgestaltung der Risikosteuerungs- und -controlling-Prozesse der Bank werden die Auswirkungen vorhandener Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen und der damit verbundenen Ansteckungsrisiken kommen in der IBB verschiedene Verfahren zur Anwendung. Im Fokus der Überwachung und Steuerung von Risikokonzentrationen stehen das Adressenausfall- und das Spreadrisiko. Risikokonzentrationen können aus Adressenausfall- und Spreadrisiken entstehen, wenn der Anteil einzelner Kreditnehmer oder einer Gruppe von Kreditnehmern in Relation zu dem Gesamtportfolio groß ist oder einzelne Kreditnehmer oder eine Gruppe von Kreditnehmern demselben Wirtschaftszweig oder derselben geografischen Region angehören und somit von denselben systematischen Risikofaktoren abhängig sind.

Es werden verschiedene Konzentrationsmaße eingesetzt. Darüber hinaus werden die Kredit-Inanspruchnahme und der marginale Credit (Spread) Value at Risk verwendet. Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden der Vorstand und das Aufsichtsorgan der IBB quartalsweise über die Entwicklung der Kennzahlen informiert.

Das Portfolio der IBB weist sowohl in Bezug auf einzelne Kreditnehmer als auch in Bezug auf Länder, Branchen, Kreditsicherheiten und Ertragsquellen eine ausgeprägte ungleiche Verteilung der Risiken auf. Das hohe Maß an Risikokonzentrationen in den Segmenten Mietwohnungsbau und Wirtschaftsförderung sowie die Konzentration auf Deutschland, insbesondere die Region Berlin, sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck des Regionalbankencharakters der IBB. Eine aktive Steuerung der Adressenrisikokonzentration im Kreditportfolio, beispielsweise durch Anwendung von Kreditverkäufen oder Verbriefung von Kreditforderungen, ist in der IBB insbesondere aufgrund förderspezifischer Restriktionen kaum möglich. Die Steuerung des Kreditportfolios fokussiert sich daher auf das Ausschöpfen des vorhandenen (Förder-)Neugeschäftspotenzials sowie auf eine intensive Kundenbetreuung für Kreditnehmer mit einem überdurchschnittlich hohen Risikoanteil.

Das Geld- und Kapitalmarktportfolio der IBB ist durch ein hohes Portfoliogewicht der Branche Banken geprägt. Zur Reduzierung der potenziellen Auswirkungen dieser Risikokonzentration auf das Risikoprofil der Bank wird das Geld- und Kapitalmarktportfolio sukzessive umgeschichtet.

Für das Marktpreisrisiko bestehen – wie bei fast allen Kreditbanken – Risikokonzentrationen hinsichtlich des Risikofaktors Zinsänderungen.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Inventur und der quartalsweise erfolgenden Bestimmung eines Operational Value at Risk ist die IBB in der Lage, aus operationellen Risiken, sowohl auf Organisationsebene als auch auf der Ebene der Baseler Ereigniskategorien, Risikokonzentrationen zu identifizieren. Bisher wurden dabei keine Risikokonzentrationen identifiziert, aus denen ein Handlungsbedarf resultiert.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Die Einrichtung und wirksame Unterhaltung des den Umständen und Risiken des Unternehmens angemessenen internen Kontrollsystems (IKS) sowie Risikomanagementsystems (RMS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess liegt in der Verantwortung des Bereiches Finanzen und ist über Arbeitsanweisungen in allen Bereichen der Bank verankert.

Ziel eines rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Sicherstellung der Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Das interne Kontrollsystem unterstützt die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Tätigkeit, sichert die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und die Einhaltung maßgeblicher gesetzlicher Vorschriften sowie interner Managementvorgaben und dient dem Schutz des betrieblichen Vermögens.

Der Rechnungslegungsprozess, der sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses umfasst, ist in einer Schriftlich Fixierten Ordnung in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen niedergelegt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Finanzen.

Der Rechnungslegungsprozess wird durch Standardsoftware unterstützt, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen ist ein Vier-Augen-Prinzip nach den betriebsinternen Erfordernissen gegeben, wobei eine laufende Weiterentwicklung erfolgt. Systematische Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche dienen sowohl der Vollständigkeitskontrolle als auch der Fehlervermeidung und -entdeckung. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Die korrekte rech-

nungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte wird durch die Einbindung des Bereiches Finanzen in den Neue-Produkte-Prozess sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Risikomanagements der operationellen Risiken. Als wesentlich bewertete Risikopotenziale werden im Rahmen der Risikoberichterstattung der Bank an den Vorstand kommuniziert, erforderliche Maßnahmen abgeleitet, deren Umsetzung wird überwacht.

System- und Betriebsrisiken

IT-Risiken aus Hardwareausfällen wird sowohl durch organisatorische als auch durch technische Maßnahmen entgegengewirkt (gefächerte Rufbereitschaft der IT-Spezialisten, Redundanzen für die Hardware der unternehmenskritischen Anwendungen, Wartungsverträge mit kurzer Reaktionszeit). Auch im Geschäftsjahr 2013 wurde die Ausfallsicherheit der für die Bank wesentlichen Anwendungen (insbesondere des juristischen Systems SAP) und der zugehörigen Infrastruktur durch entsprechende Tests und Simulationen bestätigt. Zur Gewährleistung der Ausfallsicherheit stehen ein Backup-RZ und eine Notstromversorgung zur Verfügung.

Die Gefahr des unautorisierten Zugriffs auf Unternehmensdaten wird durch Zugriffsrechte minimiert. Unbefugte Zugriffe von außen werden durch eine hochverfügbare DMZ (demilitarisierte Zone mit mehreren Firewalls) abgewehrt. Gegen Viren- und andere Schadprogramme wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen implementiert. Die Notfallplanung wird regelmäßig an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst.

Geordnete Arbeitsabläufe werden durch eindeutige Kompetenz-, Unterschriften- und Vertretungsregelungen sichergestellt. Die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Einhaltung der einschlägigen Rege-

lungen wird kontinuierlich durch eine prozessunabhängige Prüfung und Beratung durch die interne Revision überwacht und gewährleistet.

Weiteren möglichen Betriebsrisiken – zum Beispiel durch längeren Stromausfall, schwerwiegende IT-Störungen oder zur Abwehr einer Pandemie – begegnet die IBB mit einem geregelten Krisenmanagement.

Zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der ergriffenen Schutzmaßnahmen wurde in 2013 ein Projekt zum Informationssicherheitsmanagement, das sich an den gängigen BSI-Standards ausrichtet, implementiert.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Sie entstehen extern aus Veränderungen der Rechtslage und Rechtsbeziehungen sowie intern aus schadenstiftendem Fehlverhalten, unzureichender Rechtsanwendung oder Organisationsmängeln. Sie lassen sich vorrangig unterteilen in:

- Risiken aus neuer Gesetzgebung und Rechtsprechung,
- Risiken aus Verträgen und Bescheiden und
- Haftungsrisiken.

Die Steuerung von Rechtsrisiken ist eine wesentliche Aufgabe des Stabs Recht. Zur Minimierung dieser Risiken werden die Bereiche und Abteilungen durch den Stab Recht unterstützt.

Risiken aus bekannten, an die Bank herangetragenen Rechtsfragen sind durch Rückstellungen abgedeckt.

Personalrisiken

Das Personalrisikomanagement dient der Identifikation und Überwachung von Personalrisiken. Durch geeignete Maßnahmen und Steuerung der Risiken sollen diese verhindert bzw. minimiert werden.

Um dies zu erreichen, orientiert sich sowohl die quantitative als auch die qualitative Personalausstattung an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie an der Risikosituation.

Der quantitative Personalbedarf wird einmal jährlich im Rahmen der Jahresplanung bestimmt und damit kontinuierlich fortgeschrieben.

Gleichzeitig sichert und steigert der an den Unternehmenszielen ausgerichtete Weiterbildungsprozess das Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Der Schwerpunkt zur Gewinnung von Fachkräften liegt auf der

Ausbildung und internen Nachwuchsförderung. Diese Maßnahmen sollen eine strukturierte und bedarfsorientierte Entwicklung fördern sowie einem möglichen Fachkräftemangel infolge der demografischen Entwicklung entgegenwirken. Durch eindeutige Prozesse für Vertretungsregelungen und Nachbesetzungen wird das potenzielle Risiko des Verlustes von Wissen erfolgreich vermieden.

Im Rahmen der Risikoinventur werden qualitative Personalrisiko-Indikatoren für operationelle Risiken bewertet und an den Vorstand berichtet.

Die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB steht im Einklang mit den Zielen, die in den Strategien der IBB niedergelegt sind. Durch die Ausrichtung des Vergütungssystems sollen schädliche Anreize, die das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen fördern könnten, vermieden werden.

Durch festgelegte Personalkennzahlen werden mögliche Personalrisiken transparent und somit steuerbar gemacht.

Sonstige Risiken

Detailvereinbarung

Die Detailvereinbarung vom 16.04.2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft (Landesbank Berlin, Berlin-Hannoversche Hypothekenbank und Investitionsbank Berlin) und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30.08.2002 geregelt, der die IBB am 10.08.2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist von der Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen.

Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30.08.2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung

vom 10.08.2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Durch die oben erwähnten Modelländerungen sind die Veränderungen in der Risikotragfähigkeit zwischen den Jahren 2012 und 2013 nur bedingt vergleichbar. Die Modelländerungen führten jedoch zu einer Erhöhung der Genauigkeit des Modells. Die Risikoposition der Bank hat sich in 2013 durch den weiteren Abbau von Risiken im Wertpapierportfolio und durch den positiven Ratingtrend weiter verbessert.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2013 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der SolvV-Kennziffer betrug zwischen 18,7 % und 21,1 % und lag damit deutlich über dem geforderten Wert.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2013

Der in diesem Geschäftsbericht wiedergegebene Jahresabschluss der Investitionsbank Berlin (Einzelabschluss) zum 31. Dezember 2013 wurde nach handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Daneben hat die Investitionsbank Berlin zum 31. Dezember 2013 auch einen Konzernabschluss auf Grundlage der International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt, der im Internet unter www.ibb.de eingesehen werden kann.

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite in TEUR	31.12.2013	31.12.2012
1. Barreserve	24.259	19.460
a) Kassenbestand	8	10
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	24.251	19.450
darunter: bei der Deutschen Bundesbank:	24.251	19.450
3. Forderungen an Kreditinstitute	1.363.766	1.713.954
a) täglich fällig	88.113	76.084
b) andere Forderungen	1.275.653	1.637.870
4. Forderungen an Kunden	14.400.924	14.217.092
darunter:		
durch Grundpfandrechte gesichert:	6.856.446	7.026.540
Kommunalkredite:	5.556.163	4.235.277
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.225.179	3.556.219
a) Geldmarktpapiere		
ab) von anderen Emittenten	9.964	54.883
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	9.964	4.996
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	1.227.070	1.280.358
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.175.094	1.228.260
bb) von anderen Emittenten	2.988.145	2.220.978
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.928.985	2.156.928
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	150.000	150.000
7. Beteiligungen	2.055	1.335
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	92.337	98.937
9. Treuhandvermögen	150.023	124.037
darunter: Treuhandkredite	150.023	124.037
11. Immaterielle Anlagewerte	334	385
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	334	385
12. Sachanlagen	28.694	30.975
14. Sonstige Vermögensgegenstände	1.297	1.868
15. Rechnungsabgrenzungsposten	27.598	21.193
Summe der Aktiva	20.466.465	19.935.455

Passivseite in TEUR	31.12.2013	31.12.2012
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.891.226	4.394.780
a) täglich fällig	85.598	12.382
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.805.628	4.382.398
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.030.168	8.112.531
b) andere Verbindlichkeiten		
ba) täglich fällig	778.557	433.733
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7.251.610	7.678.798
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	7.195.940	6.123.939
a) begebene Schuldverschreibungen	7.195.940	6.123.939
4. Treuhandverbindlichkeiten	150.023	124.037
darunter: Treuhandkredite	150.023	124.037
5. Sonstige Verbindlichkeiten	5.471	5.537
6. Rechnungsabgrenzungsposten	123.444	150.515
7. Rückstellungen	176.808	182.800
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	88.449	81.049
c) andere Rückstellungen	88.358	101.751
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	204.311	144.311
12. Eigenkapital	689.076	697.005
a) Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	300.000	300.000
c) Gewinnrücklagen		
cd) andere Gewinnrücklagen (Zweckrücklage)	352.180	313.138
d) Bilanzgewinn	36.897	83.867
Summe der Passiva	20.466.465	19.935.455
Posten unter dem Bilanzstrich		
1. Eventualverbindlichkeiten	122.533	109.335
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	122.533	109.335
2. Andere Verpflichtungen	859.049	975.571
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	859.049	975.571
	981.581	1.084.906

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

Aufwendungen	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Zinsaufwendungen				314.077	348.322
2. Provisionsaufwendungen				656	763
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		39.310			39.794
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		11.020			12.693
darunter : für Altersversorgung	4.651				6.056
			50.330		52.487
b) andere Verwaltungsaufwendungen			24.983		23.316
				75.313	75.803
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				3.707	3.945
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen				26.412	23.423
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				14.666	7.595
darunter: Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	60.000				0
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				0	15.906
13. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen				80	16
15. Jahresüberschuss				36.897	39.517
Summe der Aufwendungen				471.808	515.290
Jahresüberschuss				36.897	39.517
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				0	44.350
Bilanzgewinn				36.897	83.867

Erträge	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	376.809		411.086
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	79.018		85.084
		455.828	496.170
2. Laufende Erträge aus			
b) Beteiligungen		1	3
4. Provisionserträge		8.908	11.434
7. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		897	0
8. Sonstige betriebliche Erträge		6.175	7.683
Summe der Erträge		471.808	515.290

Anhang für das Geschäftsjahr 2013

Allgemeine Angaben

Die Investitionsbank Berlin hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 nach handelsrechtlichen Vorschriften sowie unter Einhaltung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wurden beachtet.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Formblatt 2 (Kontoform) gewählt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich zum Nominalbetrag angesetzt.

Agio- oder Disagiobeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt unter den Positionen Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Kunden. Die Erfolge aus Zinsderivaten werden im Zinsergebnis der Bank dargestellt. Ein- und ausgehende Close-Out-Zahlungen werden mit Fälligkeit in voller Höhe ergebniswirksam vereinnahmt.

Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Wertberichtigungen für Forderungen und Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte Rechnung getragen. Darüber hinaus werden Wertberichtigungen für minderverzinsliche Forderungen aufgrund von Margenverzichten im Zusammenhang mit dem Fördergeschäft gebildet.

In Anlehnung an IAS 39 werden für erkennbare Adressrisiken bei signifikanten Forderungen Einzelwertberichtigungen und bei nicht signifikanten Forderungen pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Zunächst wird geprüft, ob objektive Hinweise vorliegen, die auf eine Wertminderung schließen lassen. Im zweiten Schritt wird untersucht, ob die Forderung tatsächlich im Wert gemindert ist. Die Höhe der Einzel-

wertberichtigung wird durch Abzug des Barwerts aller noch erwarteten Zahlungseingänge vom Buchwert der Forderung ermittelt. Die Höhe der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird durch Multiplizieren des Buchwerts mit einer erwarteten Ausfallrate (loss given default) ermittelt.

Für latente Risiken im Forderungsbestand werden in Anlehnung an IAS 39 Portfoliowertberichtigungen in Höhe des erwarteten Ausfalls unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit, einer Ausfallrate und eines Faktors für die Zeitspanne zwischen dem Erkennen des drohenden Ausfalls und dem Eintritt des Ausfallereignisses gebildet.

Auf Grundlage des Grundsatzes der Einzelbewertung gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB wurde bei Wertpapieren des Anlagevermögens von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 3 in Verbindung mit § 340e HGB (Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip) durchgängig Gebrauch gemacht. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die übrigen Finanzanlagen (Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen) werden zu Anschaffungskosten angesetzt; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Stellungnahme IDW RS BFA 3 wurde im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung zum 31. Dezember 2013 im vollen Umfang beachtet. Zur Ermittlung einer eventuell erforderlichen Drohverlustrückstellung wird die barwertige Betrachtungsweise angewendet. Als Berechnungsgrundlage dient die wertorientierte Risikotragfähigkeit des Bankbuchs. Der Buchwert wird vom Nettovermögen abgezogen, die Risiko- und Verwaltungskosten sowie die institutsspezifischen Refinanzierungskosten für fiktive Schließungsgeschäfte werden im erforderlichen Umfang berücksichtigt.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßig über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer, geringwertige Wirtschaftsgüter sofort abgeschrieben.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (projected unit credit method) unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck. Dabei wurden ein Gehaltstrend/BBG-Trend in Höhe von 2,5 % und ein Rententrend in Höhe von 1,75 % (bzw. 1,0 % bei VBL-Zusagen) berücksichtigt. Der für die Bewertung verwendete Rechnungszins beträgt 4,9 %. Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses werden im Geschäftsjahr erstmals im Zinsüberschuss ausgewiesen. Erfolgswirkungen aus der Änderung sonstiger Bewertungsannahmen sind im Dienstzeitaufwand berücksichtigt. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die übrigen Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst. Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den sonstigen Rückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Grundsätze der Währungsumrechnung

Die Investitionsbank Berlin schließt Geschäfte ausschließlich in der Währung Euro ab.

Erläuterungen zur Bilanz

Fristengliederung gemäß § 9 RechKredV

Forderungen an Kreditinstitute (andere Forderungen)

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
bis drei Monate	275,0	563,2
mehr als drei Monate bis ein Jahr	370,5	433,1
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	448,2	383,4
mehr als fünf Jahre	182,0	258,2
Summe	1.275,7	1.637,9

Forderungen an Kunden

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
bis drei Monate	1.136,4	1.104,3
mehr als drei Monate bis ein Jahr	333,3	909,3
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.649,3	2.520,1
mehr als fünf Jahre	10.281,9	9.683,4
Summe	14.400,9	14.217,1

Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
bis drei Monate	1.742,7	1.654,5
mehr als drei Monate bis ein Jahr	297,5	257,5
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	994,8	1.703,1
mehr als fünf Jahre	770,6	767,3
Summe	3.805,6	4.382,4

Verbindlichkeiten ggü. Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
bis drei Monate	811,2	918,1
mehr als drei Monate bis ein Jahr	106,7	134,6
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	736,0	669,3
mehr als fünf Jahre	5.597,7	5.956,8
Summe	7.251,6	7.678,8

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
darunter im Folgejahr fällig	849,8	715,4

Börsenfähige Wertpapiere

In dem in der Bilanz stehenden Aktivposten sind im folgenden Umfang börsenfähige Wertpapiere enthalten:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.170,5	3.509,2
davon börsennotiert	4.170,5	3.454,3

Für Wertpapiere des Finanzanlagebestandes mit einem Buchwert in Höhe von EUR 491,9 Mio. (Vorjahr TEUR 111.120) wurden Marktwerte in Höhe von EUR 488,8 Mio. (Vorjahr TEUR 111.051) ermittelt. Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 und 4 HGB wurden aufgrund fehlender nachhaltiger Bonitätsverschlechterungen nicht vorgenommen.

Im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) der zuständigen Notenbank für geldpolitische Instrumente als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

An die Deutsche Bundesbank wurden im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente Wertpapiere mit einem Nennbetrag in Höhe von EUR 3.144,5 Mio. (Vorjahr EUR 2.554,5 Mio.) verpfändet und Schuldscheindarlehen mit einem Nennbetrag in Höhe von EUR 655,0 Mio. (Vorjahr EUR 725,0 Mio.) abgetreten. Zum Stichtag wurden Refinanzierungsgeschäfte in Höhe von EUR 420,0 Mio. (Vorjahr EUR 250,0 Mio.) in Anspruch genommen.

Pensionsgeschäfte

Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von EUR 507,9 Mio. (Vorjahr EUR 703,7 Mio.) in Pension gegeben.

Begebene Schuldverschreibungen

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
darunter im Folgejahr fällig	1.910,0	1.815,0

Nachrangige Aktiva

Der Posten Forderungen an Kunden enthält nachrangige Forderungen in Höhe von EUR 1.535,1 Mio. (Vorjahr EUR 1.740,9 Mio.), die analog zum Vorjahr in voller Höhe aus Erklärungen nach § 88 Abs. 3 II. WoBauG resultieren.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0

	Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	33,5	47,1	0,0	0,0

Anteilsbesitz der Investitionsbank Berlin gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Name/Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
verbundene Unternehmen			
IBB-Holding GmbH, Berlin ^{1,3}	100,00	576,0	-304,7
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin ^{2,3}	100,00	8.702,9	104,4
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin ^{2,3}	100,00	18.784,4	-2.900,6
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin ^{2,3}	100,00	38.016,8	-1.577,2
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{2,3}	100,00	15.429,5	803,6
IBB Business Team GmbH, Berlin ^{1,3}	100,00	80,0	0,0
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin ^{1,4}	100,00	35,6	-12,4
Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin ^{1,4}	100,00	-9.711,2	1.080,8
IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG, Berlin ^{1,3}	100,00	343,4	-541,8
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin ^{1,3}	52,50	-10.434,0	-1.976,4
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam ^{1,3}	50,00	55,7	-130,8
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin ^{1,3,5}	31,51	1.325,4	75,6
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ^{1,3}	25,20	1.967,0	538,8
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1,3}	25,20	33,0	1,9
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin ^{1,3}	25,00	797,9	28,4
Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, Berlin ^{1,3}	19,92	2.248,4	-100,7

¹ Jahresabschluss 2012

² Jahresabschluss 2013

³ unmittelbarer Anteilsbesitz der IBB

⁴ mittelbarer Anteilsbesitz; Muttergesellschaft: IBB-Holding GmbH, Berlin

⁵ Verschmelzung der TSB Innovationsagentur Berlin GmbH, Berlin, auf die Berlin Partner GmbH, Berlin, und Umfirmierung zur Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin, zum 1. Januar 2013

Der Anteil der IBB an den Stimmrechten in der Gesellschafterversammlung der Berlin Tourismus & Kongress GmbH beträgt 20,6 %. Der Anteil der IBB an den Stimmrechten in der Gesellschafterversammlung der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG beträgt 20,0 %. Bei allen anderen Gesellschaften entspricht der Kapitalanteil der IBB dem Anteil an den Stimmrechten.

Treuhandvermögen

Die in dieser Position enthaltenen Beträge in Höhe von EUR 150,0 Mio. (Vorjahr EUR 124,0 Mio.) sind nach dem Formblatt 1 der RechKredV ausschließlich den Forderungen an Kunden zuzurechnen.

Treuhandverbindlichkeiten

Die in dieser Position enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 1 der Rech-KredV wie folgt:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,2	0,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	149,8	123,6

Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. EUR	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Summe
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 01.01.2013	2.221,0	150,0	1,3	106,9	25,8	134,7	2.639,7
Zugänge	824,4	0,0	0,7	0,5	0,2	1,1	826,9
Abgänge	415,0	0,0	0,0	5,0	0,3	1,1	421,4
Stand 31.12.2013	2.630,4	150,0	2,0	102,4	25,7	134,7	3.045,2
Abschreibungen und Zuschreibungen							
Stand 01.01.2013	3,2	0,0	0,0	8,0	25,4	103,7	140,3
Zuschreibungen	1,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,3
Zugang Abschreibungen ²	0,0	0,0	0,0	2,1	0,3	3,4	5,8
Abgang Abschreibungen	1,6	0,0	0,0	0,0	0,3	1,1	3,0
Stand 31.12.2013 (kumulierte Abschreibungen ¹)	0,3	0,0	0,0	10,1	25,4	106,0	141,8
Buchwerte							
Stand 31.12.2012 = 01.01.2013	2.217,8	150,0	1,3	98,9	0,4	31,0	2.499,4
Stand 31.12.2013	2.630,1	150,0	2,0	92,3	0,3	28,7	2.903,4

¹ enthält ehemalige Niederstwertabschreibungen vor der Umwidmung ins Anlagevermögen

² enthält außerplanmäßige Abschreibungen auf den Anteil an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG in Höhe von EUR 2,1 Mio.

Die Sachanlagen gliedern sich in Grundstücke und Gebäude (EUR 25,9 Mio.; Vorjahr EUR 27,8 Mio.), die von der Bank überwiegend selbst genutzt werden, und Betriebs- und Geschäftsausstattung (EUR 2,8 Mio.; Vorjahr EUR 3,2 Mio.).

Den Abschreibungssätzen liegen die folgenden Nutzungsdauern zugrunde:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	25 bis 48
Hardware	3 bis 7
Software	3
sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 33

Angaben zu Anteilen an inländischen Investmentvermögen

Unter den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wird der im Geschäftsjahr 2010 aufgelegte Spezialfonds „DeAM-Fonds IBB Corp“ ausgewiesen. Der Fonds investiert in Unternehmensanleihen. Anlagen in Anleihen von Kreditinstituten wurden ausgeschlossen. Der Wert der Anteile zum 31. Dezember 2013 beinhaltete stille Reserven in Höhe von EUR 8,3 Mio. (Vorjahr EUR 6,2 Mio.) und betrug EUR 158,3 Mio. (Vorjahr EUR 156,2 Mio.).

Die Rückgabe der Fondsanteile ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Rücknahme kann jedoch ausgesetzt werden, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich scheinen lassen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Gehaltsvorauszahlungen an Mitarbeiter für Januar 2014 in Höhe von EUR 0,8 Mio. (Vorjahr EUR 0,8 Mio.) sowie Forderungen aus Kostenerstattungen in Höhe von EUR 0,4 Mio. (Vorjahr EUR 0,8 Mio.).

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungen werden Posten nach § 250 Abs. 3 HGB in Höhe von EUR 15,4 Mio. (Vorjahr EUR 2,9 Mio.) und nach § 340e Abs. 2 Satz 3 HGB in Höhe von EUR 6,1 Mio. (Vorjahr EUR 9,9 Mio.) ausgewiesen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Diese Position beinhaltet im Wesentlichen asservierte Darlehen nach § 17 des Berlinförderungsgesetzes in Höhe von EUR 4,4 Mio. (Vorjahr EUR 4,4 Mio.), Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt aus noch abzuführenden Steuern für Dezember 2013 in Höhe von EUR 0,8 Mio. (Vorjahr EUR 0,8

Mio.) und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von EUR 0,2 Mio. (Vorjahr EUR 0,3 Mio.).

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungen enthalten Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB in Höhe von EUR 111,9 Mio. (Vorjahr EUR 132,7 Mio.).

Rückstellungen

Die IBB weist Rückstellungen für Pensionen in Höhe von EUR 88,4 Mio. (Vorjahr EUR 81,0 Mio.) aus. Die Pensionsrückstellungen sind vollständig dotiert.

Die anderen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Bedingt rückzahlbarer Zuschuss aus der Wirtschaftsförderung	36,7	37,0
Rückstellungen im Personalbereich	20,6	21,1
Rückstellungen im Fördergeschäft und operationelle Risiken	6,3	12,9
Rückstellungen für Restrukturierung	2,2	4,0
Sonstige Rückstellungen	22,6	26,8
Summe	88,4	101,8

Eventualverbindlichkeiten/Andere Verpflichtungen

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften in Höhe von EUR 122,5 Mio. (Vorjahr EUR 109,3 Mio.) und unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von EUR 859,0 Mio. (Vorjahr EUR 975,6 Mio.) enthalten im Wesentlichen Verpflichtungen im Rahmen der Wohnungsbau und Wirtschaftsförderung.

Für ungesicherte bzw. nicht ausreichend gesicherte Rückgriffsforderungen wurden aufgrund der nicht ausreichenden Bonität der Kreditnehmer Rückstellungen in Höhe von EUR 0,1 Mio. (Vorjahr EUR 8,1 Mio.) und für Kreditrisiken aus anderen Verpflichtungen Rückstellungen in Höhe von EUR 1,0 Mio. (Vorjahr EUR 1,2 Mio.) gebildet. Darüber hinaus wurden keine Risiken identifiziert.

Verwaltungskredite/Verwaltungsbürgschaften

Zusätzlich zu den im Formblatt 1 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen verwaltet die IBB im Rahmen von Förderprogrammen im Namen und für Rechnung des Landes Berlin Verwaltungsbürgschaften in Höhe von EUR 1.421,4 Mio. (Vorjahr EUR 1.788,2 Mio.). Verwaltungskredite waren wie im Vorjahr nicht im Bestand.

Derivative Geschäfte

Die IBB hat zum Stichtag 31. Dezember 2013 folgende Derivate zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken in den Büchern, die nach der Marktbe-

wertungsmethode bewertet wurden. Die Derivate bestehen ausschließlich mit Kontrahenten, die in OECD-Ländern ansässig sind.

in Mio. EUR	Restlaufzeiten			Nominalbetrag	Marktwerte
	≤ 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsswaps	1.726,3	7.972,6	6.214,0	15.912,9	-36,8

Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie

Das Land Berlin trägt die Anstaltslast, die die öffentlich-rechtliche Verpflichtung gegenüber der IBB enthält, ihre wirtschaftliche Basis jederzeit zu sichern und sie für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu erhalten. Gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung der IBB haftet das Land Berlin für die von der IBB aufgenommenen Darlehen, Schuldverschreibungen, Termingeschäfte, Optionen und Swaps sowie andere Kredite an die IBB.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft (Landesbank Berlin, Berlin-Hannoversche Hypothekenbank und Investitionsbank Berlin) und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die IBB am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist von der Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Unter die Detailvereinbarung fallen in der Bilanz zum 31. Dezember 2013 als Kommunalkredite ausgewiesene Darlehen in Höhe von EUR 1.546,2 Mio. (Vorjahr EUR 1.712,1 Mio.), für die offene Auszahlungsverpflich-

tungen in Höhe von EUR 180,9 Mio. (Vorjahr EUR 92,5 Mio.) bestehen, sowie Bürgschaften in Höhe von EUR 8,2 Mio. (Vorjahr EUR 8,2 Mio.).

Zum Stichtag bestanden offene Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG in Höhe von EUR 7,9 Mio. sowie aus der Beteiligung an der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG in Höhe von EUR 3,3 Mio. Für die offenen Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG wurde eine Rückstellung in Höhe von TEUR 250 gebildet.

Weitere finanzielle Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Strich ausgewiesen sind, sind für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung.

Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsüberschuss

in Mio. EUR	2013	2012
Zinserträge aus:		
Forderungen an Kreditinstitute	23,3	36,2
Forderungen an Kunden	353,5	374,9
Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Anleihen	79,0	85,1
Summe Zinserträge	455,8	496,2
Zinsaufwendungen für:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	67,1	82,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	102,0	108,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	56,6	82,5
Derivative Geschäfte	78,1	67,4
Aufzinsung Rückstellungen ¹	10,1	7,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0
Sonstiger Zinsaufwand	0,2	0,0
Summe Zinsaufwendungen	314,1	348,3
Zinsüberschuss	141,7	147,9

¹ in 2013 erstmals enthalten: Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses bei Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 2,3 Mio.

Provisionsüberschuss

in Mio. EUR	2013	2012
Provisionserträge aus:		
Kreditgeschäft	6,7	8,3
Avale	2,1	2,5
Sonstiges	0,1	0,6
Summe Provisionserträge	8,9	11,4
Provisionsaufwendungen für:		
Kreditgeschäft	0,3	0,4
Wertpapiergeschäft	0,4	0,4
Summe Provisionsaufwendungen	0,7	0,8
Provisionsüberschuss	8,2	10,6

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von EUR 6,2 Mio. (Vorjahr EUR 7,7 Mio.) enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 2,0 Mio. (Vorjahr EUR 4,3 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von EUR 26,4 Mio. (Vorjahr EUR 23,4 Mio.) beinhalten im Wesentlichen den Berlin-Beitrag der IBB in Höhe von EUR 14,2 Mio. (Vorjahr EUR 14,0 Mio.) sowie die aufgrund der Detail- bzw. Innenausgleichsvereinbarung mit dem Land Berlin im Geschäftsjahr gezahlte Avalprovision in Höhe von EUR 7,0 Mio. (Vorjahr EUR 6,7 Mio.).

Geographische Märkte

Auf eine geographische Aufgliederung der Gesamtbeträge der Ertragsposten nach § 34 Abs. 2 Nr. 1 RechKredV wurde verzichtet, da die IBB keine Auslandsfilialen unterhält.

Sonstige Angaben

Deckungsrechnung

Bis zur Fälligkeit des letzten Hypothekendarlehens am 24. Januar 2013 bestand eine deutliche Überdeckung durch hypothekarisch gesicherte Darlehen (Vorjahr EUR 10 Mio. umlaufende Pfandbriefe, EUR 1.855,3 Mio. Deckungsmasse). Die IBB nahm das Recht nach § 51 Pfandbriefgesetz in Anspruch und führte das Deckungsregister ausschließlich für die vor Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes emittierten Pfandbriefe fort.

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

Beschäftigungsgruppe	Jahresdurchschnitt	Vorjahresdurchschnitt
Vollzeitbeschäftigte	428	444
Teilzeitbeschäftigte	163	160
Summe ohne Auszubildende	591	604
Auszubildende	33	35
Summe gesamt	624	639

Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

An den Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2013 folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2013			2012
Name	Gesamtvergütung	davon fixe Vergütung	davon variable Vergütung	Gesamtvergütung
Ulrich Kissing				
Gehalt	404,0	404,0	0,0	404,0
Nebenleistungen	45,6	25,2	20,4	23,9
Erfolgsvergütung	96,0	0,0	96,0	96,0
Sachbezüge	1,2	0,0	1,2	2,1
	546,8	429,2	117,6	526,0
Dr. Frank Schneider				
Gehalt	224,0	224,0	0,0	224,0
Nebenleistungen	33,3	33,3	0,0	0,0
Versicherungsentgelte	50,0	50,0	0,0	50,0
Erfolgsvergütung	96,0	0,0	96,0	96,0
Sachbezüge	15,8	0,0	15,8	14,6
	419,1	307,3	111,8	384,6
Summe	965,9	736,5	229,4	910,6

Die Zahlung einer variablen Erfolgsvergütung erfolgt auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Sie berücksichtigt sowohl die Gesamtleistung als auch individuelle Ziele. Hierzu gehören unter anderem die wirtschaftliche Ertragskraft der Bank als auch strategische Ziele.

Bei einer Zielerreichung von 100 % ist die variable Erfolgsvergütung im vollen Umfang in Höhe der Vorjahresvergütung festzusetzen. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

An frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen wurden im Geschäftsjahr 2013 folgende Bezüge gezahlt und Rückstellungen gebildet:

in TEUR	2013	2012
Gesamtbezüge früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen (inklusive Zuführung zu Rückstellungen)	586,1	516,8
Rückstellungen für Pensionen früherer Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen	6.129,2	5.824,5

An die Mitglieder des Verwaltungsrats wurden folgende Aufwandsentschädigungen gezahlt:

in TEUR	2013	2012
Cornelia Yzer	6,0	1,2
Michael Müller	4,5	4,4
Dr. Margaretha Sudhof	3,0	2,5
Prof. Dr. Liane Buchholz	4,0	4,0
Karin Dietz	4,0	4,0
Dr. Dietrich Rümker	4,0	4,0
Michael Bomke	4,0	4,0
Nadja Bernstein	4,0	0,0
Swen Hoffmann	3,0	0,0
Sybille von Obernitz	0,0	4,3
Harald Wolf	0,0	0,5
Ingeborg Junge-Reyer	0,0	0,3
Dr. Ulrich Nußbaum	0,0	0,3
Peter Lobanow	0,0	4,0
Natalie Raulf	0,0	3,0
Summe	36,5	36,5

Mitgliedern des Vorstands oder des Verwaltungsrats wurden folgende Kredite gewährt:

in TEUR	2013	2012
Kredite an Mitglieder des Vorstands	0,0	0,0
Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats	10,9	11,2
Gesamt	10,9	11,2

Die Kredite wurden zu folgenden Konditionen und Bedingungen gewährt:

Konditionen	
Nominalzinsen	6,0 % p.a.
Verwaltungskostenbeitrag	0,5 % p.a.
Bedingungen	
Laufzeit	30.12.1993 – 30.06.2033
Annuitätische Tilgung	2,0 % p.a.
Tilgungsbeginn	01.07.2010
Sicherheiten	Haftung Land Berlin gemäß § 3 Abs.2 Grundvertrag Grundschild

Angabe des im Geschäftsjahr von dem Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars

Für das Geschäftsjahr 2013 wurde im Aufwand ein Gesamthonorar von TEUR 459 erfasst. Davon entfallen auf die Jahres- und Konzernabschlussprüfung TEUR 228, auf andere Bestätigungsleistungen TEUR 8 und auf sonstige Leistungen TEUR 223.

Berliner Corporate Governance Kodex

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der IBB vom 2. September 2004 in der Fassung vom 7. September 2010 wenden der Vorstand und der Verwaltungsrat den Corporate Governance Kodex (CGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Regelungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) wurden am 17. Februar 2009 vom Senat von Berlin beschlossen. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der IBB veröffentlicht.

Organe der Investitionsbank Berlin

Vorstand	Ulrich Kissing (bis 21. März 2014)	Vorsitzender des Vorstands
	Dr. Frank Schneider	Mitglied des Vorstands
Verwaltungsrat	Cornelia Yzer	Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin
	Michael Müller	Senator für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin
	Dr. Margaretha Sudhof	Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin
	Prof. Dr. Liane Buchholz (bis 31. Dezember 2013)	Leiterin der Management-Akademie der Sparkassen-Finanzgruppe des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. und Dozentin der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
	Karin Dietz (bis 28. Januar 2014)	Freie Beraterin Diplom-Ingenieurin
	Dr. Dietrich Rümker	Vorsitzender des Vorstands i.R. der Landesbank Schleswig-Holstein (seit 2003: HSH Nordbank AG)
	Michaela Maria Eder von Grafenstein (ab 28. Januar 2014)	Chief Risk Officer der Aquila Gruppe
	Michael Bomke	Vorsitzender des Personalrats der Investitionsbank Berlin
	Nadja Bernstein	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin
	Swen Hoffmann	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin

Mandate der Mitglieder des Vorstands der Investitionsbank Berlin

Ulrich Kissing

Vorsitzender des Aufsichtsrats	IBB Beteiligungsgesellschaft mbH (bis 21. März 2014)
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH (Verschmelzung der TSB Innovations- agentur Berlin GmbH auf die Berlin Part- ner GmbH zum 1. Januar 2013) (bis 21. März 2014)
Mitglied des Aufsichtsrats	Berlin Tourismus & Kongress GmbH (bis 23. Januar 2013) Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH (bis 14. Februar 2013) TSB Innovationsagentur Berlin GmbH (bis 24. Februar 2013)
Mitglied des Kuratoriums	TSB Technologiestiftung Berlin (bis 11. April 2013)
Mitglied des Börsenrats	Börse Berlin AöR (bis 8. Mai 2013)

Berlin, den 31. März 2014

Dr. Frank Schneider
Mitglied des Vorstands

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Berlin, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 10. April 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. David Behrendt
Wirtschaftsprüfer

Corporate-Governance-Bericht der Investitionsbank Berlin (IBB) für das Geschäftsjahr 2013

I. Zusammenwirken zwischen Verwaltungsrat und Vorstand

Nachdem er selbst erst zu Beginn des Geschäftsjahres 2014 Kenntnis erlangte, informierte der Marktfolgevorstand der IBB den Verwaltungsrat darüber, dass keine Sozialversicherungsbeiträge für den Vorstand abgeführt wurden und, dass dazu weder ein Beschluss im Vorstand gefasst noch der Verwaltungsrat informiert wurde. Der Verwaltungsrat der IBB hat daher den Vorstandsvorsitzenden aus wichtigem Grund am 21.03.2014 abberufen. Im Übrigen liegen keine Erkenntnisse vor, dass der Vorstand den Verwaltungsrat nicht zeitnah und umfassend über wichtige Angelegenheiten der IBB informiert hat.

Der Verwaltungsrat ist seinen Pflichten unter Beachtung einer ordnungsgemäßen Unternehmensführung nachgekommen. Er hat die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Verwaltungsrats gewahrt. Mit Ausnahme der vorgenannten Umstände im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass der Vorstand seinen Pflichten unter Beachtung einer ordnungsgemäßen Unternehmensführung und der Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters nicht nachgekommen ist.

Neben den Regelungen in der Satzung lag eine durch den Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung für den Vorstand vor.

Vorstand und Verwaltungsrat haben die strategischen Unternehmensplanungen der IBB abgestimmt. Der Vorstand, der regelmäßig an den Sitzungen des Verwaltungsrats teilgenommen hat, hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet, wobei der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente den normativen Vorgaben entsprach.

Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender und wesentlicher Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich der Änderungen von Bewertungsverfahren dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt sowie erforderliche Maßnahmen abgeleitet.

Soweit Personen, die nicht Mitglied des Verwaltungsrats sind, an dessen Sitzungen teilgenommen haben, wurden sie auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Für den Verwaltungsrat wurde eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt, für den Vorstand mit Selbstbehalt abgeschlossen.

II. Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der IBB in eigener Verantwortung. Er hat grundsätzlich im Interesse der IBB und ihrer nachhaltigen Wertsteigerung gearbeitet. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand, mit Ausnahme der vorgenannten Umstände im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen, Sorge getragen.

Die Zusammenarbeit des Vorstands, seine Ressortverteilung sowie die Beschlussfassung des Gremiums sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt.

Der Vorstandsvorsitzende wurde mit Wirkung zum 21. März 2014 abberufen. Die IBB verfügte bis zum 13.04.2014 vorübergehend nicht über die nach dem Investitionsbankgesetz und nach § 8 Abs. 3 der Satzung der Investitionsbank Berlin vorgeschriebene Mindestanzahl von zwei Vorstandsmitgliedern. Die Handlungsfähigkeit des Hauses sowie die Beachtung der Kompetenzrichtlinien sind sichergestellt.

Die IBB verfügt über ein den Anforderungen der MaRisk entsprechendes wirksames Risikomanagement und Risikocontrolling.

Die Vergütung des Vorstandes, die im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert unter Angabe der Bestandteile ausgewiesen ist, erfolgte auf Basis eines Jahresgehaltes (Fixum) und einer variablen Erfolgsvergütung. Auf die Einhaltung des Abfindungs-Caps wurde geachtet.

Für das Geschäftsjahr 2013 wurden zwischen dem Vorstand und der Vorsitzenden des Verwaltungsrats Zielvereinbarungen abgeschlossen.

III. Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat wahrgenommen. Das Gremium wurde, mit Ausnahme der vorgenannten Umstände im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen, in Entscheidungen von grundlegender

und wesentlicher Bedeutung für die IBB einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Der Verwaltungsrat hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen der Bank.

Der Verwaltungsrat trifft seine Entscheidungen im Plenum, ggf. nach Vorbefassung im Arbeits- oder im Kreditausschuss. Darüber hinaus wurden den Ausschüssen durch eine vom Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung entsprechende Entscheidungskompetenzen übertragen.

Zwischen der Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat die Verwaltungsratsvorsitzende, mit Ausnahme der vorgenannten Umstände im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen, über besondere Ereignisse unterrichtet. Die Verwaltungsratsvorsitzende wurde vom Marktfolgevorstand am 20.02.2014 über das Statusfeststellungsverfahren und das Sozialgerichtsverfahren für den Vorstandsvorsitzenden informiert.

Neben den ordentlichen Sitzungen des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses hat eine außerordentliche Sitzung des Kreditausschusses stattgefunden. Kein Verwaltungsratsmitglied hat an weniger als an der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Kein Verwaltungsratsmitglied hat die maximale Zahl von Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Vergütung der Mitglieder wurde auf Basis eines Senatsbeschlusses geregelt und wird im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Die Zielvereinbarungen für den Vorstand wurden dem Arbeitsausschuss zur Beurteilung vorgelegt.

Im Geschäftsjahr hat sich der Verwaltungsrat keiner Effizienzprüfung unterzogen, da diese unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nur alle drei Jahre durchgeführt wird.

IV. Interessenkonflikte

Vorstand und Verwaltungsrat haben im Geschäftsjahr eine stabile Steuerung und ein erfolgreiches Agieren der IBB, insbesondere die Erbringung des Berlin-Beitrags, ermöglicht. Interessenkonflikte bestanden nicht.

Geschäfte mit der IBB durch Mitglieder des Vorstandes, ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen be-

standen nicht und mussten dementsprechend dem Verwaltungsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt werden.

Dem Verwaltungsrat wurden weder Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge noch sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit der IBB zur Zustimmung vorgelegt. Der Verwaltungsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit der IBB erlassen.

Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet, weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten der IBB bekannt geworden.

Ein Vorstandsmitglied hat zwei Aufsichtsratsmandate außerhalb der IBB wahrgenommen. Die Zustimmungen für diese Nebentätigkeiten wurden eingeholt.

Mitgliedern des Vorstandes wurden keine Darlehen gewährt. Für ein Mitglied des Verwaltungsrats bzw. einem Angehörigen dieses Organmitgliedes bestand ein Darlehen in Höhe von aktuell TEUR 10,9 zu marktüblichen Darlehensbedingungen.

V. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich der IBB, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

Unternehmensinformationen (z. B. der Geschäftsbericht der Bank) werden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Benennung der Beteiligungsunternehmen der IBB entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Die Veröffentlichung von Quartalsberichten ist nicht vorgesehen. Zwischenberichte wurden vom Verwaltungsrat mit dem Vorstand regelmäßig erörtert.

VII. Abschlussprüfung

Der Rechnungshof hat im Rahmen der Beauftragung vom Abschlussprüfer eine Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht seitens Organen des Abschlussprüfers mit

der IBB, respektive seinen Organmitgliedern, bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel.

Der Rechnungshof von Berlin hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer hat mit dem Rechnungshof vereinbart, ihn und den Verwaltungsrat über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse zu unterrichten. Der Abschlussprüfer wurde ferner vom Rechnungshof von Berlin beauftragt, die Verwaltungsratsvorsitzende bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

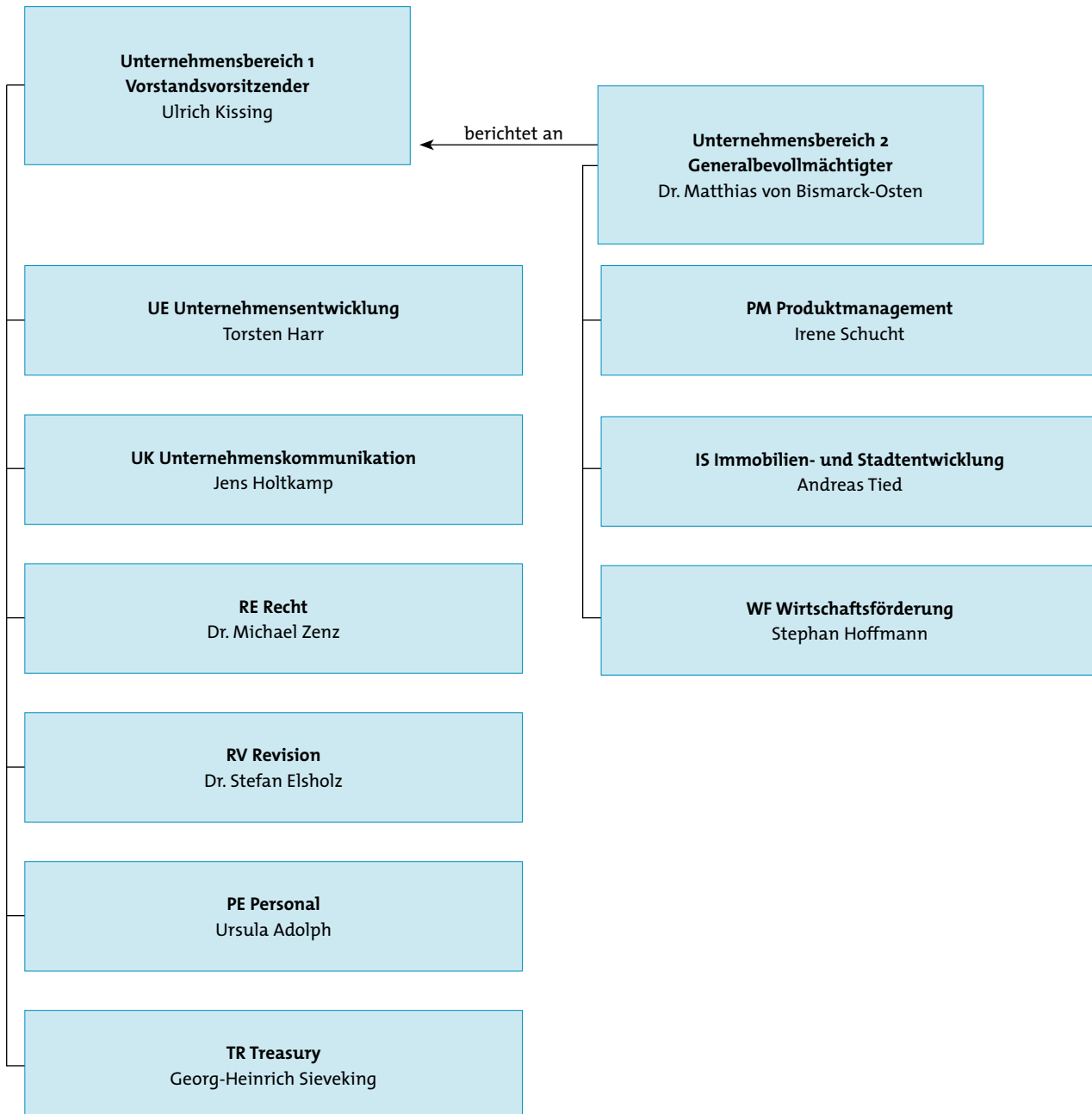
Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Verwaltungsrats über den Jahresabschluss teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

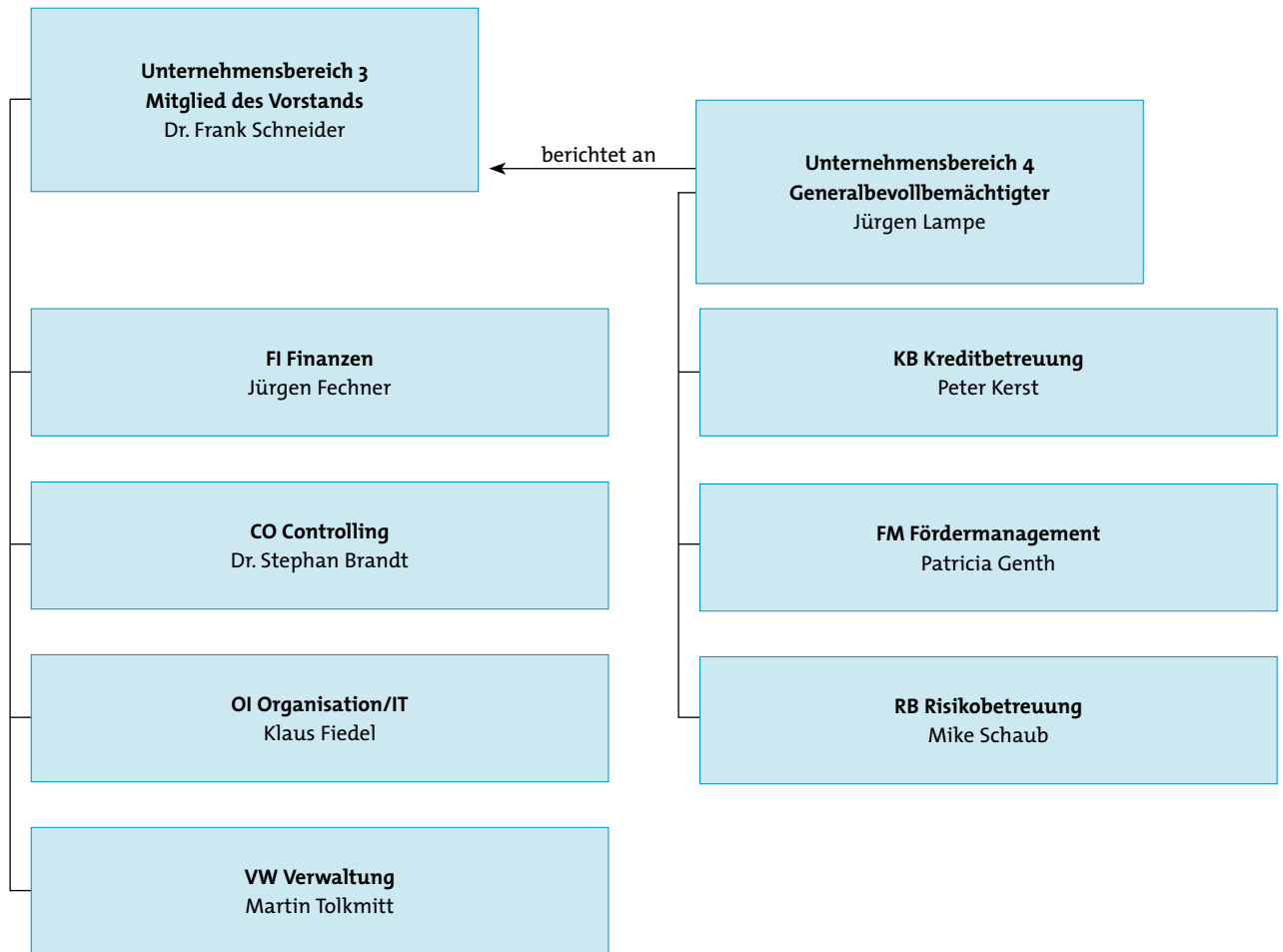
Versicherung des gesetzlichen Vertreters

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Berlin, den 31. März 2014

Dr. Frank Schneider
Mitglied des Vorstands





Impressum

– *Herausgeber*

Investitionsbank Berlin
Unternehmenskommunikation
Bundesallee 210
10719 Berlin
Telefon: 030 / 21 25 - 0
Telefax: 030 / 21 25 - 20 20
www.ibb.de

– *Konzeption und Gestaltung*

Adjouri Brand Consultants GmbH
Feurigstraße 54
10827 Berlin
www.adjouri.com

– *Druck*

Druckteam Berlin
Maik Roller und Andreas Jordan GbR
Gustav-Holzmann-Straße 6
10317 Berlin
www.druckteam-berlin.de

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
10719 Berlin

└ Telefon: 030 / 2125 - 0
└ Telefax: 030 / 2125 - 2020

└ www.ibb.de

